

Stenographisches Protokoll

8. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 16. Juni 1994

Inhalt

Ordnungsrufe (S. 152)

Fragestunde (S. 152)

Tagesordnung

1. Ldtgs. Zl. 2-3/27:

Angelobung von Mitgliedern des Landtages nach Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 153)

2. Ldtgs. Zl. 4-4/27:

Nachwahlen in die Ausschüsse gemäß Art. 16 Abs. 3 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 154)

3. Ldtgs. Zl. 7-2/27:

Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 7. Juni 1994

Redner: Dr. Strutz (S. 156), Dr. Hofer (S. 159), Dr. Ambrozy (S. 162, 192), Ing. Reichhold (S. 168), Dipl.-Ing. Gallo (S. 171), Koschitz (S. 174), Wedenig (S. 176), Dr. Wutte (S. 178), Mitterer (S. 179), Mag. Trunk (S. 181), Ramsbacher (S. 184), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 187, 192), Achatz (S. 190), Dr. Zernatto (S. 193)

4. Ldtgs. Zl. 14-2/27:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat, Bezirksschulräte) (S. 194)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge

Ldtgs. Zl. 54-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen rund um den Förderungs- und Sanierungsfall Zellstoff Villach/St. Magdalen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 197)

Zur Dringlichkeit: Dr. Hofer (S. 198, 201), Dr. Ambrozy (S. 199),

Zur Geschäftsordnung (tatsächliche Berichtigung): Dipl.-Ing. Dr. Traußnig (S. 200)

Dr. Strutz (S. 200), Koncilia (S. 201),

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 201)

Zuweisung: Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten

B. Anträge von Abgeordneten (S. 202)

Beginn: Donnerstag, 16.6.1994, 10.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 16.6.1994, 16.08 Uhr

Unterbrechung: Donnerstag, 16.6.1994, 12.34 Uhr bis 14.05 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Mitterer**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Entschuldigt: **Ing. Rohr**

Mitglieder des Bundesrates:
Pfeifer, Ing. Kerschbaumer, Dr. Harring,
Dr. Prasch, Eberhard

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landesrat **Dr. Haller**, Landesrat **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Landesrätin **Achatz**, Landesamtsdirektor **DDr. Anderwald**

Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Sie zur 8. Sitzung des Kärntner Landtages recht herzlich begrüßen. Ich begrüße auch die anwesenden Journalisten und die Zuhörer auf der Galerie.

Bevor ich zur ersten Anfrage der Fragestunde komme, folgendes: Ich habe mir das letztmal die Ordnungsrufe vorbehalten. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Traußnig den Ordnungsruf für seine Äußerung, daß "...der höchste Repräsentant des Landes die Bevölkerung des Landes offensichtlich und wiederholt belügt." Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hofer den Ordnungsruf für die Äußerung: "Diese Situation in Kärnten wurde durch Rechtsbruch und Verfassungsbruch der Freiheitlichen Fraktion hier bewerkstelligt." Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Koncilia den Ordnungsruf für die Äußerung: "Ihrer Vorgängerpartei (gemeint ist die der FPÖ) ist das vorbehalten geblieben." Gemeint ist Ge-

waltanwendung. "Daher haben Sie auch keine Ehrenmänner in der Vergangenheit."

Ich darf an den Beginn der heutigen Sitzung eine Bitte stellen. Es bereitet mir keine besondere Freude, Ordnungsrufe zu erteilen. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, es würde sich für das Haus sehr positiv auswirken, wenn wir uns als Abgeordnete in der Kommunikation einen besseren Stil angewöhnen würden. Das macht nach außenhin ein gutes Bild, und es ist nicht erforderlich, daß man sich persönlich gegenseitig angreift. Man sollte hier im Hohen Haus auf der sachpolitischen Ebene argumentieren und die verschiedenen Standpunkte klarlegen. Ich darf darum bitten und werde in meiner Amtstätigkeit mit den Mitgliedern des Landtagspräsidium dafür Sorge tragen, daß wir in diesem Hohen Landtag in Zukunft eine gehobenere Gesprächskultur an den Tag legen. Das wird sicherlich allen dienlich sein. In diesem Sinne bitte ich, auch die Ordnungsrufe verstehen zu wollen.

Fragestunde

Wir kommen zur 1. Anfrage:

1. Ldtgs. Zl. 28/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Ing. Pfeifenberger an Landesrat Lutschounig

Ich bitte ihn, zu sprechen. (*Abg. Dr. Hofer: Landesrat Lutschounig ist entschuldigt. Er ist bei der Agrarreferententagung!*) Der Herr Landesrat Lutschounig ist entschuldigt. Ich frage den Anfragesteller, ob er die Anfrage mündlich oder schriftlich beantwortet haben möchte. (*Abg. Ing. Pfeifenberger: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*)

Damit ist diese Anfrage für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs. Zl. 29/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Trifft es zu, daß der Intendant des Stadttheaters Klagenfurt aufgrund einer Steuernachzahlung eine Geldforderung an das Land gerichtet hat und dies auch im Rahmen des Theaterausschusses diskutiert wurde?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! In der letzten Sitzung des Theaterausschusses

Dr. Ausserwinkler

vom 25. 5. 1994 hat der Intendant des Stadttheaters das Problem vorgebracht, daß er für eine Tätigkeit vor Antritt seines Amtes in Klagenfurt, für die er 700.000 Schilling bekommen hat, eine Steuernachzahlung von 250.000 Schilling zu entrichten hätte.

Er hat dieses Problem dem Theaterausschuß dargebracht. Der Theaterausschuß hat sich mit dem Problem nicht näher beschäftigen können, da er zu dem Zeitpunkt, als dieses Problem behandelt wurde, nicht mehr beschlußfähig war, so daß ich damit rechne, daß im nächsten Theaterausschuß dieses Thema noch einmal umfangreich in seinen ganzen Facetten besprochen werden wird.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, mich würde Ihre persönliche Meinung zu diesem Fall interessieren. Finden Sie es als gerechtfertigt, hier Mittel auszuzahlen, wenn dem Intendanten eine Steuernachzahlung ins Haus geflattert ist?

(Abg. Dr. Ambrozy: Ihr wißt auch nicht, was ihr tun sollt: Einmal seid ihr dafür und einmal seid ihr dagegen!)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

In dieser Frage kann ich mich darauf verlassen, daß er auch anwesend war, mit beratender Stimme, der Kontrollamtsdirektor der Stadt Klagenfurt und auseinanderzuhalten ist, inwieweit hier

steuerliche Probleme bestehen, aufgrund nicht vorhandener, klarer Definition, in diesem Werksvertrag, was Spesen waren, was direkte Abgütungen im Rahmen des Werkvertrages waren. Ich glaube, daß es aus diesem Grund noch einmal notwendig ist, dieses Problem in einem sehr breiten Umfang zu erörtern und kann heute noch keine endgültige Stellungnahme dazu abgeben.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, besteht Ihrer Information nach eine Zusage von Ihrem Vorgänger oder einem anderen Landespolitiker?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Aus dem Protokoll ist ersichtlich, daß keine Zusagen vorhanden sind, sondern daß dieses Problem im Theaterausschuß erörtert wurde.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage und damit auch die Fragestunde für die heutige Sitzung erledigt.

Für die heutige Sitzung sind Herr Abgeordneter Ing. Reinhard Rohr und Herr Landesrat Lutschounig entschuldigt.

Tagesordnung

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

1. Ldtgs. Zl. 2-3/27:

Angelobung von Mitgliedern des Landtages nach Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Hohes Haus! Die Landeswahlbehörde hat mitgeteilt, daß die in der letzten Sitzung zu Mitgliedern der neuen Landesregierung gewählten und angelobten Herren, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Mathias Reichhold und Landesrat Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag, auf die Ausübung ihres Mandates als Mitglieder dieses Hohen Hauses verzichtet haben und ihnen in ihrer

Unterrieder

Abgeordneteneigenschaft Frau Maria Buchhäusl für Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold und Herr Matthias Krenn für Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag nachfolgen.

Neue Abgeordnete haben in der ersten Sitzung des Landtages, an der sie teilnehmen, das Gelöbnis zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich ersuche Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben und bitte den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Schriftführer Direktor **Dr. Putz**:

Die Gelöbnisformel lautet: "Ich gelobe, für die Freiheit, den Bestand und die Wohlfahrt des Landes Kärnten und der Republik Österreich jederzeit einzutreten, die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Frau Abgeordnete Maria Buchhäusl!

Abgeordnete **Buchhäusl** (FPÖ):

Ich gelobe!

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Matthias Krenn!

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Ich gelobe!

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich darf der Dame und dem Herrn Abgeordneten gratulieren. Ich darf Ihnen bei Ihrer Tätigkeit im Hohen Haus viel Erfolg wünschen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs. Zl. 4-4/27:**Nachwahlen in die Ausschüsse gemäß Art. 16 Abs. 3 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

Durch das Nachrücken von Abgeordneten der ÖVP in der letzten Sitzung und soeben auch der FPÖ sind Nachwahlen in die Ausschüsse erforderlich. Es liegen zwei ordnungsgemäße Wahlvorschläge vor.

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung der Wahlvorschläge. Herr Schriftführer, bitte!

Schriftführer Direktor **Dr. Putz**:

Der Wahlvorschlag der FPÖ lautet:

Finanz- und Wirtschaftsausschuß: Als Obmann Abgeordneter Matthias Krenn anstelle von Abgeordneten Fritz Schretter.

Ausschuß für Verkehrspolitik und Straßenbau: Als Obmann Abgeordneter Fritz Schretter anstelle von Abgeordneten Franz Schwager.

In die Ausschüsse, als Mitglieder:

Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit: Abgeordnete Maria Buchhäusl anstelle von Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Mathias Reichhold; Abgeordneter Dr. Martin Strutz anstelle von Abgeordneter Dietlinde Kreutzer.

Finanz- und Wirtschaftsausschuß: Abgeordneter Matthias Krenn anstelle von Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag; Abgeordneter Jakob Pistotnig anstelle von Abgeordneten Fritz Schretter.

Ausschuß für Tourismus und Gewerbe: Abgeordneter Matthias Krenn anstelle von Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag; Abgeordnete Maria Buchhäusl anstelle von Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold.

Dr. Putz

Ausschuß für Verkehrspolitik und Straßenbau: Abgeordneter Fritz Schretter anstelle von Abgeordneten Jakob Pistotnig.

Kontrollausschuß: Abgeordnete Dietlinde Kreutzer anstelle von Abgeordneten Jakob Pistotnig.

Der Wahlvorschlag der ÖVP lautet:

Kontrollausschuß: Als Obmann Dr. Klaus Wutte anstelle von Abgeordneten Mag. Grilc.

In die Ausschüsse, als Mitglieder:

Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten: Abgeordneter Dr. Klaus Wutte anstelle von Abgeordneten Sablatnig.

Ausschuß für Verkehrspolitik und Straßenbau: Abgeordneter Josef Bergmann anstelle von Abgeordneten Dr. Hofer und Abgeordneter Johann Ramsbacher anstelle von Abgeordneten Hinterleitner.

Finanz- und Wirtschaftsausschuß: Abgeordneter Dr. Herwig Hofer anstelle von Abgeordneten Ramsbacher.

Land- und Forstwirtschaftsausschuß: Abgeordneter Mag. Raimund Grilc anstelle von Landesrat Lutschounig.

Ausschuß für Tourismus und Gewerbe: Abgeordneter Josef Bergmann anstelle von Dritten Präsidenten Dkfm. Scheucher.

Kontrollausschuß: Abgeordneter Josef Bergmann anstelle von Landesrat Lutschounig.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Wahl für die Nachbesetzung in den Ausschüssen erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes. Die jüngsten Abgeordneten sind berufen, als Stimmzähler zu fungieren. Abg. Ing. Rohr, der jüngste Abgeordnete der SPÖ-Fraktion ist entschuldigt. Ich bitte, dafür einen Abgeordneten zu nominieren. Für die FPÖ ist der Abgeordnete Dr. Strutz und für die ÖVP ist der Abgeordnete Dr. Wutte für diese Funktion vorgesehen. Ich darf Sie bitten, als Stimmzähler zu fungieren. Es wird in einem Wahlgang gewählt. Die Wahl

erfolgt durch Ankreuzen. Ich ersuche, beide Stimmzettel in das Kuvert zu legen, auch nicht angekreuzte. Ich ersuche den Schriftführer, die Abgeordneten zur Stimmabgabe aufzurufen. Herr Präsident Mitterer! (*Zweiter Präsident Mitterer ist im Gespräch mit seinen Fraktionskollegen.*) Herr Präsident Mitterer, ich darf dich bitten, den Vorsitz zu übernehmen, nachdem ich das zweitjüngste Mitglied der SPÖ-Fraktion bin. (*Es stellt sich jedoch heraus, daß die Abgeordnete Mag. Trunk zur Stimmzählerin berufen ist.*) Danke!

Ich bitte die Wahl durchzuführen!

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Frau Abgeordnete Landesrätin Achatz, Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, (*Vorsitzender: Ich darf während des Wahlvorganges unseren Altpräsidenten Rudolf Tillian auf der Galerie recht herzlich begrüßen! - Beifall im Hause.*) Herr Abgeordneter Kollmann, Herr Abgeordneter Koncilia, Herr Abgeordneter Koschitz, Frau Abgeordnete Kövari, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz, Frau Abgeordnete Mag. Trunk, Herr Erster Präsident Unterrieder (*Während des Wahlganges des Ersten Präsidenten führt der Zweite Präsident den Vorsitz.*) Herr Abgeordneter Wedenig,

Herr Abgeordneter Ing. Wissounig; Frau Abgeordnete Buchhäusl, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Herr Abgeordneter Krenn, Frau Abgeordnete Kreutzer, Herr Zweiter Präsident Mitterer, Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig; Herr Abgeordneter Bergmann, Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich, Herr Abgeordneter Hinterleitner, Herr Abgeordneter Dr. Hofer, Herr Abgeordneter Ramsbacher, Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher, Herr Abgeordneter Dr. Wutte.

Dr. Putz

(Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne gegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Die Wahlzahl für die Vorgeschlagenen des FPÖ-Klubs beträgt 7; die Wahlzahl für die Vorgeschlagenen des ÖVP-Klubs beträgt 5. Alle Vorgeschlagenen haben die Wahlzahl weit überschritten und sind damit gewählt. Ich gratuliere recht herzlich und ersuche Sie, in den Ausschüssen im Geiste der Demokratie beste Arbeit für unser Land und unsere Bevölkerung zu leisten. Mit diesem Wahlgang sind die Landtagsausschüsse konstituiert. Aufgrund der personellen Veränderung der Ausschüsse und des Landtages liegt eine Änderung der Klubanzeige des FPÖ-Klubs vor. Sie wird der amtlichen Niederschrift über diese Sitzung geschäftsordnungsgemäß angeschlossen. Ich ersuche den Schriftführer, sie zu verlesen. Bitte, Herr Schriftführer!

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Klubanzeige der FPÖ lautet wie folgt:

Aufgrund des Ausscheidens von Dipl.-Ing. Freunschlag und Ing. Reichhold als Mitglieder des Kärntner Landtages setzt sich der Klub der freiheitlichen Abgeordneten zum Kärntner Landtag wie folgt zusammen:

Klubobmann: Abgeordneter Dr. Strutz;
Klubobmann-Stellvertreter: Abgeordneter Schretter.

Weitere Mitglieder: Zweiter Präsident Mitterer, Abgeordneter Schwager, Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Abgeordnete Kreutzer, Abgeordneter Pistotnig, Abgeordnete Steinkellner, Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig, Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Abgeordneter Stangl, Abgeordneter Krenn und Abgeordnete Buchhäusl.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs. Zl. 7-2/27:**Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 7. Juni 1994**

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben in der Obmännerkonferenz folgenden Ablauf dieser Debatte und der heutigen Sitzung vorbesprochen. Wenn um 12.30 Uhr nur mehr eine geringe Anzahl von Wortmeldungen vorliegt, wird die Sitzung zu Ende geführt. Sollte es um diese Zeit aber eine große Anzahl von Debattenmeldungen geben, dann wird die Landtagsitzung um zirka 12.30 Uhr auf eine oder eineinhalb Stunden zu einer Mittagspause unterbrochen. Ich sage das, damit man vielleicht doch überlegt, ob man die Debatte komprimiert abführen kann. Ich kann natürlich den Damen und Herren nicht vorschreiben, wieviele sich zu Wort melden.

Als erster zum Tagesordnungspunkt 3 hat sich Abgeordneter Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

(Abg. Dr. Strutz: Den muß ich da herstellen! - Der Redner stellt einen leeren Sauna-Aufgußkübel mit Schöpfer auf das Pult.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Es liegt in der Natur der Sache, daß Regierungserklärungen in viele schöne Worte gekleidet sind und von Versprechungen trotzen. Die schönen Worte erhalten aber erst dann Gewicht, wenn den Worten auch tatsächlich Taten folgen.

Es war keine Regierungserklärung, Hoher Landtag, die Dr. Zernatto am 7. 6. hier abgegeben hat. Dazu wurden die Regierungsmitglieder nicht eingebunden. Und dazu waren die schönen Worte und Versprechungen zu inhaltsleer. Ein tatsächliches Programm für Kärnten, wie es Dr. Zernatto angekündigt hat, ist es wohl keines gewesen - eher eine Aneinanderreihung von unverbindlichen Phrasen, die die

Dr. Strutz

Wirtschaftskompetenz, aber auch die Kompetenz im Umwelt-, im Sozialbereich und im Agrarbereich gänzlich vermissen ließen. Dr. Zernatto hat in seinen ersten Sätzen gemeint: "Bei all den Gräben, die aufgerissen wurden, bei all den harten Worten, die gefallen sind, sind wir es unserem Land und seinen Bürgern schuldig, wieder aufeinander zuzugehen und Schritt um Schritt vertrauensbildende Zeichen und Maßnahmen zu setzen." Gesprochen am 7. 6. 1994.

Einen Tag später, in einem Interview mit der Zeitschrift "Kurier", meint er auf die Frage, wie er mit der zweitstärksten Partei im Kärntner Landtag in Zukunft zu verkehren gedenkt: "Die einen ignorier' ich; zu den anderen halte ich die verfassungsmäßig notwendigen Kontakte." Das, Hoher Landtag, ist sicherlich nicht der Weg, um die Gräben, die aufgerissen wurden, zu ebnen und aufeinander zuzugehen.

Wie glaubwürdig ist eigentlich dieser Landeshauptmann wirklich? Was soll man von einem Landeshauptmann halten, der auf seine Worte keine Taten folgen ließ. Schon einmal hat Dr. Zernatto von dieser Stelle viel versprochen. Am 5. 6. 1991 hat er eine Regierungserklärung hier abgegeben, von deren zahlreichen Versprechungen, die er hier geleistet hat, wenig eingetroffen ist. Jetzt erneuert er seine Versprechungen fast inhaltsgleich. Die Erklärung vom 7. 6. ist ein alter Aufguß von jener Erklärung vom 5. 6. 1991.

Aufguß Nummer eins: (*Der Redner hebt, wie bei jedem nun folgenden 'Aufguß' den Schöpfer.*) Am 5. 6. 1991 verspricht Zernatto: "Als Zielrichtung unserer Wirtschaftspolitik sehe ich den Anschluß an den Goldenen Westen, an die wirtschaftlich starken Bundesländer im Westen Österreichs." Was ist eingetreten? Kärnten hat in den letzten zweieinhalb Jahren nicht nur den Anschluß verpaßt, sondern ist nach allen Wirtschaftsdaten, die uns vorliegen, noch weiter zurückgefallen. Das Versprechen, das er am 7. 6. 1994 hier, von dieser Stelle, erneut gegeben hat, Kärnten wieder voranzutreiben, wird eintreten oder auch nicht eintreten. Die Maßnahmen hätten alle schon erfolgen können.

Aufguß Nummer zwei: (*Abg. Koncilia: Wieder leer!*) Am 25. 6. 1991: "Die Kärntner Wirtschaft ist von drei flächendeckenden Wirtschaftsberei-

chen gekennzeichnet: der Landwirtschaft des Gewerbes und des Tourismus. Hier muß es zu einer Basissicherung dieser drei Säulen kommen." Was ist in den zweieinhalb Jahren Regierungsverantwortung und Regierungspolitik von Zernatto geschehen? Es ist zu keiner Basissicherung gekommen. Es gab sowohl in der Landwirtschaft als auch im Gewerbe und im Tourismus gravierende Rückgänge; vor allem bei der Landwirtschaft: Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Weiters gab es einen Einkommensrückgang von 14,4 %. Im Tourismus betragen die Zahlen im Sommer 1992 minus 4 %, 1993 minus 5,8 %, und noch dramatischere Rückgänge für das heurige Jahr sind zu erwarten. Dies, weil Tourismusreferent Zernatto alle Versprechungen, die er gegeben hat, nicht eingehalten hat. Im Dezember 1993 gab es im Tourismus gar ein Minus von 13,9 %, während Tirol und Salzburg (andere Vergleichsländer) durchaus Pluszahlen schrieben.

Aufguß Nummer drei: "Kärnten muß als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver werden. Wir brauchen eine bessere Betriebsansiedlungs- und Wirtschaftspolitik." Versprochen - was wurde daraus? Kein einziger zusätzlicher Betrieb wurde tatsächlich mit zusätzlichen Arbeitsplätzen in Kärnten angesiedelt. Im Gegenteil! Renommierete Betriebe wurden unter der Verantwortung dieses Landeshauptmannes geschlossen oder wurden in die Insolvenz getrieben.

Aufguß Nummer vier: Das gleiche Versprechen; zweieinhalb Jahre später: "Ich werde für sinnvolle Privatisierungsschritte eintreten", sagte er in seiner Regierungserklärung im Jahr 1991. Was ist tatsächlich geschehen? Keine Privatisierung seit der Hypo-Verselbständigung. Demgegenüber haben wir Freiheitlichen hier im Kärntner Landtag einen Antrag eingebracht, um ein Landesbeteiligungsverwaltungsgesetz zu verwirklichen; eine Initiative, daß die Beteiligungen des Landes, bei denen nur minimale Prozentsätze tatsächlich auch für das Landesbudget lukriert werden sollen, verbessert werden sollen, wo es zu Privatisierungsschritten im Bereich von nicht sinnvollen Unternehmungen und Beteiligungen des Landes kommen soll. Die KELAG ist nur ein Teil

Dr. Strutz

davon. Aber die ÖVP und Dr. Zernatto haben im Landtag und im Ausschuß dagegen agiert und dagegen gestimmt. Jetzt, 1994, verspricht er: "Wir werden Privatisierungen landeseigener Gesellschaften nicht nur diskutieren, sondern auch entscheiden." Zweieinhalb Jahre hat dieser Landeshauptmann Zeit gehabt, die Privatisierungsschritte voranzutreiben, zu entscheiden - doch geschehen ist nichts. Bitte, er war verantwortlich und war der Vorsitzende des Arbeitskreises, der zu einer Reformierung der KELAG einberufen wurde. Was ist daraus entstanden? Es hat keine Sitzung gegeben. Wir haben vorgehabt, regelmäßig zu tagen; Programme umzusetzen. Ähnlich, wie die Initiative "Pro Kärnten" ist auch die Initiative zur Privatisierung der KELAG schön leise eingeschlafen.

"In der Energiepolitik muß das 'Landesenergiekonzept' Schritt für Schritt umgesetzt werden." Auch jetzt, Aufguß Nummer fünf, verspricht er Initiativen im Energiebereich. Das "Landesenergiekonzept" wurde tatsächlich in vielen Bereichen umgesetzt: Dort, wo der freiheitliche Energiereferent, Landesrat Jörg Freunschlag, großartige Arbeit geleistet hat. Was waren die Folgen? Als erstes hat man ihm die nötigen Mittel im Budget gekürzt. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das ist unwahr!*) Und jetzt, weil die Freiheitlichen in ihrem Referatsbereich positiv gearbeitet haben, zur Zufriedenstellung der Bevölkerung - Kollege Dr. Ambrozy, Sie wissen genau, wieviele Anträge auf alternative Energieförderungen in der Landesregierung liegen -, was war die Antwort von SPÖ und ÖVP? (*Abg. Koncilia: Der sechste Aufguß!*) Man hat Landesrat Freunschlag das Energiereferat entzogen. Die Kärntner Lösung für die KELAG wird im 94er Versprechenskonvolut wieder groß angekündigt. Geschehen ist bis zum heutigen Tag noch nichts. (*Lärm im Hause. - LR Dipl.-Ing. Freunschlag: Laß dich nicht unterkriegen!*)

Versprechen Nummer sechs: "Ein neues Kultur- und Kunstförderungsgesetz soll die Vielfalt eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Verbände und Vereine sicherstellen sowie ihre Mitwirkung am Entscheidungsprozeß gewährleisten." (*Abg. Dr. Ambrozy: Das haben wir ja gemacht. Da habt ihr mitgestimmt!*) Was ist tatsächlich geschehen? Das neue Kultur- und

Kunstförderungsgesetz hat die Vielfalt und die Eigenständigkeit, vor allem aber die Eigenverantwortlichkeit der Verbände und der Vereine nicht sichtbar gestellt. Anders als beispielsweise beim Feuerwehrgesetz, verwalten sich die Verbände und Vereine nämlich nicht selbst. Dadurch obliegt dem Kulturreferenten die alleinige Entscheidung über die einzelnen Förderungsmaßnahmen und dergleichen. Allein heute in der Anfragebeantwortung hat man ja gesehen, wie mit den Mitteln auch im Kulturbereich umgegangen wird oder umgegangen werden soll.

Aufguß Nummer sieben: (*Abg. Koncilia: Kein Wasser, sondern nur blauer Dunst!*) Ein neues Sportförderungsgesetz soll die Vielfalt eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Verbände und Vereine sicherstellen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Ist ja geschehen!*) Was ist geschehen? Es wurde kein Sportförderungsgesetz geschaffen; kein Sportförderungsgesetz, wo man auch tatsächlich den politischen Einfluß zurückgedrängt hat und die Eigenverantwortlichkeit der Vereine gefördert hätte. Die Freiheitlichen haben einen diesbezüglichen Antrag im Kärntner Landtag eingebracht. Von SPÖ und ÖVP wurde er niedergestimmt.

Aufguß Nummer acht und Versprechen Nummer acht: Im Gesundheits- und Sozialbereich soll die Hauskrankenpflege und die Altenbetreuung verbessert werden. Was ist in dieser Hinsicht geschehen? Der Notarztdienst kann wohl kaum jene Lösung und jene Antwort auf das Versprechen, das Dr. Zernatto im Jahre 1991 gegeben hat, gewesen sein. Auch in seiner jetzigen Regierungserklärung spricht er von Verbesserungen im Gesundheitsbudget. Ich hoffe, es wird nicht jene Ankündigung wahrgemacht, die der Gesundheitsreferent gestern der Öffentlichkeit präsentiert hat, daß das der erste Schritt ist, um Mittel für die versprochenen Bedarfszuweisungen zu lukrieren, 500 Millionen Schilling für das LKH Klagenfurt zu streichen.

Aufguß Nummer 9: (*Abg. Dr. Ambrozy: Auch falsch!*) Das Lohnniveau der unselbständig Beschäftigten in Kärnten muß schrittweise an andere Bundesländer herangeführt werden. Da haben wir nicht einmal den ersten Schritt

Dr. Strutz

getätigt, im Gegenteil, es war ein Schritt zurück. Das Lohnniveau der unselbständig Beschäftigten in Kärnten gegenüber anderen Bundesländern ist drastisch abgesunken und weiter zurückgegangen. Von Dr. Zernatto versprochen, aber nichts gehalten.

Aufguß Nummer 10: Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nachbarschaftspolitik, die eine eigenständige Außenpolitik Kärntens im Einklang mit der Bundesregierung darstellen soll. (*Abg. Koncilia: Haider in Deutschland!*) Richtig, Dr. Haider macht wenigstens eine aktive Außenpolitik, lieber Kollege Koncilia, im Gegensatz zum Landeshauptmann, (*Abg. Koncilia: 1,1 % hat er bekommen!*) der zwar groß angesprochen hat. Doch was ist aus dem Alpen-Adria-Gedanken geworden? Was ist mit der Arbeitsgruppe Alpen-Adria geschehen? Keine Initiativen mehr. Der Herr Landeshauptmann hat zweieinhalb Jahre lang den Vorsitz gehabt. Zwei Reisen wurden unternommen, eine nach China. Bis jetzt wissen wir keine Erfolge davon. Eine nach Südafrika, von der selbst die Journalisten feststellen mußten, daß unsere Regierungstruppe, die in Südafrika gewesen ist, nicht einmal bei den zuständigen Behörden bekannt war. (*Abg. Dr. Ambrozy: Hat der Freunschlag nichts berichtet? - Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk.*)

Aufguß Nummer 11: (*Abg. Dr. Ambrozy: Falsch, zwölf!*) Ich werde mich rasch um einen dritten Staatsvertrag bemühen. Tatsache ist, daß es keinen dritten Staatsvertrag mit Wien gegeben hat. Ein leeres Versprechen, nichts gehalten. Auch jetzt wird weiterhin die Offensive in der guten Zusammenarbeit mit dem Bund vorangetrieben.

Aufguß Nummer 12: (*Abg. Dr. Ambrozy: Nummer 13 ist das!*) Ich werde nicht in Kärnten gegen Wien, sondern in Wien für Kärnten kämpfen, verspricht Zernatto. Wo sind die großartigen Erfolge, die diese Regierung in den letzten zweieinhalb Jahren tatsächlich von Wien nach Kärnten umleiten konnte? Die Kärntenbotschaft in Wien wird mittlerweile bereits geschlossen. Zernatto hat in Wien nie tatsächlich für dieses Land gekämpft.

Hoher Landtag, das Bild, das diese Öffentlichkeit von unserem Landeshauptmann

hat, bestätigt sich auch in seiner Erklärung vor dem Kärntner Landtag: Viel versprechen, wenig halten, wortbrüchig, vertragsbrüchig. Dr. Zernatto ist nicht nur gegenüber der SPÖ und der ÖVP wort- und vertragsbrüchig geworden, er ist auch, wenn man seine Versprechungen anschaut, gegenüber den Kärntnerinnen und Kärntnern vertrags- und wortbrüchig geworden.

Wir Freiheitliche werden unsere Rolle als Alternative zur rot-schwarzen Zusammenarbeit in diesem Land sehr ernst nehmen. Wir legen ein Arbeitsprogramm der Freiheitlichen Partei vor, (*Zwischenruf des Abg. Koncilia.*) das für eine lebendige Gemeinschaft, für soziale Gerechtigkeit, für Anstand und für Sauberkeit eintritt, (*Abg. Koncilia: Sauberkeit, das ist ein Witz!*) für das, wo man zu Hause ist, geborgen, sicher und frei von Zwang. (*Abg. Koncilia: Eine große Lüge im Landtag!*) Gemeinsamkeit bedeutet für uns nämlich, für die Kärntner Identität, für die Vielfalt der Kultur, für die Tradition und für das Brauchtum Verantwortung zu tragen. Diese Heimat braucht den Schutz auch einer starken Opposition. (*Abg. Koncilia: Zwei Regierungsmitglieder, das ist keine Opposition!*)

Wir als Freiheitliche Partei werden als Opposition die zahlreichen Versprechen Dr. Zernattos sehr genau beobachten. Wir erfüllen in Zukunft eine Wächterfunktion für alle Kärntnerinnen und Kärntner, damit die leeren Versprechungen, die von diesem Regierungspult hier getätigt werden, auch tatsächlich umgesetzt werden. (*Zwischenruf des Abg. Koncilia.*) Herr Landeshauptmann, wir werden als Opposition, als Alternative zur rot-schwarzen Einheitspartei in Kärnten dafür sorgen, daß Sie mit Ihren Versprechungen in Zukunft auch ins Schwitzen kommen werden. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zwischen der Regierungserklärung des neugewählten Landeshauptmannes und dem heutigen Tag liegt ein epochales Ereignis: Die Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, die ein gewaltiges Ergebnis gebracht hat. Der Landeshauptmann ist

Dr. Hofer

in seiner Regierungserklärung sehr massiv auf die Notwendigkeit eines Beitrittes Österreichs eingegangen. Er hat vor den Folgen eines Nichtbeitrittes gewarnt und er hat an die Kärntnerinnen und Kärntner appelliert, die ausgestreckte Hand, die uns von der EU dargeboten wurde, auch zu ergreifen. Daher ist es heute durchaus legitim, bei der Debatte über die Regierungserklärung auch zu diesen Ergebnissen einige Worte zu sagen.

Dieses Ergebnis hat seiner Höhe nach niemand von uns erwartet. Das Ergebnis ist vor allem im Bundesland Kärnten sehr erfreulich, denn Kärnten ist das drittbeste Bundesland, wenn man die Zustimmung anschaut. Dieser Appell des Landeshauptmannes und die Wünsche und Hoffnungen, die in dieser Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht wurden, haben sich also in der Zwischenzeit erfüllt.

Das Kärntnerergebnis ist aber auch in anderer Hinsicht bedeutsam. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, hier bei uns war die Agitation gegen einen EU-Beitritt besonders stark. Ich meine jetzt nicht so sehr, aber auch die FPÖ, ich meine aber auch andere Institutionen, wie den Kärntner Heimatdienst, der von seinem Obmann in dieser Frage vereinnahmt wurde, und zwar zum Leidwesen vieler, vieler Mitglieder im Kärntner Heimatdienst.

Die FPÖ hat in den letzten Wochen vor der Abstimmung ihre Anti-EU-Agitation mit einer Kampagne gegen den Landeshauptmann verknüpft, die ihresgleichen sucht. (*LHStv. Ing. Reichhold: Reden wir jetzt über die EU-Volksabstimmung oder über die Regierungserklärung, Herr Präsident?*) Gerade in diesem Lichte ist das Kärntner Ergebnis bedeutsam. Die Frage der EU, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hat in der Regierungserklärung einen hervorragenden Platz eingenommen, daher nehme ich auch hier in einigen Worten dazu Stellung. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Dieses Ergebnis ist auch insgesamt eine Absage an eine gewisse Primitivargumentation, die Ängste schürt. Dieses Ergebnis ist eine Absage an einen gewissen Stil der politischen Auseinandersetzung, bei der durch eine Absage persönlicher Verunglimpfung damit inkludiert ist.

Ich darf daher allen hier im Hause, aber auch allen jenen außerhalb dieses Hauses, die zu diesem großartigen Ergebnis in Kärnten beigetragen haben, ganz herzlich danken. Ich meine jetzt durchaus auch einige Funktionäre der FPÖ, wie z. B. den Gurker Bürgermeister, der sich auch dafür eingesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Ergebnis zeigt aber auch, daß politisches Selbstbewußtsein statt Verzagttheit, daß Weltoffenheit statt Abkapselung, daß Chancenbewußtsein statt dem Drücken vor Herausforderungen gefragt sind. Dieses Ergebnis wird noch - und davon bin ich überzeugt - andere Konsequenzen haben, die wir erst in einigen Monaten festmachen werden können.

Der Ausgang der Volksabstimmung zeigt jedenfalls, daß jetzt nicht die Zeit für Angst- und Miesmacher ist, auch nicht die Zeit für politische Hasenfüße und schon gar nicht für notorische Neinsager. Es ist die Zeit der Courragierten, der Mutigen und Selbstbewußten, der Risikobereiten und der Chancenbewußten.

Die FPÖ hat dieses Ergebnis als Sternstunde bezeichnet. Meine Damen und Herren, ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn Sie mehrere solcher Sternstunden erleben. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Regierungserklärung geht auf die wichtigsten Probleme des Landes in aller gebotenen Kürze ein, sie zeigt den Weg auf, wie es weitergehen soll, sie ist ein Programm für die kommende Legislaturperiode. Dieses Programm wird natürlich auch von Zeit zu Zeit zu adaptieren sein, um auf die auftretenden momentanen Bedürfnisse entsprechend einzugehen.

Diese Regierungserklärung fußt auf einem Sachübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP, das heißt aber, daß andere nicht ausgeschlossen sind. Ganz im Gegenteil, die Volkspartei wird sich bemühen, so gut es geht einvernehmliche Beschlüsse zustande zu bringen. Politik soll ein fairer Wettbewerb von guten Ideen sein. Dieser Wettbewerb spielt sich ja nicht im stillen Kämmerlein ab, sondern er erfolgt in aller Öffentlichkeit, daher ist eine Absage an gute Ideen auch gar nicht möglich.

Dr. Hofer

Natürlich muß aber anerkannt werden, daß man die Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln sehen kann und daß Schwerpunktsetzungen daher durchaus verschieden ausfallen können. Daher, meine Damen und Herren, werden wir uns mit guten Ideen auseinandersetzen, wir werden ausreichend lang diskutieren, aber wir werden auch entscheiden, wenn die Zeit reif ist. Das heißt, wir werden allen Verzögerungsstrategien eine klare Absage erteilen. Eine Demokratie, die von der Bevölkerung respektiert werden soll, braucht nicht nur die Diskussion, sie braucht auch die klare rechtzeitige Entscheidung. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen drei Jahren einige wichtige Reformwerke auf legislativer Ebene zustande gebracht. Ich darf nur einige nennen, wie das neue Kärntner Wohnbauförderungsgesetz, das Krankenanstalten-Betriebsgesetz, die Gesundheits- und Sozialsprengel, die beschlossen worden sind, das Objektivierungsgesetz oder die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in Form des Wirtschaftsförderungsfondsgesetzes. Diese heute zur Diskussion stehende Regierungserklärung enthält auch einige ganz wichtige Reformprogramme. Das Reformprogramm betrifft die Zusammenführung der gesamten Wirtschaftsförderung genauso wie die Verwaltung. Es ist aber auch eine Mahnung an die Landesgesetzgebung und damit an uns selber. Der Stopp der Gesetzesflut darf keine Worthülse sein. Wir werden bei jedem Gesetzesentwurf darüber nachzudenken haben, ob er notwendig ist, was dafür entfallen kann und was das letzten Endes kostet.

Für die Verwaltung sind Reformen in den Bereichen Verwaltungsvereinfachung oder Verwaltungskonzentration, im Bereich der Kontrolle, im Bereich der Personalbewirtschaftung, um einen Ausdruck des Rechnungshofes hier zu verwenden, aber auch in dem Bereich der Stärkung der Servicefunktion der Landesverwaltung fällig und sie werden in Angriff zu nehmen sein. Dabei sind Rationalisierungs-, aber auch Umschichtungspotentiale auszuloten und aufzugreifen. Das möchte ich ausdrücklich betonen, je mehr wir dabei Erfolg haben, desto größer wird der

Handlungsspielraum, wenn Sie wollen, der Investitionsspielraum des Landes sein.

Diese Reformen sollen sich aber auch auf sogenannte "heilige Kühe" im Bereich der Landwirtschaft erstrecken wie auf Hängematten und Nischen im Bereich der Sozialpolitik oder auf Prestigepositionen in anderen Sachbereichen.

Kernpunkt dabei wird zweifellos die Budgetpolitik sein, bei der wir im Wege einer genauen Durchleuchtung zum Grundsatz zurückführen müssen, das Notwendige zuerst. Daß der Kontrolle dabei auch ein entsprechender Stellenwert zuzuordnen sein wird, ist offenkundig; dafür sprechen auch die Vorgänge im Bereich der BH Spittal oder einiger Gemeinden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die FPÖ hat, wie aus den Ausführungen ihres Klubobmannes zu entnehmen war, diese Regierungserklärung abgelehnt. Sie hat wieder einmal ein Programm für Kärnten abgelehnt. Das ist an und für sich nichts Neues. Die FPÖ hat in den vergangenen Jahren alle Programme abgelehnt. Die Programme, die in den Landesbudgets und auch in den Nachtragsbudgets in den letzten Jahren enthalten waren, wurden von der FPÖ abgelehnt. *(2. Präs. Mitterer: Weil sie schlecht waren!)*

Der Klubobmann der Freiheitlichen Partei hat hier einen Luftaufguß vorgenommen, weil drin war ja nichts, bei dem er etliche Dinge hier angeschnitten und kritisiert hat. Er hat auch kritisiert, daß die anderen Regierungsmitglieder hier nicht eingebunden worden sind. Ich darf nur eines feststellen, meine Damen und Herren: Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP haben sich in den vorbereitenden Gesprächen bemüht, eine Einstimmigkeit herbeizuführen. Wir haben der Freiheitlichen Partei *(LHStv. Ing. Reichhold: Die Tür zugeschlagen!)* ausgewogene Referate zugeordnet. Und daß sich die Freiheitliche Partei auch nicht beklagen kann, beweist der Umstand, daß die Referatseinteilung einstimmig in der Kärntner Landesregierung beschlossen wurde. Ich verstehe also gar nicht, warum sich die Freiheitliche Partei überhaupt mokiert. Der Wille zur Zusammenarbeit wird dabei am besten dokumentiert. Damit wird der Wille dokumentiert, daß ein Vorschlag einer Referatseinteilung vorgelegt wurde, der auch

Dr. Hofer

von der Freiheitlichen Partei akzeptiert worden ist. (*Abg. Schwager: 5 % des Budgets!*) Mehr braucht man eigentlich dazu nicht zu sagen.

Seien wir aber doch ehrlich: Diese Regierungserklärung hätte aussehen können, wie sie wollte, sie hätte niemals die Zustimmung der freiheitlichen Fraktion gefunden, weil es Ihnen in dieser Zeit jetzt um Polemik, aber vor allem ums Neinsagen geht. Ich möchte das auch belegen:

Meine Damen und Herren, die FPÖ hat von Fundamentalopposition gesprochen. Was man darunter verstehen wird, werden wir noch sehen. Landläufig versteht man darunter eine Totalopposition. Wir haben in den letzten zwei Monaten durch die Verhinderung der Wahl des Landeshauptmannes eine demokratiepolitisch überaus bedenkliche und außergewöhnliche Situation im Lande vorgefunden. (*Abg. Schwager: Ordnungsruf!*)

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner seinerzeitigen letzten Ausführung von Gesetzes- und Verfassungsbruch gesprochen und dafür heute einen Ordnungsruf kassiert. Ich möchte für mich dazu feststellen, ich möchte niemandem und keiner Fraktion Unrecht tun, ich habe diese Feststellung des Gesetzes- und Verfassungsbruches auch nicht leichtfertig begangen. Es gibt eine Abhandlung unserer Verfassungsabteilung im Landesdienst, die sehr wohl belegt, daß ein dauernder Auszug Gesetzes- und Verfassungsbruch ist. Ich darf das nur zur Kenntnis bringen, damit Sie von der FPÖ-Fraktion nicht meinen, ich hätte diesen schwerwiegenden Vorwurf mutwillig ausgesprochen. (*Zwischenrufe der Abg. Schwager und Dr. Strutz.*) Ich persönlich bin an einem guten Klima im Hause interessiert, daher habe ich diesen Ordnungsruf auch unwidersprochen zur Kenntnis genommen, möchte Ihnen aber schon nochmals sagen, (*Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion.*) daß es Auffassung unserer Verfassungsabteilung ist, die diese Haltung der FPÖ-Fraktion so qualifiziert. (*Abg. Dr. Ambrozy: Meinungen des Präsidenten sind nicht zu kritisieren!*) Das zur Vergangenheit.

Unsere Landesverfassung geht vom Prinzip der Zusammenarbeit aus. Dieses Prinzip äußert sich in unserer Konzentrationsregierung, die zur

Mitarbeit verpflichtet. Die Verpflichtung zur Mit- und Zusammenarbeit schließt daher eine Fundamentalopposition aus, sie ermöglicht höchstens eine Bereichsopposition. Die Fundamentalopposition verstößt daher gegen den Geist und die Grundhaltung unserer Landesverfassung, denn eine solche kann man ja nur betreiben, wenn man aus der Regierung ausscheidet.

Auch das will unsere Landesverfassung nicht. Aber ich glaube, im Lichte der Ereignisse der vergangenen Monate wird man auch über das klassische Demokratiemodell "Regierung einerseits - Opposition andererseits" zu reden haben. Es wäre zumindest ehrlicher, in die Regierung Leute zu entsenden, die sich weder als "Statthalter noch als die sprichwörtlichen nützlichen Idioten empfinden", so wie in der Zeitung geäußert. (*Abg. Dr. Strutz: Uns ist ja das eine Ehre!*) Weil, meine Damen und Herren, kann man von Leuten, die so empfinden, daß sie sich mit ganzer Kraft für Kärnten einsetzen? Hier liegt Zweifel der Bürger auf dem Tisch. Denn mir gegenüber haben schon viele Bürger diese Zweifel geäußert. (*LHStv. Ing. Reichhold: Schwarze Bürger!*) Daher sage ich Ihnen das auch hier in aller Deutlichkeit: Denken Sie lieber nach, wenn Sie wirklich so empfinden, ob Sie nicht andere Leute in diese wichtigen Funktionen entsenden!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und Herrn Klubobmann Dr. Strutz jenen Katalog überreichen, der auflistet, was alles in der Zeit, in der Christof Zernatto Landeshauptmann ist (bis zur Wahl sozusagen), geschehen ist. Es ist in Kärnten enorm viel geschehen. (*Abg. Dr. Strutz: Da waren die fleißigen anderen Regierungsmitglieder federführend!*)

Aber ich möchte schon eines sagen, meine Damen und Herren: Wir stehen in Kärnten jetzt - auch in Anbetracht des Beitrittes zur EU - vor einer gewaltigen Herausforderung. Unser Land bräuchte jetzt die positive Zusammenarbeit aller politischen Kräfte. Fundamentalopposition ist nicht der richtige Weg! Im Wege der Fundamentalopposition kann man das nicht bewerkstelligen. Besinnen Sie, von der FPÖ, sich daher. Nicht um unsertwillen, sondern um Kärnten willen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldete hat sich Klubobmann Abgeordneter Dr. Ambrozy. Ich bitte ihn, zu sprechen.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debatte um die Regierungserklärung des neugewählten Landeshauptmannes hat sich aufgrund der letzten beiden Wortmeldungen, um in einer heute schon gewählten Metapher zu sprechen, als schlechter Aufguß des Wahlkampfes entpuppt.

Ich glaube, daß der heutige Tag - nach all den Wochen der Verunsicherung der Kärntner Bevölkerung - dazu angetan sein sollte, die Zukunftsvision für dieses Bundesland Kärnten zu formulieren und hier im Hohen Hause zu debattieren, um der Kärntner Bevölkerung das Gefühl, ja die Versicherung, die Gewißheit zu geben, daß sich dieser Landtag und diese Regierung die nächsten fünf Jahre der Problemlösung für unser Bundesland Kärnten und der Weichenstellung für eine gute Zukunft für die Kärntner Bevölkerung widmen wird.

Meine Damen und Herren! Ich halte nichts von politischen Gags am Rednerpult, die nur dazu führen, die ernstesten Fragen der Zukunft Kärntens auf das Podium der Show zu bringen, um dann mit dem Fallen des Vorhangs vergessen zu werden. Ich habe prinzipiell nichts dagegen, wenn der eine oder der andere die Landtagsdebatte als "Saunastunde" versteht. Aber in jenen Bereichen, wo wir als Sozialdemokraten in unserer Arbeit und Verantwortung für Kärnten betroffen sind, möchte ich schon deutlich gegen eine solche Debattenform Stellung nehmen. Denn zu sagen, daß in den vergangenen Jahren die Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung nicht stattgefunden hat und Weichenstellungen für eine positive Entwicklung nicht vorgenommen worden sind, ist einfach falsch. Wir haben ein modernes Wirtschaftsförderungsgesetz; wir haben ein gutes Wirtschaftskonzept für unser Bundesland Kärnten, und wir haben die ersten Maßnahmen eingeleitet, die in Wahrheit auch schon zu greifen

beginnen. Blicken Sie nach Völkermarkt, dann wissen Sie, wie auf Grundlage eines guten Konzeptes Wirtschaftsentwicklung für eine, auch schwierige Region dieses Landes gemacht worden ist. Und dieser Weg ist fortzusetzen. Ich bekenne mich dazu, daß wir in den Fragen der Instrumente und Institutionen unserer Wirtschaftsförderung den begonnenen Prozeß zu Ende bringen müssen, damit wir für alle wesentlichen Bereiche der Wirtschaft auch die entsprechenden Instrumente zur Hand haben, um den Herausforderungen, die sich ja durch den EU-Beitritt - das ist heute schon gesagt worden - ergeben, entsprechend begegnen und sich stellen zu können. Hier werden genauso die Frage der Beteiligung wie andere Fragen zu klären sein.

Auch zur Frage der Privatisierung ein klares Wort: Wenn ich mir angehört habe, wie in den letzten Wochen über die Beteiligungen des Landes Kärnten gesprochen worden ist, muß ich sagen, daß hier Leute geredet haben, die sich über die Struktur der Beteiligung und auch über die Funktion der Beteiligung des Landes überhaupt nicht im klaren waren. Der größte Teil unserer Beteiligungen - das wissen Sie - sind in Wahrheit Wirtschaftsförderungen und vor allem im Bereich der Strukturförderung des Fremdenverkehrs eingesetzt. Nur in wenigen Bereichen sind das echte Beteiligungen an Unternehmungen des Landes. Das ist in erster Linie die KELAG und auch das Landesreisebüro. Hier können wir die Diskussion eröffnen. Nur eines, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf aus meiner Sicht nicht passieren, und das möchte ich hier deutlich aussprechen: Daß aufgrund von wilden Privatisierungsabsichten dieses Kärntner Unternehmen, das meiner Meinung kein unnötiges Unternehmen ist, wie es Freud Herr Strutz in den Mund gelegt hat, sondern ein sehr wichtiges Unternehmen für dieses Land, für die Kärntner Wirtschaft ist, unter Umständen nicht mehr in die Entscheidungsgewalt unseres Bundeslandes fällt. Meine Damen und Herren! Wir haben hier in Wahrheit jenes Unternehmen zur Hand, das die Zukunft der Kärntner Wirtschaft und damit der Bevölkerung bestimmt. Dieses Unternehmen muß in Kärntner Hand bleiben, damit wir die Entscheidungen über unsere Ressourcen, über unsere Heimat

Dr. Ambrozy

nicht woandershin verlagern. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu sagen, daß in der Kunst- und Kulturförderung nichts geschehen sei, ist schlichtweg falsch. Wir haben - und darauf bin ich stolz! - das modernste Kulturförderungsgesetz im Lande. Unter Einbeziehung der Kulturschaffenden ist es entstanden; mit Einbeziehung der Kulturschaffenden in den Entscheidungsprozeß über Kunst und Kultur. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es wird in den nächsten fünf Jahren darauf ankommen, wie wir auch im Bereich der Kunst- und Kulturpolitik vorgehen: Ob das eine Verbändepolitik sein soll oder eine Politik, mit der garantiert wird, und zwar von der Politik dieses Landes, daß die Freiheit der Kunst und auch die Freiheit des Handelns, Denkens und Redens garantiert wird - und nicht durch Zensur eingeschränkt wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Ich sage das hier ganz bewußt. Denn wenn ich mir heute in der Anfrage betreffend das Stadttheater Klagenfurt die Zielrichtung vor Augen führe und auch Briefe, die mir in den letzten Wochen zugegangen sind, möchte ich schon sagen, daß es nicht zulässig ist, daß Menschen, die in Kulturfunktionen, in Berufsfunktionen tätig sind, aufgrund dieser Funktionen nicht mehr in der Lage sein sollen, ihre politische Meinung zu äußern. Und diese Gefahr scheint hier tatsächlich zu bestehen. Denn, meine sehr geschätzten Damen und Herren, jenes Mitglied des Theaterausschusses, das heute offensichtlich Ezzesgeber für die Anfrage ist, war jenes Mitglied, das seinerzeit den Antrag gestellt hat, die Gage des Intendanten entsprechend zu erhöhen, weil sie für die Vorbereitungszeit zu gering bemessen war. Es kann nicht sein, und dagegen werde ich mich immer zur Wehr setzen, daß wenn einmal jemand politisch paßt, das opportun ist und so etwas positiv beurteilt wird - und wenn er auf der anderen Seite einmal für die Sozialdemokratie Stellung bezogen hat, er dann wieder abgelehnt wird. Das kann nicht der Stil der Kulturpolitik sein! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

In der Sozialpolitik, meine sehr geschätzten Damen und Herren, lassen wir uns auch nicht sagen, daß hier die Weichen nicht gestellt

worden wären. Denn wir haben als zweites Bundesland die Sozial- und Gesundheitssprengel im Bundesland Kärnten eingeführt und damit einen ganz wichtigen Schritt für die Verbesserung der Versorgung der Kärntner Bevölkerung gesetzt. Ich möchte das für unsere Fraktion entsprechend reklamieren und anerkannt wissen.

Das gilt auch für die Sportpolitik. Zu sagen, daß die Sportpolitik im politischen Einfluß steht, ist schlicht und einfach falsch. Ich bitte hier wirklich - Kollege Schretter sitzt hier - die FPÖ, den internen Kommunikationsfluß zu verbessern, damit Sie wissen, wie Sportpolitik in diesem Lande gemacht wird, wo die Entscheidungen fallen und daß gerade in der Sportpolitik die Verbände (sprich die Dachverbände) die entscheidenden Träger für die Subventionsentscheidungen des Landes sind. *(Abg. Dr. Strutz: Wo fließen dann die Beträge hin? Sie brauchen nur die Förderungsbeträge anzuschauen!)* Sie haben schon einmal, im Jahre 1989, versucht, den Sport zu politisieren. Und Sie haben damals von allen Sporttreibenden des Landes eine Absage bekommen. Ich bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir in Kärnten ein Sportklima haben, das alle Sportvereine und Sportverbände aus der unmittelbaren politischen Situation herausgehoben hat und ein einhelliges Vorgehen die Politik bestimmt hat.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Frage dieser Koalitionsvereinbarung und der Rolle der FPÖ. Wenn ich mir ansehe, mit welcher Häme und mit welchem Zynismus der erste Pakt zwischen FPÖ und ÖVP, der zum Ziel gehabt hat, die Sozialdemokratie in allen wesentlichen politischen Bereichen abzumontieren, öffentlich kommentiert worden ist, dann halte ich es schlicht und einfach für realitätsfremd, wenn man heute die Koalitionsvereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ kritisiert. Denn wir haben uns - nachdem die ÖVP ausgestiegen ist, aus dem FPÖ-Pakt - auch öffentlich dazu bekannt, daß es darum gehen muß, ein ausgewogenes Konzept der Aufgabenverteilung im Sinne des Wahlergebnisses zustande zu bringen. Wir haben darauf verzichtet - und das sage ich Ihnen jetzt mit aller Deutlichkeit -, für die Wahl eines Landeshauptmannes ein

Dr. Ambrozy

Regierungsmitglied zu beanspruchen. Wir haben darauf verzichtet, einen Landesschulratspräsidenten zu beanspruchen, und wir haben auch darauf verzichtet, Koalitionsvereinbarungen bis in die Gemeindeebene einzufordern, (*Abg. Dr. Strutz: Ja, was denn sonst noch! - Lärm in der FPÖ-Fraktion*) damit Einfluß und politische Durchsetzungskraft (oder Politisierung) möglich zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir haben als Sozialdemokraten im Sinne des Ergebnisses der Wahl diese Koalitionsvereinbarung geschlossen (*Abg. Dr. Strutz: Das ist die Unwahrheit!*) - auch eingedenk der Tatsache, daß es darum gegangen ist, eine schwierige politische Situation in diesem Lande zu lösen. Ich bin nach wie vor der Meinung, und das möchte ich hier deutlich sagen, daß es richtiger gewesen wäre, wenn die stärkste Partei den Landeshauptmann gestellt hätte. Aber unter komplizierten politischen Bedingungen haben wir diese Entscheidung getroffen.

Wenn Sie heute sagen, daß das, was jetzt geschehen ist, eine Ausgrenzung oder eine Abgrenzung ist, dann bitte ich Sie, die Dinge real und nicht aus der Sicht einer weinerlichen Partei zu beurteilen.

Jetzt zur Oppositionspolitik in diesem Lande, und ich werde dann zu Verfassungsfragen noch einige kurze Anmerkungen machen. Wenn man in die Regierungsverantwortung eingebunden ist, trägt man auch Verantwortung für das, was in der Regierung geschieht, und zwar überall dort, wo man gemeinschaftlich zur Entscheidung berufen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Landesverfassung will keine Opposition, sondern eine Konzentration der Kräfte und eine Zusammenarbeit der Kräfte. Und Sie werden es sich nicht so leichtmachen können, auf der Regierungsebene Zusammenarbeit und Konsens zu spielen - aber hier im Landtag Opposition. Sie werden verantworten müssen, was in diesem Bundesland Kärnten geschieht; dort, wo Sie mit dabei sind, nämlich auch in der Regierung. Ich würde Sie wirklich auffordern, dem Modell unserer Verfassung entsprechend zu handeln. Denn, meine Damen und Herren, niemand in dem Lande darf so vermessen und hochmütig

sein, sich zum "Wächter der Politik" hochzuspielen! Auch nicht die FPÖ! (*Abg. Koncilia: Gerade die FPÖ nicht!*) "Wächter der Politik" in diesem Bundesland Kärnten wird immer die Kärntner Bevölkerung bleiben, und wir wollen mit ihr und nur mit ihr Politik machen, damit es für unser Land positiv ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Schwager.*)

Meine Damen und Herren! Das bringt mich zur politischen Kultur. Aber, grundsätzlich muß man die Dinge aussprechen, Kollege Schwager. Denn es hat keinen Sinn, immer an der Oberfläche Phrasen zu sagen, wenn man nicht ausdrückt, worum es wirklich geht. Wie gesagt, zur politischen Kultur einen Satz: Ich glaube und bin fest davon überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß langfristig jene politischen Kräfte die Oberhand behalten werden, die sich in all ihren Handlungen der Wahrheit verpflichtet fühlen und in all ihren Handlungen auch das größere Ganze, nämlich unser Bundesland Kärnten, mitzuschwingen habe und nicht partikulare, parteipolitische Interessen. Wir sollten uns gemeinsam der Wahrheit und dem größeren Ganzen (unserem Bundesland Kärnten) verpflichtet fühlen. Das heißt, auf der einen Seite Mut zur eigenen Position, Mut zum eigenen Standpunkt - aber auf der anderen Seite auch den gebührenden Respekt vor dem politisch Andersdenkenden. Und ich würde meinen, daß es guttut, wenn in diesem Hohen Hause nicht mit diffamierenden Worten über andere geredet wird, sondern wir uns gemeinsam dazu bekennen, als Demokraten mit unterschiedlichen Positionen an einem Ziel, nämlich dem Wohlergehen unseres Bundeslandes Kärntens, zu arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fragen, wie wir die politischen Kräfteverhältnisse in Kärnten zukünftig gestalten wollen, sind Verfassungsfragen. Wir haben uns darauf geeinigt, daß wir gemeinsam an einer Veränderung unserer Landesverfassung arbeiten wollen. Ich glaube, wir sollten das ohne viel öffentliches Aufsehen, aber dafür mit mehr Intensität und insbesondere mit mehr Überlegungen, wie wir gemeinsam zu einem guten, neuen Gebilde der Verfassung kommen können, tun. Eine Verfassung kann nicht jede

Dr. Ambrozy

Situation, die auftritt, lösen. Das haben wir gerade in den letzten Wochen zum Teil sehr schmerzhaft miterlebt. Aber sie kann eines tun: Sie kann Rahmenbedingungen schaffen, in denen - im Sinne der Kräfteverteilung durch die Bevölkerung dieses Landes - auch tatsächlich alle Aufgaben erfüllt werden können. Daß die jetzige Verfassung offensichtlich nicht in allen Punkten dazu in der Lage ist, ist in den letzten Wochen deutlich gemacht worden. Daher glaube ich, daß wir uns dazu durchringen sollten, eine neue Verfassung, insbesondere mit einer Neuregelung der Frage der Bildung der Regierung und auch eine Neuregelung der Frage, wie wir mit Minderheitsrechten, Mehrheitsrechten und Kontrollrechten dieses Kärntner Landtages und der Regierung in Zukunft umgehen.

Wir sollten eine neue Verfassung so diskutieren, daß alle Bereiche entsprechend eingebunden werden. Ob es hier um die Frage eines weiteren sinnvollen Festhaltens an der Konzentrationsregierung, um die Frage der Direktwahl des Landeshauptmannes oder um andere Fragen geht: wir sollten hier alles sehr gewissenhaft diskutieren. Mein Vorschlag ist nur: Wir sollten nichts aus dem Augenblick heraus entscheiden, sondern unsere Entscheidungen immer mit Weitblick treffen. Denn, meine Damen und Herren, was für die eine politische Gruppe im Augenblick opportun sein möge, mag es morgen schon nicht mehr sein und umgekehrt. Daher sollten wir die Dinge mit dem Blick auf das Morgen - und nicht den Vorteil des Heute - gestalten und sehen und daher eine moderne, den Erfordernissen einer weiterentwickelten Demokratie angepaßte Verfassung schaffen.

Die Verwaltungsreform, wie sie in den Ausführungen der Regierungserklärung angesprochen wurde, wird von uns unterstützt. Wir meinen, daß eine moderne, effiziente Verwaltung dazu führt, daß die Bevölkerung zur Politik und zur Verwaltung eine bessere und entsprechend vertrauensvollere Beziehung bekommt. Heute sollten wir aber auch eines hier feststellen: Daß wir in Wahrheit hervorragende Mitarbeiter in der Regierung haben, die von hoher Leistungsbereitschaft gekennzeichnet sind und es darauf ankommt, daß wir durch gute Organisation und entsprechende Verfahrenskonzentration diese

Leistungsbereitschaft auch entsprechend umsetzen. "Weniger Verwaltung heißt weniger Staat", ist formuliert worden. Das mag stimmen. Auch über die Frage, wieviel Staat wir in verschiedenen Bereichen wollen, müssen wir diskutieren, bevor wir das ausschließlich mit der Verwaltung allein begründen. Meine Damen und Herren, in vielen Bereichen ist der Staat gefordert, weil die Wirtschaft, die Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, die Dinge so zu regeln, daß sie auch in einem sozialen Wohlfahrtsstaat als richtig geregelt angesehen werden.

Die Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, muß aus unserer Sicht in einem neuen, größeren Europa, zu dem sich die österreichische Bevölkerung bekannt hat, einen besonderen Schwerpunkt einnehmen.

Das ist auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen. Denn Wirtschaftspolitik heißt ja in Wahrheit die Gestaltung von ökonomischen Bedingungen für ein Leben der Menschen miteinander oder überhaupt für das Leben der Menschen. Wirtschaftspolitik muß sich den Bedürfnissen der Menschen unterordnen und nicht umgekehrt, denn sie hat zumindestens aus meiner Sicht drei Grundbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen: nämlich der wirtschaftlichen Sicherheit des einzelnen, der Teilnahme an der Wohlfahrtsentwicklung dieses Landes und letztlich auch der sozialen Absicherung insbesondere in jenen Fällen, wo unverschuldete Not entsteht. Daher muß es das Ziel der Wirtschaftspolitik sein, erstens die Vollbeschäftigung in diesem Lande herzustellen, zweitens das Einkommensniveau in Kärnten anzuheben und drittens eine neue Solidarität auch in diesem Bereich gestalten zu helfen.

Dazu ist aus meiner Sicht festzustellen, daß, so gesehen, Wirtschaftsfragen in Wahrheit Menschenfragen sind. Wir werden daher vorhandene Strukturen stärken müssen, aber gleichzeitig auch dort, wo Probleme auftreten, Instrumente zur Abfederung für die Betroffenen schaffen.

Der Ausbau der Arbeitnehmerförderung insbesondere im Bereich der Wohnungen, der Kinderbetreuungseinrichtungen und des Pendlerwesens, genauso wie die Ausweitung des

Dr. Ambrozy

Instrumentes der Arbeitsstiftungen wird notwendig sein, denn gerade dieses Instrument stellt sicher, daß in schwierigen Situationen, also in Situationen der Beschäftigungslosigkeit, ein Instrument menschlicher persönlichkeitsbezogener Bewältigung dieser Probleme stattfindet, weshalb das ein wichtiges Instrument in der Zukunft für die Bewältigung regionaler Arbeitsmarktprobleme sein wird.

Meine Damen und Herren, es ist heute vom Kollegen Hofer gesagt worden, das Notwendige zuerst. Jawohl, wir bekennen uns dazu, das Notwendige zuerst. Das Notwendigste ist, die soziale und wirtschaftliche Situation der Kärntner Bevölkerung abzusichern und auch zu garantieren.

Zur Frage der Minderheitenpolitik eine Anmerkung aus meiner Sicht: Wir bekennen uns zur Vertretung und vor allen Dingen zur Mitbestimmung der Volksgruppe in unserem Bundesland Kärnten. Ich möchte nur für meine Fraktion sagen, daß wir darauf Wert legen, ein Modell der Integration in der Zukunft in Kärnten verstärkt zu forcieren, denn es wird um das Miteinander gehen und wir sollten nicht institutionalisieren, daß in dieser Frage ein Gegeneinander stattfindet. Daher würde ich es begrüßen, wenn in allen Bereichen Dinge, die heute zu Konflikten Anlaß geben, eigentlich zur tagtäglichen Selbstverständlichkeit werden und damit ein Modell der Zweisprachigkeit in unserem Bundesland dort, wo sie entsprechend eingeführt ist, geschaffen wird.

Ein Punkt geht mir natürlich in der Regierungserklärung schon ab, das möchte ich hier anmerken: Die Frage der Nachbarschaftspolitik. (*Abg. Dr. Strutz: Die Chinareise war das wahrscheinlich!*) Meine Damen und Herren, wir sind mit der Entscheidung des vergangenen Sonntags... Bei der Chinareise habt ihr euch selber ausgegrenzt, deswegen kommt es ständig zu einer Neidwortmeldung. (*Abg. Dr. Strutz: Es weiß ja niemand etwas!*) Was Südafrika betrifft, das möchte ich jetzt einmal auch sagen: Fragt doch einmal den Kollegen Freunschlag, was dort unten passiert ist. Ich war ja nicht unten, aber offensichtlich war er mit Faxen und Telefonaten so beschäftigt und dann so deprimiert, daß er nicht Landeshauptmann-Stellvertreter geworden ist, daß er euch nichts mehr davon erzählt hat.

Ich würde euch wirklich bitten, hört auf mit diesem Quatsch! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Zur Nachbarschaftspolitik: Meine Damen und Herren, wir gehen in ein größeres Europa. Es wird in den nächsten Jahren gerade die Klärung des Verhältnisses zwischen Kärnten und Slowenien und vor allen Dingen die Klärung der gemeinsamen Fragen einen noch größeren Stellenwert bekommen, als sie ihn in der Vergangenheit hatte. Ich möchte hier schon mit einiger Deutlichkeit sagen: Ich bin mit dem nicht zufrieden, was der Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Slowenien unter Assistenz des Herrn Landeshauptmannes zustande gebracht hat. Wir waren in der AKW-Frage im Kontaktkomitee zumindest einen halben Schritt schon weiter. Ich würde bitten, daß wir den Schritt vollenden, denn wir dürfen von unserer Position, zu verlangen, daß dieses Kraftwerk in Krsko geschlossen wird, nicht abrücken, und ständig haben wir zu insistieren, daß diese Forderung, die sich in Wahrheit auf den berechtigten Ängsten der Kärntner Bevölkerung gründet, entsprechend erfüllt wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Daher bitte ich, meine Damen und Herren, auch in den anderen Fragen der Nachbarschaftspolitik entsprechend weiter voranzuschreiten. Wir haben gemeinsame Fremdenverkehrsprojekte, wir haben gemeinsame Umweltprobleme und wir haben letztlich gemeinsame Wirtschaftsinteressen. Wir sollten diesem Bereich einen besonderen Schwerpunkt auch in der Politik widmen, weil er Lebensfragen unseres Bundeslandes Kärnten im wahrsten Sinne des Wortes umfaßt.

Im sozialen Bereich möchte ich für die sozialdemokratische Fraktion schon ein eindeutiges Bekenntnis abgeben: Es darf in der Sozialpolitik keinen Rückschritt geben, denn, meine Damen und Herren, gerade das, was in Kärnten im Bereich der Sozialpolitik geschieht, ist ausgewogen, letztlich gemessen an den sozialen und Einkommensverhältnissen der Bevölkerung durchgeführt und es ist an sich kein Grund vorhanden, an dieser Sozialpolitik Kritik zu üben. Wir sollten auf diesem Gebiet fortschreiten, denn Sozialpolitik ist einerseits Hilfe für Menschen, die in schwierigsten

Dr. Ambrozy

persönlichen Situationen sind und ist zum zweiten - und das sollte man auch einmal deutlich aussprechen - letztlich Einkommenspolitik für den schwächsten Teil der Bevölkerung. Das sollte uns ein Anliegen bleiben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wenn die einzig wirklich griffige saloppe Formulierung in der Regierungserklärung die Sozialpolitik betrifft, daß man nicht die Hängematte, das Faulbett oder wie es genannt worden ist, der Sozialpolitik ausnützen darf, dann von mir eine grundsätzliche Erklärung auch in dieser Frage: Wir sind dagegen und sollten das überall dort, wo es wirklich stattfindet, bekämpfen, daß sich im sozialen Netz einige ein paar Rosinen herauspicken, die ihnen nicht gebühren. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen hier die Dimensionen nicht aus dem Auge verlieren. Wir sollten gerade die Sozialpolitik nicht dazu nutzen, um ein in der Bevölkerung durchaus zum Teil sehr stark vorhandenes und sich verstärkendes Neidgefühl aufeinander noch weiter zu schüren. Es gibt viele Bereiche, wo man das auch ablehnen kann und muß, aber besonders im Bereich der Sozialpolitik müssen wir das mit Entschiedenheit ablehnen und dagegen wirken, denn es geht um Menschen, die ihr Lebensschicksal allein nicht meistern können, und die sollten nicht zum Spielball von niedrigen Empfindungen der Menschen gemacht werden. Im Gegenteil, wir sollten in allen Fragen dagegen auftreten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Daher werden wir uns in der Sozialpolitik weiterhin für einen Fortschritt entscheiden und es wird unsere Aufgabe sein, wiederum unter dem heute schon gesagten Satz, das Wichtige und Notwendige zuerst, diesen Bereich als notwendig und wichtig anzusehen.

Zur Landwirtschaft möchte ich nur bemerken, daß diese von den einzelnen Sachbereichen den größten Umfang in der Regierungserklärung eingenommen hat, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß der scheidende Agrarreferent offensichtlich für den neuen Agrarreferenten schon die Richtlinien entsprechend vorgegeben hat. Wir sind der Meinung, daß die Landwirtschaft ein sehr wichtiger Bereich ist und unterstützen in weiten Bereichen die

Regierungserklärung. Wir fordern allerdings, daß zur Klarheit, was in der Landwirtschaft an Förderungen vorhanden ist und an Leistungen erwartet wird, auch ein Landwirtschaftsleistungsgesetz geschaffen wird, in dem diese Fragen entsprechend niedergeschrieben sind und die Förderungspolitik gesetzlich normiert wird.

Ein Wort noch zur Kultur: Die Kultur ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer jener Bereich, der als erster von Kürzungen betroffen sein soll. Mich hat es erschreckt, ich gebe es zu, daß in den 48 Stunden, in denen unter Umständen ein schwarz-blauer Putsch Wirklichkeit geworden wäre, gerade die Kulturpolitik das erste Streichungsopfer des designierten Kulturreferenten war.

Ich bekenne mich zu einer Weiterentwicklung auch der Kultur und der Kulturförderung, weil ich meine, daß das jener Bereich ist, der uns, wenn er richtig und sensibel gehandhabt wird, gegen all diese Dinge immun macht, die derzeit an Gewalt und ähnlichem in der Öffentlichkeit passieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Daher sollten wir auch aus diesem Grunde der Kulturpolitik einen besonderen Stellenwert einräumen.

Bildung und Schule: Ich meine, daß die Berufsschule der Schwerpunkt der nächsten Jahre sein soll, insbesondere der Ausbau und die Rahmenbedingungen für jene, die sich für eine Berufsausbildung im Wege der Berufsschule und der Lehre entscheiden, Ich möchte nicht verhehlen, daß wir auch in den Berufsschulen noch einiges zu tun haben werden, insbesondere was die Allgemeinbildung und Körperbildung betrifft. Wenn da gesagt wird, daß man den Bau der Berufsschule Villach unter Umständen auch dazu benützen sollte, um die entsprechenden Turneinrichtungen zu schaffen, dann wäre das ein Weg, der diesem Ziel untergeordnet ist.

Darüber hinaus sollten wir gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern darum kämpfen, daß auch die Finanzierung der Berufsausbildung auf ein neues Niveau gestellt wird. Ich plädiere für die Schaffung eines Berufsausbildungsfonds und für die Ausweitung der überbetrieblichen Ausbildung in Form von Lehrwerkstätten und ähnlichem. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Dr. Ambrozy

Was unsere Volks- und Hauptschulen betrifft, sollten wir die Standards erhöhen und verbessern, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Auch das sind Bereiche, die letztlich im Wege von Bedarfszuweisungen als Projekte mit den Gemeinden gemeinsam realisiert werden können. Das ist ein wichtiger Bereich, den man nicht einfach so abhandeln kann.

Fachhochschulen werden von uns unterstützt und sollten weiter ausgebaut werden.

Im besonderen ist es mir ein Anliegen, daß wir, was die Entwicklung der Universität betrifft, einen Schritt weiter gehen, als wir erreicht haben. Wir müssen auf der Forderung beharren, daß eine dritte Fakultät geschaffen wird, daß wir zu einer vollwertigen Universität kommen und damit erreichen, daß wir in Kärnten eine Hohe Schule haben, die allen Erfordernissen, sowohl regionalen als auch überregionalen, entspricht.

Letztlich plädiere ich für eine noch stärkere Internationalisierung unserer Bildung und Ausbildung. Wir sollten in Programme investieren, die unsere Schüler in andere Universitäten und in andere Länder hinausführen, aber gleichzeitig trachten, auch möglichst viele hereinzubekommen.

In der Gesundheitspolitik unterstütze ich jene Forderungen, die in der Regierungserklärung enthalten sind, meine aber - und dabei sind wir mit unserem neuen Gesundheitsreferenten Michael einer Meinung -, daß der Gesundheitserziehung, -beratung und der -vorsorge ein besonderes Augenmerk geschenkt werden soll, daß die notwendigen Investitionen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich zur Gesundheitsversorgung gesichert werden müssen und daß vor allen Dingen die Finanzierung auf eine neue Basis gestellt wird. Bei den kommenden KRAZAF-Verhandlungen wird es sehr darauf ankommen, daß es sowohl zu einer Entlastung der Landes- als auch der Gemeindehaushalte kommt, denn sonst werden wir genau jenen Spielraum, von dem heute gesprochen worden ist, zukünftig nicht haben.

In der Energiepolitik sollten wir zu einer Realisierung des Energiekonzeptes kommen, wobei wir uns nicht - und das sage ich hier ganz bewußt - von einer einseitigen Politik für eine

bestimmte Lobby leiten lassen, sondern unsere Ressourcen in aller Breite ausschöpfen sollten, damit die Energieversorgung für die Zukunft sichergestellt wird. Zur KELAG habe ich schon entsprechend Stellung genommen.

Im Sportbereich wird es darum gehen, daß die entsprechenden Sportstätten weiter ausgebaut werden, daß der Jugendarbeit ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird und daß es vor allen Dingen im Leistungssport zu einer besseren Mitwirkung auch der außeröffentlichen Bereiche kommt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Regierungserklärung sollte für uns Anlaß sein, nach einer schwierigen Phase gemeinsam zum Wohle unseres Bundeslandes Kärnten zu arbeiten. Wir haben als Sozialdemokraten auch in der vergangenen Legislaturperiode bewiesen, daß wir zu dieser intensiven Arbeit für die Menschen dieses Landes bereit sind, wie immer die politischen Verhältnisse ausschauen mögen und wieviele Wirrnisse es immer geben mag. In Wahrheit hat sich die Sozialdemokratie immer als die stabile Kraft, auf die sich die Menschen eigentlich verlassen konnten, herausgestellt. Dies war auch in den letzten acht Wochen so. Wir wollen das auch in Zukunft sein im Interesse der Kärntner Bevölkerung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Ich möchte zunächst einmal kurz auf eine Bemerkung des Abgeordneten Hofer eingehen, der bisher für mich den lächerlichsten Versuch geliefert hat, aus der EU-Volksabstimmung einen Wahlerfolg der ÖVP zu machen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Hofer: Das hat der Haider gemacht! Sternstunde!)* Ich verstehe das, denn eine Partei wie die ÖVP ist in den letzten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten auf der Verliererstraße. Ihnen vergönne ich es, Herr Abgeordneter, daß Sie sich auch einmal zu den Siegern zählen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe immer noch unter dem Eindruck der Erklä-

Ing. Reichhold

rung des Debattenbeitrages des Klubobmannes Dr. Peter Ambrozy. Ich habe nicht den Eindruck, daß dies ein Debattenbeitrag war, sondern ich stehe eher unter dem Eindruck, daß das die Regierungserklärung des "Fastlandeshauptmannes" Dr. Peter Ambrozy war. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Koncilia: Aber keine schlechte!)* Eine Regierungserklärung, von der ich sagen muß, daß sie heute in 50 % der Redezeit mindestens doppelt so viele Inhalte gebracht hat. Ich stehe gar nicht an, ihm dieses Kompliment auszusprechen. Es ist wohlthuend zu hören, daß hier nicht oberflächliche Phrasen in den Vordergrund gestellt worden sind, sondern Inhalte, die man angreifen kann. Man weiß wirklich, woran man bei der SPÖ ist.

Das wird auch die Aufgabe der Freiheitlichen Partei sein, uns mit der SPÖ auseinanderzusetzen, mit ihren politischen Inhalten, weil wir wissen, daß sie in Wahrheit dieses Land wieder regiert. Über das Hintertürl ist die SPÖ wieder an die Macht gekommen. Die Budgetaufteilung in der Kärntner Landesregierung spricht eine deutliche Sprache. 71 % des Budgetanteiles sind der SPÖ zuzuordnen, während jene Partei, die nur ein Mandat weniger hat, nämlich die Freiheitliche Partei, mit einem Budgetanteil von lediglich 5 % abgespeist wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Erklärungen, die hier lauten, die FPÖ wäre dabei fair behandelt worden, es würde, wie es ein Regierungsvertreter ausgedrückt hat, kein Revanchefoul geben, sind für uns nicht glaubwürdig.

Die FPÖ wird angesichts dieser Budgetverteilung daher ihre Aufgabe im Landtag wahrnehmen, die Oppositions- und Kontrollpartei für die Wähler und Bürger dieses Landes darzustellen, denn wir gehen davon aus, daß alle machtpolitischen Entscheidungen in diesem Land hinter verschlossenen samtenen Türen zwischen ÖVP und SPÖ getroffen werden.

Wir werden auf der anderen Seite, wie in der Vergangenheit, unsere von der Verfassung zugeordneten Aufgaben in der Regierung erfüllen. Wir haben als Freiheitliche auch unter schwierigsten Bedingungen und in sehr schwierigen Referaten in der Vergangenheit erfolgreich sein können. Ich verweise auf das

vorbildlich geführte Energiereferat des Landesrates Freunschlag, der durch seine Arbeit gezeigt hat, daß mit Mut und Einsatz auch ein Umdenken in der Energiepolitik möglich ist.

Es ist aber auch so, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir im Straßenbau und im Verkehrsbereich gemeinsam vieles haben bewegen können. Viele gordische Knoten in diesem Land konnten auf gemeinschaftlicher Ebene überparteilich angegangen und gelöst werden. Ich erinnere an die Frage des Gailtalzubringers und des Ausbaues des oberen Drautales, ich erinnere an die Schließung der Autobahnücke in Kärnten und ich darf auch an die Umsetzung des Verkehrsverbundes in Kärnten erinnern, der pünktlich zum vorausgesagten Termin in seiner ersten Phase in Kraft getreten ist. Ich erinnere mich noch an Angriffe zurück, die von den Sozialpartnern gekommen sind, als ich zum Rücktritt aufgefordert worden bin, weil vor der Wahl der Eindruck erweckt werden sollte, daß dieser Verkehrsverbund niemals in Kraft treten wird.

Wir haben gezeigt, daß überall dort, wo Freiheitliche in Regierungsverantwortung eingebunden sind, diese Aufgaben auch ernsthaft wahrgenommen und in vielen Bereichen auch erfolgreich abgeschlossen werden. Diese Arbeit für das Land werden wir auch in Zukunft so wahrnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da lassen wir uns durch keinerlei Behauptungen und Unterstellungen außer Tritt bringen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn heute vom Klubobmann der SPÖ die Diskussion über die Verfassungsänderung in Gang gesetzt wurde, so möchte ich dazu schon eines bemerken:

Die Freiheitliche Partei bekennt sich dazu, daß in der Wahl des Landeshauptmannes sich auch die realen politischen Verhältnisse in unserem Land widerspiegeln. Wir möchten sicherstellen, daß auch jene politischen Gruppierungen, die durch den Wähler Vertrauen erhalten haben, in dieser Frage ausreichend Berücksichtigung finden. *(Abg. Koncilia: Dann bist aber du fort, mein Lieber!)* Ziel wird es aber sein, daß wir gemeinsam auch auf Bundesebene dafür kämpfen sollten, die Direktwahl des

Ing. Reichhold

Landeshauptmannes zu erreichen. Dies deshalb, weil wir gesehen haben, daß in diesem wichtigen demokratiepolitischen Reformschritt, der unter Landeshauptmann Dr. Jörg Haider in diesem Landtag eingeleitet und umgesetzt wurde, nämlich die Wahl der Bürgermeister im Direktwahlverfahren, sich bewährt hat, und zwar auf allen Ebenen sich bewährt hat. Damit wird deutlich gemacht, daß der Bürger auch entsprechende Mitwirkungsrechte auf der direkten demokratiepolitischen Ebene bekommen sollte. Unter diesen Auspizien und unter diesem Blickwinkel wollen wir auch diese Verfassungsänderung in unserem Land in Angriff nehmen.

Ich habe, meine Damen und Herren, viel von dem, was Klubobmann Ambrozy an der Regierungserklärung bemängelt und ergänzt hat, auch heute hier dartun wollen. Ich kann mir das ersparen.

Aber auf einige Punkte möchte ich doch hinweisen. Zunächst einmal auf die Verwaltung in unserem Land. Alle, die Regierungsverantwortung ausgeübt haben, kennen das Problem; wissen, wo hier Reformschritte anzusetzen sind. Es wäre unserer Meinung wichtig - und davon habe ich in der Regierungserklärung des Landeshauptmannes leider nichts hören können -, daß die vielen Abteilungen des Landes auch von ihrer Kompetenzgestaltung her mehr Rechte erhalten sollten, als das in der Vergangenheit der Fall war. Es ist wichtig, die Privatwirtschaft hier zum Vorbild zu nehmen. Sie wissen, daß dort alle großen Konzerne in kleine, selbständige Einheiten aufgeteilt werden, weil es einfach dem Zeitgeist des modernen Menschen entspricht, mehr Verantwortung zu tragen und damit auch mehr Entscheidungen treffen zu wollen. Und das ist ein wesentlicher Punkt, warum es in der Verwaltung unter den Beamten auch zu Frustrationserscheinungen kommt, weil eben in vielen Bereichen der Dienstweg wichtiger ist als die Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit des einzelnen Beamten.

Es muß aber auch notwendig sein, im Bereich der Kostenrechnung, des Controllings und auch im Bereich des Budgetsvollzugs völlig neue Maßstäbe anzusetzen. Wenn man nicht nur hohle Phrasen dreschen will, sondern tatsächlich an einer Umgestaltung der Landesverwaltung

interessiert ist, muß man diesen Reformüberlegungen auch breiten Raum geben.

Ein weiterer Punkt ist die Wirtschaftspolitik. Mein Kollege Freunschlag wird dazu sicher noch ausführlicher Stellung nehmen. (*Abg. Koncilia: Auch das noch!*) Aber es ist in der Vergangenheit zweifellos der Fall eingetreten, daß durch die vielen Beteiligungen des Landes nicht innovative Betriebe gefördert worden sind, sondern - Klubobmann Ambrozy hat schon recht - die Beteiligungen waren eher dafür da, um Betriebe zu sanieren; um keine sonderlichen Effekte damit erzielen zu wollen. Es war vielmehr die Sparkasse des politischen Referenten, der hier bestimmte Kreise bedient hat. Und dieser Mißbrauch der Beteiligungsfinanzierung des Landes muß abgestellt werden. Es muß in der Verwaltung zu einem Beteiligungsmanagement kommen, das auch Erträge für das Land sicherstellt, die dann wieder der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Des weiteren, glaube ich, muß es gemeinsame Aufgabe dieses Hohen Hauses und auch der Regierung sein, tatsächlich in Wien für verschiedene Reformen zu kämpfen. Zuallererst muß auch sichergestellt werden, daß die Behinderungsgesetzgebung im Umweltbereich gelockert werden muß. Auch die Kärntner Wirtschaft befindet sich im Würgegriff wirklich wirtschaftsfeindlicher Gesetze, die im Umweltbereich sehr häufig auch den Bogen zu überspannen beginnen. Es muß hier wirklich zu ernsthaften Entrümpelungen kommen, die nicht auf Kosten der Umwelt zu machen sind, aber für den Gewinn der Wirtschaft durchzusetzen wären.

Darüber hinaus glaube ich, daß es notwendig sein wird, auch die Karten auf den Tisch zu legen, wie es in Hinkunft mit unserer Landwirtschaft wirklich weitergehen soll. Darauf hinzuweisen, daß die EU schon die nötigen Förderungsmilliarden zur Verfügung stellen wird, das ist meines Erachtens zu wenig. Wichtig ist, daß auch innerhalb Österreichs notwendige gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden, damit die Bauern und die Kärntner Bauern auch einen Anspruch auf Ausgleichszahlungen, einen Anspruch auch auf

Ing. Reichhold

verschiedene Förderungen haben. (*Abg. Koncilia: Nicht in eigener Sache sprechen!*) Das ist ja derzeit nicht der Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren. Derzeit gibt es ja keine gesetzliche Regelungen, was die EU-Ausgleichszahlungen anlangt, sondern es existiert nur dieser Solidarpakt. Und was man von Pakten und Verträgen zu halten hat, das haben wir jetzt in Kärnten erlebt, nämlich gar nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im Tourismusbereich sind viele Hoffnungen geweckt worden; viele Ankündigungen geweckt worden. Ich erinnere daran, daß hier nicht nur ein Tourismusförderungsgesetz neu beschlossen wurde, sondern daß auch in einer Regierungssitzung der Beschluß gefaßt wurde, die Maßnahmen im touristischen Bereich zu regionalisieren. Das war bereits in der letzten Regierungserklärung des Landeshauptmannes der Fall. Er hat dort angekündigt, die Regionalisierung unseres Tourismus weiter zu organisieren und voranzutreiben. Aber, wenn man sich das heute anschaut, wenn man heute analysiert, was in den Regionen von der Organisation her tatsächlich funktionstüchtig ist, so können wir unterm Strich sagen, daß all diese Ankündigungen in keinem Fall eingetreten sind. Es wird tatsächlich notwendig sein, hier ernsthaft sich um eine Koordination im organisatorischen Bereich zu bemühen und viele, die gute Ideen haben, auch an die entsprechenden Schaltstellen zu bringen, um für dieses Land auch entsprechende Ideen umsetzen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Redezeit hiermit nicht länger in Anspruch nehmen, weil ich glaube, daß in den Kernbereichen schon vieles gesagt wurde. Nur eines brauchen wir in diesem Land: Wir brauchen nicht aufgewärmte, alte Ideen; wir brauchen keine alten Hüte, sondern wir brauchen neue Ideen, um diese Land nach vorne zu bringen. Wir brauchen begeisterungsfähige Menschen in unserem Land; wir brauchen aber auch begeisterungsfähige Politiker, die alle ihre Kraft dafür einsetzen wollen, um den Menschen dieses Landes zu dienen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gallo. Ich bitte ihn, zu sprechen! (*Abg. Schiller: Der ist unabhängig!*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Jugend!

Erinnern Sie sich noch: 1989, als Dr. Jörg Haider erst am 31. Mai, also auch mehrere Wochen nach der Landtagswahl, zum Kärntner Landeshauptmann gewählt worden war, (*Abg. Koncilia: Das war eine schwere Geburt!*) hat es da auch Zeter und Mordio gegeben, weil angeblich vorher nicht gearbeitet werden konnte? (*Abg. Schiller: Ihr habt so lange verhandelt!*) Jetzt, 1994, glaubte man den Medien, schien die ganze Welt aus den Fugen zu geraten; nur, weil der von der Wiener Zentraleinheitsparteileitung uns Kärntnern diktierte Landeshauptmann erst am 7. Juni - und dies offensichtlich in erster Linie an sich selbst gerichtet - "Kraft, Mut und Einsatz" als Regierungsprogramm verkünden konnte. So ändern sich die Zeiten, wie überhaupt die veröffentlichte Meinung, ganz im Gegensatz zur tatsächlichen, einen interessanten und rasanten Wandel hinter sich gebracht hat.

Noch im heurigen Mai hieß es zum Beispiel - und ich als unabhängiger Mandatar (*Abg. Koncilia lacht auf: Unabhängig?!*) beschränke mich dabei auf unabhängige Medien -, ich zitiere: "Profil": "Glauben Sie ernsthaft, daß Sie das Image des Hampelmannes - ein Begriff übrigens, den Sie als erster im Zusammenhang mit der Kärntner Krise verwendet haben - noch wegbringen können?" Oder, wieder "Profil": "Es geht um Ihre Glaubwürdigkeit. Mit dieser haben Sie ja Schiffbruch erlitten." Oder bei Herrn Reinhold Dottolo: "In vielen anderen Ländern wäre ein Rücktritt die einzig mögliche Folge gewesen." Oder bei Frau Antonia Gössinger: "Man kann nur hoffen, daß Kärnten niemals von einem akuten, schweren Krisenfall heimgesucht wird. Die Folgen sind nicht auszudenken bei einem Landeshauptmann, der schon bei einem

Dipl.-Ing. Gallo

Parteiengeklänkel die Nerven wegwirft." Oder bei "Salz und Pfeffer": "Die Lehre daraus: Zernattos Unterschrift ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht."

Ich frage jetzt: Welche charakterstärkenden Mittel sind denn da mittlerweile verabreicht und wirksam geworden worden? (*Abg. Sablatnig: Geworden worden?*) Danke! Und wer wird in Zukunft über mögliche unerwünschte Nebenwirkungen berichten. (*Abg. Mag. Herbrich: Ich! - Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion*)

In welcher schnelleren Zeit wir sind, hat der 7. Juni gezeigt: "FPÖ fällt um", titelt ein Parteiblatt. Und am Ende eines Kommentars steht: "Sie", gemeint ist die SPÖ "bestimmt wieder, wer Landeshauptmann von Kärnten wird." Wie wahr! Nur, diese angebliche bestimmende Kraft hat sich damit auch ganz offiziell selbst von ihrem Führungsanspruch im Lande Kärnten verabschiedet und ihr Repräsentant, der als Spitzenkandidat in die Wahl gegangen ist, hat sich dabei selbst ausgetrickst und, wie wir es heute erlebt haben, sich zu einem sehr eifrigen Zwischenrufer degradiert. (*Zwischenruf des Abg. Koncilia. - Lärm im Hause.*)

Wer also umgefallen ist und wer von wem wirklich abhängig ist, haben die Ereignisse in den letzten Wochen augenscheinlich bewiesen.

Als einer, der hier im Hohen Haus Schulter an Schulter mit einem anderen Parteilosen sitzt und gegessen ist, (*Heiterkeit in der SPÖ- und in der ÖVP-Fraktion*) muß ich ihnen - beweisen Sie mir das Gegenteil! - also berichten, wie hierzulande mit dem Kärntner Patriotismus umgegangen wird. (*Abg. Schiller: Die armen Kärntner!*) Robert Rogner hat sich bereit erklärt, für Kärnten zu arbeiten. (*Abg. Dr. Strutz: Normalerweise gibt es bei der Jungferrede keine Zwischenrufe. Aber scheinbar gilt das bei den Freiheitlichen nicht! - Abg. Schiller zum Abg. Dr. Strutz: Herr Klubobmann, die hat er schon gehalten!*) Er hat aus eigenem ein Wirtschaftsprogramm entwickelt, um unser Heimatland aus der Rotlichtposition herauszuführen; ein Programm, das internationale Beachtung gefunden hat. Ich nenne Ihnen ein paar wichtige Punkte. Er entwickelte ein Programm für die Kärntner Infrastruktur, für den

Wohnbau, für die Stärkung der Regionen, für eine Exportoffensive und auch für Kunst und Kultur. Damit wollte Robert Rogner Kärnten wieder auf die Überholspur, wie er es immer genannt hat, bringen. (*Abg. Sablatnig: Wer hat ihn denn daran gehindert? Wer ist sich selbst im Weg gestanden? Wer ist ausgeschieden?!*) Die Menschen im Land haben zu diesem Programm ja gesagt. Nur, unqualifizierte Äußerungen, wie jetzt, aus der Politik, das Programm sei Schwachsinn, (*Abg. Sablatnig: Das ist ja nachweisbar, daß er nicht hier ist!*) sei nicht zu realisieren, haben Robert Rogner leider vorerst resignieren lassen. Von Rot und Schwarz waren, wie jetzt auch, lediglich Wortspenden, aber nicht mehr zu erhalten.

Was Robert Rogner wirklich sagt, werde ich Ihnen aus einem seiner Briefe zitieren. (*Aus der ÖVP-Fraktion: An die FPÖ?*) An Sie! "Als Kärntner Patriot wollte ich in dieser schwierigen Situation Kärnten helfen. Aber ich würde es nicht aushalten, mit diversen, ideenlosen politischen Wirtschaftsalphabeten, welche ja großteils die Verantwortung dafür tragen, daß Kärnten das Schlußlicht Österreichs ist, über die Sinnhaftigkeit meiner Konzepte und Visionen diskutieren zu müssen. Ich werde", so Robert Rogner "meine Arbeitskraft nun wieder in meinen Firmen einsetzen und in der Realisierung meiner Visionen und Ideen auf diesem Wege versuchen, Aufträge und damit auch neue Arbeitskräfte für unsere 450 Zulieferfirmen aus Kärnten zu schaffen. Mein Gehalt von öS 28.969,10 als Kärntner Landtagsabgeordneter - das erste Geld, das ich jemals in meinem Leben von der Kärntner Landesregierung erhalten habe, obwohl ich 14 Betriebe in Kärnten gegründet habe - werde ich dem SOS-Kinderdorf Moosburg spenden." Soweit Robert Rogner.

Robert Rogner ist aber für viele in unserer Heimat der lebende Beweis dafür, auf welche Art und Weise die Arbeit für unser Land geschieht, nämlich: indem man gute, international anerkannte Leute vertreibt. So gesehen: Gute Nacht, Kärnten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Robert Rogner ist aber nicht allein geblieben, als es in den vergangenen Sitzungen darum ging, hier in diesem die unabhängigen und frei-

Dipl.-Ing. Gallo

heitlichen Mandatare regelrecht anzuschütten. Daß die Wortwahl dabei unterschiedlich ausgefallen ist, ist auch von mir wohlthuend registriert worden. Ich bitte Sie hier und heute um Verständnis dafür, daß ich mich nicht auf das Niveau so mancher der geäußerten Primitivausagen begeben. Ich will die schöne Anrede "Hohes Haus" für die Zukunft erhalten und sie nicht entbehrlich machen.

Ich komme zur sogenannten Regierungserklärung vom 7. 6. 1994, die, wie wir gehört haben, maximal eine Landeshauptmannklärung sein kann, (*Abg. Kollmann: War das jetzt nur die Einleitung?! - Lärm im Hause*) denn zumindest die freiheitlichen Referenten in der Regierung waren in keiner Weise eingebunden. Übrigens, als kritischem Leser ist mir aufgefallen: das vielstrapazierte Wort "Charaktersache" kommt auf 23 Maschinschreibseiten nicht vor. Eine mögliche Erklärung für diese "Charakterlosigkeit" findet sich auf Seite 3. (*Lärm im Hause. - Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Herr Abgeordneter, ich habe heute darauf aufmerksam gemacht, daß man bei der Wortwahl vorsichtig sein soll. Sonst kriegen Sie einen Ordnungsruf! - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz. - Vorsitzender: Tuns nicht reden davon, daß das Klima des Hauses aufrechterhalten werden soll, und dann wird wieder so geredet! Charakterlosigkeit, wurde gesagt! - Lärm im Hause.*) Es tut mir leid, daß es hier im Haus Menschen gibt, die der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig sind. (*Vorsitzender: Wen meinen Sie damit?*) Jeden, der sich betroffen fühlt! (*Abg. Wedenig: Tun Sie nicht den Präsidenten kritisieren!*) Ich habe alle, die sich betroffen fühlen, gemeint. Aber auf Seite 3 findet sich der Passus: "Es geht nicht um Phrasen". So.

Mein erster Eindruck dieser Erklärung: verglichen mit so epochalen Sägern wie der "Liberalisierung der Bauordnung für Kleinstbauwerke wie Hundehütten" oder "daß das Geld in Brüssel liegt und quasi nur abgeholt werden muß", wären Kraut und Rüben leuchtende Fixsterne in jedem Meinungsallom.

Gehen wir ins Detail! Blicken wir in die Regierungszukunft Kärntens! Da muß ich einen

meiner Vorredner, den Herrn Klubobmann Ambrozy korrigieren. Wenn er gemeint hat, daß im Pakt zwischen SPÖ und ÖVP keine Detailabsprachen vorhanden sind, so darf ich wieder einmal "Salz und Pfeffer" zitieren, wo steht: "... daß wichtige Fragen, nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bezirksebene und in den Verbänden ... Dinge abzusprechen sein werden", und "die gesamte Legislaturperiode wäre auszuschöpfen." Also, entweder hat Dr. Ambrozy oder "Salz und Pfeffer" die Unwahrheit verbreitet.

Kommen wir zur Erklärung: Gleich am Anfang bezeichnet sich der Herr Landeshauptmann als Vorsitzender der Landesregierung und sagt, er wird dafür Sorge tragen, daß das Land funktioniert. Wie das der Fall sein soll, hat er selbst bewiesen. Der Raumordnungsbeirat, für dessen Einberufung er zuständig war, hat seit dem Dezember nicht mehr getagt und ist erst in dieser neuen Phase zum erstenmal zusammengetreten.

Es ist schon angesprochen worden, die Referatsaufteilung sei dem Wahlergebnis entsprechend. Wer das glaubt, soll selig bleiben.

Das Budget soll konsolidiert werden, (*Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk.*) dem Sparwillen soll Rechnung getragen werden. Dieser Weg soll unbeirrt fortgesetzt werden. Nur, die Ausgleichszahlungen aufgrund des EU-Beitrittes sollen als außerordentliche Zahlungen gelten. Ins Deutsche übersetzt, heißt das doch wohl, die Schuldenpolitik der letzten drei Jahre findet ihre Fortsetzung jetzt eben unter dem Titel EU-Beitritt. (*2. Präs. Mitterer: Richtig!*)

Besonders interessant ist die Forderung nach einem "Stopp der Gesetzesflut", verbunden mit der Bemerkung, "Gesetze sind, wie wir alle wissen, der Bevölkerung nicht nur nicht bekannt, sondern sie ist ihrer schon lange überdrüssig." Ich weiß nicht, ist das jetzt die Aufforderung an den Landtag, daß wir uns selbst auflösen?

Noch eine eher erheiternde Passage: "Keine Zustimmung werden von mir insbesondere jene Gesetzentwürfe erhalten, die nicht auch eine spürbare Verwaltungsvereinfachung herbeiführen." Ich bitte, mir zu sagen, wie das geschehen soll. Als Paradebeispiel wird die Bauordnung genannt. Ich werde Ihnen einen konstruktiven Vorschlag machen: Ich biete Ihnen dazu die

Dipl.-Ing. Gallo

Mitwirkung meiner Berufsgruppe, der Ziviltechniker, an. Das sind alle Architekten, Ingenieurkonsulenten und Zivilingenieure. In der Begutachtung zu der Bauordnung finden Sie bereits genügend bekannte Vorschläge dazu.

Das Thema Umwelt hat zwar laut der Erklärung einen hohen Stellenwert, aber kein einziger Punkt wurde konkret angesprochen. Ich bin außerordentlich froh und befriedigt, daß dieses Referat jetzt ein freiheitlicher Referent verwalten wird. Was ich aber nicht verstehe, ist, warum der unmittelbare Zusammenhang, der einander bedingt, nämlich Energie und Umwelt, mit Gewalt dadurch zerrissen worden ist, daß man das Energiereferat der Freiheitlichen Partei jetzt weggenommen hat. (*Abg. Mag. Grilc: Ein einstimmiger Regierungsbeschluß!*)

Wenn ich höre, daß das Kärntner Energiekonzept entweder neu zu adaptieren oder neu zu interpretieren sei und auf eine Ökovariante beim Ausbau der oberen Drauf verwiesen wird, so ist das eine sehr interessante, aber nicht nachvollziehbare Aussage, denn die, die für Öko zuständig sind, sind eigentlich ganz anderer Meinung.

Gefreut hat mich die Ankündigung der Förderung für Wohnraumsanierung und -revitalisierung.

Zur behindertengerechten Gestaltung darf ich einen Punkt hinzufügen. Dafür werde auch ich mich immer einsetzen: das sollte auch für den Bau von Sportstätten und Sportanlagen gelten, sowohl für Aktive als auch für die Zuschauer.

Eine Forderung möchte ich diesem Programm auch noch mit auf den Weg geben, nämlich die, eine Gleichstellung der parteinahen Wohnbaugesellschaften mit den privaten Bauwerbern zu bewerkstelligen.

Hier steht sehr interessant keines besonderen Kommentars mehr bedürftig: Die Objektivierung und die Schulleiterbesetzung wird Kärnten selbst regeln. Ich bin gespannt, wie dieses objektive Verfahren bei der Bestellung des Leiters in der landwirtschaftlichen Fachschule Litzelhof in Drauhofen jetzt ablaufen wird. Derzeit steht uns eine Packelei alten Zuschnittes ins Haus.

Erwähnt worden ist heute auch das Stadttheater Klagenfurt, und zwar nicht mit einem Programmpunkt für die Zukunft, sondern mit der Feststellung, daß es "von den Kärntner Kulturinteressierten in immer größerem Ausmaß besucht wird". Ich bin seit zirka 20 Jahren Besucher des Stadttheaters Klagenfurt und zahle mir mein Abonnement selbst. (*Abg. Mag. Trunk: Jeder!*) Ich kann von diesem Besucherschwarm nichts bemerken. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk. - Abg. Schretter: Das halte ich für ein Gerücht, Frau Kollegin Trunk! - Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Gallo! Ich bitte ihn zu sprechen, damit wir vielleicht ein bißchen weiterkommen.*) Dankeschön!

Die Ankündigung der verstärkten Öffnung der Turnsäle außerhalb der Schulzeiten ist ein so alter Hut, daß ich mich darüber gar nicht verbreitern will, denn in der Gemeinde, aus der ich komme, ist das seit zehn Jahren auf unseren Antrag hin bereits der Fall.

Damit bin ich am Schluß. Das für mich ernüchternde Gesamtergebnis lautet: Eine Anhäufung von Widersprüchen, Worthülsen und Allgemeinplätzen. Oder mathematisch ausgedrückt: Null mal null komma irgendetwas ergibt leider, richtig, null. (*Abg. Sablatnig: So wie der Beitrag! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Koschitz. Ich bitte ihn, zu sprechen. Dann gehen wir in die Mittagspause.

Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder von uns weiß, ohne ein großer Prophet zu sein, wenn man die Regierungserklärung mitverfolgt hat, daß wir in den nächsten fünf Jahren ein großes Stück Arbeit vor uns haben. Unser Land befindet sich aufgrund des positiven Ausganges der Volksabstimmung in einem Umbruch und es wird von der Arbeit dieses Hauses abhängen, daß die vor uns liegenden Jahre zu guten Jahren für unser Land

Koschitz

und unsere Bürger werden. Entscheidend wird es sein, ob es uns gelingt, die neuen Herausforderungen durch den EU-Beitritt für unser Land und für unsere Gemeinden, aber auch für unsere Regionen zu nutzen. Das Hineinführen Österreichs und insbesondere Kärntens in die EU wird ein jahrelanger Prozeß sein, der nur von Menschen bewältigt werden kann, die auch gewillt sind, ja zu Europa zu sagen. Ich bin heute fest davon überzeugt, daß viele der Neinsager nach diesem Wahlsonntag die Zeichen der Zeit auch erkannt haben und sich heute deshalb auch nicht zu schämen brauchen, um in den Zug nach Europa mit einzusteigen. Das Signal des Europazuges wurde auf grün gestellt und deshalb lade ich auch die FPÖ-Fraktion ein, diesen Zug auch zu besteigen. Einige Türen dieses langen Zuges stehen sicher offen, aber nicht mehr lange, denn wenn der Fahrdienstleiter, um als Eisenbahner zu sprechen, den Befehlsstab hochhebt, und das wird eben der 1. 1. 1995 sein, fährt der Zug eben ab. Das werdet ihr als ehemalige Europapartei hoffentlich nicht wollen, daß ihr draußen bleibt.

Nach all diesen Streitereien in den vergangenen Wochen und Monaten sollten wir wieder mehr Wert darauf legen, daß speziell in der Regierung zusammengearbeitet und nicht, wie wir aus den Zeitungen immer wieder lesen können, fundamentale Oppositionspolitik betrieben wird. Deshalb möchte ich die FPÖ schon bitten, zum Wohle unseres Landes, aber auch zum Wohle unserer Bürger nicht ständig die Konfrontation zu suchen, sondern vor allem, wie wir es in den Gemeinden draußen machen, die Zusammenarbeit. Nur eine sachliche und faire und vor allem eine konstruktive Zusammenarbeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Das sollten wir alle anstreben. Nur das schafft auch die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung unseres Landes.

Nun konkret auch zur Regierungserklärung: Da ist mir natürlich als Bürgermeister aufgefallen, daß über die Entwicklung unserer Gemeinden nicht allzu viel drinnen steht. Positiv hervorzuheben ist, daß ein mittelfristiges Finanzierungskonzept speziell zum Ausbau der Kanalnetze vorgesehen ist, weil speziell im ländlichen Bereich der Kanalbau fast nicht mehr zu finanzieren ist. Im Stadtbereich tun wir uns

alle ein bißchen leichter, wenn alle 20 bis 30 Meter ein Anschluß zu erwarten ist, aber im ländlichen Bereich ist es fast nicht mehr zu finanzieren.

Zur Umwelt insbesondere im Müllbereich vermisse ich eine klare Aussage, sei es bei dem Verpackungsgesetz oder bei dem Müllbeseitigungsgesetz, daß wir endlich den Plafond erreicht haben. Wenn uns die sogenannten gutgemeinten Vorschläge von den Beamten der Umweltabteilung gemacht werden, kann ich nur eines sagen: Der Kübel ist voll und es können von unserer Bevölkerung weitere Belastungen auf diesem Gebiet einfach nicht verkraftet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Leben allein spielt sich eben nicht hier im Hohen Haus ab, sondern draußen in unseren Gemeindestuben, wo unsere Gemeinderäte, aber auch die Bürgermeister an vorderster Front stehen und versuchen, gemeinsam mit den Bürgern die beschlossenen Gesetze auch auszuführen. Die Betonung, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt natürlich auf "versuchen", weil viele Gemeinden das Geld gar nicht mehr haben, um den Gesetzesvorschriften nachzukommen. Deshalb die Forderung an das Hohe Haus: Ziehen wir gemeinsam die Notbremse, denn es reicht auf diesem Gebiet.

Ich will aber nicht nur mit meinen Ausführungen alles schlecht machen, was in der Vergangenheit gemacht wurde, sondern ich will damit nur sagen: Wenn irgendwelche Leistungen, die wir in den Gemeinden gerade vollbracht haben, die über Gesetz dann verordnet wurden, und wir das so einigermaßen in den Gemeinden verkraftet haben, kam bereits schon die nächste Welle auf uns zu. Ich kann nur daran erinnern, kaum haben wir die Müllinsel fertiggestellt, ist für so und so viele Container schon das nächste Gesetz gekommen, daß wir schon wieder andere Dinge sammeln müssen. Jetzt sind die Müllinseln schon wieder zu klein. Deshalb glaube ich, daß wir uns überlegen sollten, wie wir das wirklich in Angriff nehmen, weil die Belastung für unsere Menschen draußen wirklich erreicht ist.

Weil wir schon beim Geld sind, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ein Hinweis auf die Gemeinden, die aufgrund der Steuerreform den

Koschitz

ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Wir alle wissen, daß das Budget sehr eng mit der Konjunktursituation zusammenhängt und im heurigen Jahr 3 bis 4 % weniger an Ertragsanteilen zu erwarten sind. Dazu kommt noch der Wegfall der Gewerbesteuer und in den vielen Gemeinden, daß die eingeführte Kommunalabgabe das Ganze nicht wettmachen kann. Dazu kommen noch die gesetzlich vorgeschriebenen Umlagen, die leider auch fast um 40 % im Schnitt angehoben werden mußten. So gibt es immer mehr Gemeinden, die von den Ertragsanteilen, die sie vom Finanzminister zugesprochen bekommen, leider nur mehr 50 % bekommen, weil eben die anderen 50 % das Land einbehält. Das engt den Spielraum der Entscheidungen in den Gemeindestuben derart ein, daß wir nicht einmal mehr die minimalsten Sachen durchführen können. Speziell die Bürgermeister, die hier herinnen sitzen, werden mir das bestätigen können, daß das auf die Dauer für die Gemeinden nicht gut sein kann. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Ich weiß, daß wahrscheinlich niemand in der Lage ist, eine Regierungserklärung so abzufassen, daß alle im Hohen Hause hier zufrieden sein werden. Deshalb will ich auch nicht mit kritischen Worten abschließen, sondern mit Freude feststellen, daß auch die neue Landesregierung zu den geplanten und vor allem terminlich bereits fixierten Landesausstellungen steht. Ich bin fest davon überzeugt, daß die betreffenden Orte ihre Chance auch nützen werden und die jeweilige Region einen großen wirtschaftlichen Vorteil haben wird. Die Regierungserklärung ist für uns alle ein Arbeitsauftrag und wir sollten uns gemeinsam bemühen, daß die nächsten fünf Jahre für unsere Bevölkerung und für unser Land Kärnten erfolgreiche Jahre werden. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.34 Uhr bis 14.05 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind beim Tagesordnungspunkt 3, bei der Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 7. Juni 1994. Als nächster ist der Herr Abgeordnete Wedenig zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Wedenig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Bevor ich zur Schule und Bildung Stellung nehme, erlaube ich mir, als Abgeordneter des Bezirkes Klagenfurt-Land zu einigen Punkten, die unseren Bezirk besonders betreffen, Stellung zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in letzter Zeit erreichten unseren Bezirk immer wieder Hiobsbotschaften über krisengeschüttelte Betriebe, insbesondere aus unserer Bezirksstadt Ferlach. Wir haben dort noch immer 20.000 Quadratmeter leerstehende Hallen auf dem ehemaligen KESTAG-Gelände. Außerdem ist die Gemeinde Ferlach bereit, noch andere Grundstücke für Betriebsansiedlungen zur Verfügung zu stellen. Ich fordere daher die zuständigen Stellen auf, alles zu unternehmen, um Arbeitsplätze in Ferlach zu erhalten und mitzuwirken, daß neue Betriebe angesiedelt werden, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei dieser Gelegenheit danke ich Dr. Peter Ambrozy, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß bedeutende Unternehmen in Ferlach mit Hilfe der öffentlichen Hand den Betrieb weiterführen konnten und mehrere Arbeitnehmer durch die Arbeitsstiftung Metall umgeschult und dadurch wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Von der Landesausstellung 1997 in Ferlach erwarten wir uns auch für die gesamte Region nicht nur einen wichtigen kulturellen, sondern auch einen wirtschaftlichen Impuls.

Wegen des großen Pendlerproblems im Bezirk Klagenfurt-Land wäre es dringend notwendig, daß auch andere Gemeinden des Bezirkes bei

Wedenig

ihren Betriebsansiedlungsprojekten massive finanzielle Hilfe durch das Land Kärnten erhalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Arbeitsplatzsicherung in Klagenfurt-Land hat auch eine staatspolitische Bedeutung, weil sie einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität an Österreichs südlichster Staatsgrenze leistet. Zusätzlich wird diese südlichste Staatsgrenze ab 1. 1. 1995 auch noch die EU-Außengrenze sein. Das sind also Gründe genug für eine effiziente und verstärkte Regionalförderung.

Ein weiteres Problem für den Bezirk Klagenfurt-Land stellt sich im Zukunftsprojekt der Südostspange, die auch in der Regierungserklärung angesprochen wurde. Der geplante Güterbahnabschneider durch das Rosental ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Wir werden sicherlich neue Verkehrswege benötigen, die Südostspange ist aber ein Strich mit dem Lineal auf der Landkarte. So kann das Problem nicht gelöst werden. Diese Südostspange löst nämlich nicht das bestehende Problem der Lärmbelästigung entlang der Wörthersee-Südbahnstrecke, schafft aber neue Probleme im Rosental. Das Rosental ist zwar reich an Naturschönheiten, es ist aber arm an Wirtschaftskraft. Die geplante Hochleistungsseisenbahnstrecke wäre eine zusätzliche Schwächung und Behinderung eines möglichen Ausbaues und einer Stärkung des Fremdenverkehrs. Akzeptiert werden könnte eine Tunnellösung der Länge nach durch den Sattnitzzug. Ich verlange in diesem Zusammenhang aber auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um aber gleichzeitig das Südbahnproblem entlang des Wörther Sees zu lösen, wären ein Wörthersee-Tunnel und Einhausungen zu realisieren.

Auch auf dem Straßensektor wird in der nächsten Zeit - da stimme ich mit dem Herrn Landeshauptmann überein - viel zu tun sein. Eine diesbezügliche Forderung im Verkehrsbereich möchte ich heute zum wiederholten Male, und diesmal an den neuen Straßenbaureferenten Landesrat Freunschlag richten: Die Landesschotterstraße, als solche möchte ich sie bezeichnen, in der Gemeinde Zell Pfarre vom Terklwirt zum Stauseewirt ist der

Grenzbevölkerung nicht länger zuzumuten. Außerdem ist diese Straßenverbindung eine wichtige Verbindung der beiden Bezirke Klagenfurt-Land und Völkermarkt. (*Abg. Schwager: Du mußt dem Finanzreferenten sagen, daß wir die Mittel dazu bekommen! Wir haben kein Geld!*) Ich verlange daher den sofortigen Baubeginn! Lieber Abgeordneter, es wäre ein würdiger Anlaß, wenn die Sanierung und Asphaltierung am Volksabstimmungsjubiläumstag 10. Oktober 1995 fertiggestellt werden könnten. (*Abg. Dr. Strutz: Wenn das Geld da ist, sicher! - Abg. Schretter: Es ist kein Geld vorhanden!*)

Nun zu Schule und Bildung. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu einer umfassenden Bildung des Menschen. Wir werden uns in Kärnten verstärkt für eine dynamische Weiterentwicklung unseres Schul- und Bildungswesens einsetzen. Die Dynamik der stattfindenden europäischen Integration und die Internationalisierung vieler Lebensbereiche erfordern besondere Anstrengungen im Bildungsbereich. Dank sozialdemokratischer Verantwortlichkeit finden wir heute im Pflichtschulbereich unseres Bundeslandes sehr gute Bedingungen für unsere Kinder vor. Daher können wir uns in Zukunft verstärkt um inhaltliche Fragen einer notwendigen Schulreform und der Qualität des Unterrichtes bemühen. So ist die Integration beeinträchtigter Menschen in das gesellschaftliche Leben selbstverständlich auch in der Schule für uns Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen. In der 15. Schulorganisationsgesetznovelle wurde vor einem Jahr im Parlament die Grundlage für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern beginnend in der Volksschule beschlossen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, nunmehr liegt es am Kärntner Landtag, durch ein entsprechendes Ausführungsgesetz für ein Gelingen der Behindertenintegration in den Kärntner Schulen zu sorgen. In diesem Zusammenhang fordere ich auch die rasche Inangriffnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen, da viele Schulen nicht behindertengerecht sind.

Wir sollten uns aber auch nicht vom schlechten Beispiel einiger Bundesländer beirren lassen. Eltern und Lehrer klagen nämlich dort, daß

Wedenig

infolge der schlechten Ausführungsgesetze Integration keinen bildungspolitischen Meilenstein, sondern einen Rückfall darstellt. Daher soll der Kärntner Landtag dafür sorgen, daß bei uns die Behindertenintegration zu einer Neuorientierung des Schulwesens führt.

Im Bereich der Berufsausbildung muß es, wie unser Klubobmann das heute schon angesprochen hat, zu einer weiteren Qualitätsanhebung kommen. Hier sind vor allem die Regierungsparteien auf Bundesebene und die Sozialpartner aufgefordert, dafür zu sorgen, daß es zu einer Aufwertung der Lehrberufe kommt. Immerhin absolvieren knapp 50 % unserer Jugendlichen eine Lehre und sie haben es nicht verdient, Jugendliche zweiter Kategorie zu sein.

In diesem Zusammenhang sind auch die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung von Fachhochschulstudiengängen in unserem Bundesland von großer Bedeutung. Dies insbesondere deshalb, weil durch die Sicherstellung des direkten Zuganges aus dem Dualsystem, das heißt der Lehrlingsausbildung, zusätzliche Begabungsreserven ausgeschöpft werden können. Die neu entstehenden Fachhochschulen gewährleisten nämlich, daß jeder Lehrling über seine persönliche und berufliche Weiterentwicklung selbst bestimmen kann. Wir brauchen daher in Kärnten nicht nur einen Standort für Fachhochschulstudiengänge, sondern mehrere solcher Standorte, damit in Zukunft einer Karriere mit Lehre nichts mehr im Wege steht.

Die Auswahl des zukünftigen Berufes wird durch Reifeprozesse und die persönliche Entwicklung wesentlich beeinflußt. Der Polytechnische Lehrgang wurde 1966 mit der Verlängerung der Schulpflicht von acht auf neun Jahre eingeführt, um die allgemeine Grundbildung im Hinblick auf das praktische Leben und die künftige Berufswelt zu festigen sowie durch eine entsprechende Berufsorientierung auf die Berufsentscheidung vorzubereiten. Den heute unbeliebten PL absolvieren nur noch rund ein Fünftel eines Schuljahrganges. Verschiedene Arbeitsgruppen und mehrere Interessensvertretungen befassen sich jetzt mit einer Verbesserung des PL. Wir Sozialdemokraten verlangen die Zusammenfassung der verschiedenen

Vorschläge und des Schulversuchs PL 2000 zu einem für alle Betroffenen akzeptablen und brauchbaren Konzept. Auch hier sind die Bundesstellen aufgerufen, eine Koordination durchzuführen, um den PL wieder attraktiv zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Wir bekennen uns zum lebenslangen Lernen, deshalb werden wir uns auch verstärkt der Erwachsenenbildung annehmen. Der englische Komponist Benjamin Britten hat einmal gesagt: Lernen ist wie das Rudern gegen den Strom. Sobald man aufhört, treibt man zurück. Dankeschön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Landeshauptmann Zernatto hat dem Kärntner Landtag und damit der Kärntner Bevölkerung eine umfassende konkrete detaillierte und für alle entscheidenden Lebensbereiche klare Vorgaben nennende Regierungserklärung vorgelegt. (*Zwischenruf von der FPÖ-Fraktion.*) Es sind der Geist und die Gesinnung, die sich offenbaren, wenn es darum geht, hier eine Grundsatzdiskussion darüber zu führen.

Es haben einige der Kollegen Abgeordneten diese Diskussion so verstanden, wie sie sein soll, nämlich als Ergänzung, als Interpretation, als Versuch, aus seiner Sicht etwas beizugeben, ob das regionalpolitisch oder sachpolitisch ist, wie im Bereich der Bildungspolitik von meinem Vorredner Wedenig. Es geht hier um die Klarstellung des Kärntner Landtages, den Willen, die Regierungserklärung mitzutragen, sie täglich auch anzureichern und den Kurs gemeinsam zu bestimmen.

Dann ist es die Gesinnung, die sich an einem solchen Tag offenbart, mit der man hier an das Rednerpult tritt. Es haben einige Redner das positiv verstanden, sind mit konstruktiven Vorschlägen hereingekommen und haben hier gesprochen. Ich nenne stellvertretend dafür den Klubobmann Peter Ambrozy, der doch gemeint hat - und das ist ein wichtiger Punkt -, daß wir die Landesverfassung ernsthaft, genauestens und

Dr. Wutte

in jeder Hinsicht diskutieren sollen. Die Landesverfassung ist uns zu wichtig, als daß wir sie in ihrer Änderung über den Stab brechen wollen, als daß wir hier dem Moment eine Bahn brechen wollen, sondern daß wir alle drei Fraktion gemeinsam darüber nachdenken, wie die verfassungsrechtliche Grundlage für den Kärntner Landtag, aber auch für die Kärntner Landesregierung bestellt sein soll. Es wird sich ja in den nächsten Monaten und vielleicht erst Jahren zeigen, ob alle drei Landtagsparteien und Regierungsparteien dem Geist und dem Auftrag des Wählers nachkommen, ihre verfassungsmäßige Pflicht erfüllen und im Sinne der Zusammenarbeit und der Konzentrationsregierung auch wirklich etwas für Kärnten weiterbringen wollen. Sollte das nicht der Fall sein, so wird man ernsthaft auch darüber nachdenken müssen, ob Konzentrationsregierungen in den Ländern noch die geeignete Form sind, um Probleme zu bewältigen oder ob man auch den Weg einer Oppositions- und Koalitionsregierungsbildung gehen kann und soll. Es wäre verfrüht, diese Diskussion heute entscheiden und klar beantworten zu wollen, wichtig ist das Grundgespräch, der Grunddialog und letztlich auch der Grundkonsens.

Wenn der freiheitliche Klubobmann Dr. Strutz hier mit einem Kübel herauskommt, so hoffe ich doch, daß dieses Symbol nicht für FPÖ-Politik in Zukunft steht, so daß man sagt, Politik aus dem Kübel oder für den Kübel, sondern daß man den Kübel bitte zu Hause läßt und daß wir uns hier einer gemäßigten Form befleißigen, einer Form des Miteinander und des persönlichen kultivierten Umganges.

Daß die freiheitlichen Abgeordneten die Regierungserklärung Zernattos ablehnen und viele Punkte kritisieren werden, war ja von vornherein klar. Es ist also nicht nur rhetorische Pflichtübung des Herrn Abgeordneten Strutz; es ist letztlich ein ganz normaler Reflex einer Neinsagerpartei. Daß man diesen Nimbus nicht wegkommt, sondern in den letzten Tagen noch einmal bestätigt hat, daß man zu allem hier nein sagt, bevor man den Mut hat, ja zu sagen, war schon fast evident.

Ich ersuche die Freiheitliche Partei nur, sich jetzt nicht endgültig gemütlich im Schmollwinkel einzurichten und von sich aus

keine positiven, konstruktiven Beiträge mehr zu bringen. Das wäre schade und nicht im Interesse des Landes.

Wenn davon gesprochen wurde, daß bereits in der letzten Legislaturperiode auf Regierungsebene einiges nicht umgesetzt wurde, so kann ich dem durchaus beipflichten. Es handelt sich im wesentlichen aber um Bereiche, die von freiheitlichen Regierungsmitgliedern zu verantworten waren.

Im Straßenbau etwa haben wir heute nach wie vor Bereiche, wo wir vor großen Verzögerungen stehen. Die B 100 ist nach wie vor nicht in Angriff genommen worden. Es hat die Lückenschließung zwischen Klagenfurt und Völkermarkt der massiven Intervention des Landeshauptmannes bedurft, weil hier Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold alleine nichts zusammengebracht hätte. Es gibt schwere Versäumnisse im Bereich der Landesstraßen. Es gibt auch Fehler in der Planung und in der Abwicklung. Der Straßenbaureferent hat also erkannt, daß er als Umleitungsreferent besser die Straßen abgibt und so mit seinem Regierungskollegen Freunschlag tauschen will. Auch Reichholds Regierungskollege Freunschlag, muß ich sagen, hat seine Energie verbraucht, indem er unzählige Male ein "Energiekonzept" präsentiert hat. Letztlich hat ihm wahrscheinlich auch die Kraft gefehlt, das auch tatsächlich umzusetzen.

Ich freue mich, daß für beide freiheitlichen Regierungsmitglieder in der Landesregierung Platz ist. Sie haben das einem Mann zu verdanken, für den heute Kollege Gallo bereits eine politische Grabrede gehalten hat. Es war der Leider-nein-Landesrat Rogner. Sie haben davon gesprochen, daß er Arbeitsplätze hätte bringen und garantieren sollen und das jetzt in seinem Unternehmen tun wird. Zwei Arbeitsplätze oder zumindest einer davon ist jedenfalls gesichert: das ist entweder der des Herrn Landesrates Freunschlag oder der des Herrn Reichhold. Das dürfen die zwei sich untereinander ausmachen.

Schade ist es allerdings, weil offenbar der Herr Rogner wirklich der einzige war, der Sachvorschläge miteingebracht hat. Es ist wirklich bedauerlich, daß man diesen Mann politisch geop-

Dr. Wutte

fert und einer Wählertäuschung letztlich zum Opfer gebracht hat.

Was mir auch aufgefallen ist, daß Kollege Gallo es unverblümt unternommen hat, Zitate von Journalisten für sich zurecht zu legen und in einem Sinne zu verwenden, wie es offenbar erstens nicht gedacht ist, aber zweitens im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit interessant ist, was gerade von jenen Journalisten oder Medien herausgenommen wurde, die vor allem in den letzten Wochen und Monaten doch zum erklärten Feindbild der freiheitlichen Propaganda erklärt wurden. Es ist also interessant, daß man dann wieder Dinge heranzieht, wenn man sie gerade braucht.

Mir geht es aber nicht darum, sozusagen jetzt neues Feuer hineinzubringen, sondern ich möchte wirklich in dieser Stunde appellieren, daß die FPÖ nicht in der Ecke stehen bleibt, daß sie sich nicht selbst ausgrenzt. Es geht darum, die Regierungsarbeit gemeinsam anzupacken; es geht darum, die Landtagsarbeit gemeinsam umzusetzen. Bringen Sie konstruktive Vorschläge ein. Sie sind dazu gewählt. Sie haben den klaren Auftrag vom Wähler und von der Verfassung. Arbeiten Sie mit! Wir haben genug zu tun.

Eines im besonderen; es betrifft den Beitritt Österreichs zu Europa: Nehmen Sie zur Kenntnis, daß auch in Kärnten mehr als zwei Drittel der Kärntner Bevölkerung ja gesagt hat, zu Europa! Nehmen Sie das nicht nur als vielleicht taktischen Fehler, Wahniederlage, was immer Sie daraus konstruieren wollen - oder Sternstunde -, nehmen Sie das hin, wie Sie wollen! Aber betrachten Sie das als das einzige, was es wirklich ist, als den Auftrag der Kärntnerinnen und Kärntner auch an Sie, meine Damen und Herren, mitzuarbeiten: für eine bessere Zukunft Kärntens in einem gemeinsamen Europa. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster hat sich Zweiter Präsident Mitterer zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Zweiter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Debatte zur Regierungserklärung wird auf parlamentarischer Ebene in Wien, aber auch in den Landtagen zumeist etwas anders abgeführt als die heutige. Sie hat sehr gut damit begonnen, daß die Klubobleute sich zu den Themen global gemeldet haben, und danach sollten sachbezogene Wortmeldungen zur Regierungserklärung selbst abgeführt werden: zustimmend oder ablehnend; und bei Ablehnung Verbesserungsvorschläge gebracht werden.

Ich glaube, daß dieses Thema heute nicht gut drübergekommen ist. Das haben wir vor allem einigen Abgeordneten zu danken; vor allem auch Herrn Abgeordneten Klubobmann Hofer, der eine langatmige EU-Erklärung hier herinnen abgegeben hat, und dann den zweiten Schwerpunkt gesetzt hat, indem er die freiheitlichen Regierungsmitglieder zur Arbeit aufgefordert hat. Mir fällt dazu nur ein: daß er wahrscheinlich zur Regierungserklärung selbst nichts zu sagen hatte, weil ihm dazu nichts eingefallen ist.

Im Debattenbeitrag von Klubobmann Ambrozy ist aufgefallen, daß er sehr konstruktiv war, aber den Landeshauptmann und seine Erklärung eigentlich nicht berührt hat, sondern seine eigene Erklärung abgegeben hat. Das gleiche ist auch dem Vorvordner, Abgeordneten Wedenig, anzulasten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Herr Klubobmann Dr. Ambrozy meint: "Die Wächter einer Koalitionsregierung sind nicht die Opposition, sondern die Kärntner", dann mag er recht haben. Aber, wie wird denn eine Regierung oder ein Landtag gebildet? Indem also Abgesandte der Bevölkerung Sitze in diesem Landtag erhalten. Somit ist eine gewählte Opposition - sie hat 33,3 % der Kärntner Wählerstimmen hinter sich - beauftragt, der Koalitionsregierung auf die Finger zu schauen. Und das werden wir auch auf Bundesebene tun. Ich weiß, daß am 9. Oktober bei der Nationalratswahl die Anzahl der "Wächter" noch steigen wird, weil die Bevölkerung ein Gespür dafür hat, wer die Kontrolle in

Mitterer

diesem Land durchzuführen hat. (*Abg. Koncilia: Abwarten!*)

Zum Sachthema: Hohes Haus, Österreich ist Tourismusweltmeister, und Kärnten, als eines der schönsten Länder der Erde, lebt vorwiegend auch vom Tourismus. Leider habe ich in der Regierungserklärung von Landeshauptmann Dr. Zernatto, der gleichzeitig auch die letzten vier Jahre Tourismusreferent war, ganze fünf Sätze zu diesem Thema gefunden. Und die waren weder konkret, sondern sie waren in erster Linie phrasenhaft. Gerade die Freizeitwirtschaft Kärnten hat aber große Hoffnungen darauf gesetzt, was die neue Regierung in diesem Bereich machen wird. Wir haben eine Wintersaison hinter uns, die über 5 % Minus an Übernachtungen gebracht hat; die letzte Sommersaison mit 6 %, und die kommende Sommersaison schaut nicht gut aus. Wir rechnen mit einem Minus, das in Prozentzahlen zweistellig sein wird. Zur Zeit besteht gähnende Leere an den Seen und in den Urlaubsgebieten. Sie werden mir sicher recht geben. Ich weiß, daß dafür zum Großteil die Rezession in jenen Ländern schuld ist, die als Herkunftsländer unserer Gäste gelten. Ich weiß aber auch, daß andere Bundesländer die gleichen Grundvoraussetzungen haben und in den letzten Jahren besser als Kärnten abgeschnitten haben.

Wir stellen fest, daß in den letzten Jahren im Bereich Tourismus auf der Organisationsebene nicht viel getan wurde. Wie gesagt, ist vier Jahre lang Christof Zernatto als Referent dafür zuständig. Die begonnenen Reformen unter Harald Scheucher erlitten den ersten Bruch unter einem Landesrat Koschat, der für den Tourismus zuständig war. Letztlich haben diese begonnenen Reformen auch keine Fortsetzung gefunden. Es gab in der ersten Phase keine Marketingbeiratsitzungen; es wurde im Regionalbereich schlecht gearbeitet. Es wurden Regionen geschaffen, die verordnet wurden; die nicht zusammenpassen; die nicht zusammenarbeiten wollen. Es gibt auch keine Finanzhilfe vom Land für diese Regionen.

Im Bereich der Verkaufsförderung an die Regionen ist auch kein Auftrag und sind keine Mittel ergangen. Das sogenannte Incoming-Konzept, gefordert von Landeshauptmann Dr. Zernatto, liegt nun vor. Wer glaubt, daß das ein konkretes Konzept ist, der täuscht sich. Es ist ein

Vorschlag des KTG-Aufsichtsrates, der nur hinweist, daß in Zukunft von der KTG aus beratende Tätigkeit für Verkaufsförderung und für Incoming für die Regionen vorgesehen ist. Hierbei gibt es leider ein Problem: Daß die Kammer (als Berufsvertretung, als Interessensvertretung) gar kein großes Interesse hat, daß das Incoming-Geschäft privatisiert wird; an jene kommen sollte, wo die Region sitzt - weil sie glaubt, ihre Betriebe, ihre Reisebüros selbst schützen zu müssen. Das ist kein Vorteil. Die Kammer hätte andere Aufgaben, im Rahmen der KTG mitzuwirken, nämlich daß es zu einem ordentlichen Konzept kommt.

Ich glaube also, daß wir jetzt bei einem Neubeginn sind, was die Tourismuswirtschaft anlangt. Die Tourismuswirtschaft und die Freizeitwirtschaft in Kärnten setzt Hoffnungen: die gesamten Bereiche Wirtschaft und Tourismus sind nun den freiheitlichen Regierungsmitgliedern zugeordnet worden. Die Bevölkerung und die Freizeitwirtschaft wird sehr schnell merken, daß jetzt ein anderer Wind weht, weil unsere Regierungsmitglieder (heute auch Mathias Reichhold) festgestellt haben, daß eine Opposition sehr wohl im Landtag stattfindet - aber nicht in der Regierung. Denn die verfassungsmäßige Aufgabe der Regierung ist, in ihren Bereichen zu arbeiten. Und das wird getan werden.

Wir haben also kompetente Vertreter in der Regierung, als Tourismusreferent und Wirtschaftsreferent. Ich weise aber darauf hin, daß wir auch im Kärntner Landtag konstruktiv arbeiten werden; nachdem wir auch die Ausschußobmänner im Bereich Tourismus und Gewerbe mit meiner Person und im Finanz- und Wirtschaftsausschuß mit Matthias Krenn, der auch aus der Tourismuswirtschaft kommt, besetzen werden. (*Abg. Koncilia: Glaubst du das wirklich, was du jetzt sagst?!*) Wir werden eine starke Achse bilden. Ich werde gleich ein paar Vorschläge, die vielleicht auch in der Regierungserklärung hätten drinnenstehen können - die ich vermißt habe - einbringen. Wir werden also eine starke Achse bilden; gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern, gemeinsam mit Arbeitskreisen, die mit unabhängigen Fachleuten besetzt werden sollen. Selbstverständlich ist Robert Rogner Mitglied

Mitterer

dieser Arbeitskreise (*Abg. Koncilia: Aber, der pfeift ja auf euch!*) und wird seine Erfahrung und sein Wissen dort einbringen - auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen! Robert Rogner wollte nur nicht in eine Regierung einziehen (er hat das mit einem Schreiben angedeutet), der Landeshauptmann Christof Zernatto als Landeshauptmann vorsteht.

Ich stelle noch etwas fest: Die Kompetenzen im wirtschaftlichen Bereich und im Tourismusbereich sind in der Freiheitlichen Fraktion sehr stark verankert. (*Abg. Koncilia: Die Nachtarbeiter!*) Sie werden zugeben müssen - nachdem Sie wissen, welche Berufe die Abgeordneten haben -, daß 6 von 13 Abgeordneten der Freiheitlichen Fraktion selbständig sind; die wissen, daß sie in der Wirtschaft arbeiten; die schauen müssen, daß sie am Ersten ihre Löhne für ihre Mitarbeiter zusammenbringen (*Abg. Koncilia: Die Gastarbeiter!*) und aus Erfahrung sprechen. Auch solche, die Sie hereingelassen haben und denen wir Arbeit geben - sonst sind sie am Arbeitsmarkt und würden Arbeitslosenunterstützung bekommen, Herr Abgeordneter Koncilia. Wenn Sie das kritisieren: Soll man diese Leute nicht beschäftigen?

Ich glaube, daß wir Reformen anzugehen haben. (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Der Abgeordnete Koncilia kann sich zu Wort melden. Ich weiß nicht, wieviele Leute er beschäftigt, aber er wird sich dann hier zur Wort melden. Ich habe zur Zeit 17 Leute beschäftigt und muß schauen, daß ich am Ersten das Geld dafür zusammenbringe, weil die Tourismussaison so schlecht läuft - nicht aus Schuld der freiheitlichen Regierungsmitglieder, denn die waren in letzter Zeit nicht mit dem Tourismus befaßt. (*Abg. Koncilia: Und schlecht zahlen auch noch!*)

Wir haben also Reformen anzubieten, die wir in dieser Legislaturperiode durchziehen müssen, und zwar schnellstens. Die Tourismuswirtschaft wartet darauf. Das sind Reformen, die wir gemeinsam mit der KTG, mit der Regierung und gemeinsam mit den Kurdirektoren durchführen wollen - nicht abgeschottet - und zwar im Bereich der Regionalisierung; im Bereich des Incomings; im Bereich der

Förderungsrichtlinien, wo ich glaube, daß auch in der letzten Zeit Fehler passiert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Aufbringung der Mittel ist es längst an der Zeit - das hat bisher immer die Kammer verhindert -, daß wir die Orts- und Nächtigungstaxe abschaffen und in eine gemeinsame Fremdenverkehrsabgabe überleiten, die umsatzbezogen von all jenen aufzubringen ist, die am Tourismus mitnaschen.

Die FPÖ ist also Hoffnungsträger in Zukunft und für diese Legislaturperiode für die Tourismuswirtschaft. Wir werden diese Verantwortung gerne übernehmen. Wir haben die verantwortungsvollen Positionen mit Personen besetzt, die selbst erfolgreich in der Wirtschaft tätig sind, und ich unterstreiche das: selbst erfolgreich in der Wirtschaft tätig sind.

Ich glaube also, daß wir viel aufzuholen haben. Die vier Jahre von Landeshauptmann Zernatto als Tourismusreferent waren viel zu lange. Die neue Ära, erfolgreich für den wichtigsten Kärntner Wirtschaftszweig zu arbeiten, steht also vor der Tür - nicht mit fünf Sätzen in einer Regierungserklärung, sondern mit konkreten Programmen, die sichtbar und spürbar für die Tourismuswirtschaft in Kärnten sein werden. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und von den freiheitlichen Regierungsmitgliedern*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächste ist Frau Abgeordnete Trunk zu Wort gemeldet. Ich darf ihr bei dieser Gelegenheit zu ihrem morgigen Geburtstag namens des Hauses recht herzlich gratulieren. (*Beifall im Hause*)

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie erlauben zwei PS am Anfang meiner Bemerkungen zur Grundsatzklärung des Landeshauptmannes.

Das erste PS, zu meinem Vorredner, Präsident Mitterer und zu den "Wächtern und Kontrolleuren dieses Landes": Richtigerweise, und für mich erstaunlicherweise, haben Sie festgestellt,

Mag. Trunk

daß Abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter der Kärntner Bevölkerung sind. Ich darf Sie nicht auffordern, zu arbeiten; denn das ist Ihre Pflicht. Ich fordere Sie aber auf: zu denken, zu arbeiten und Ideen einzubringen. Denn als Neinsager und Mittelmäßige (um das charmant zu formulieren) der aktuellen Landespolitik sind Sie im wesentlichen wirklich zu teuer bezahlt. *(Zweiter Präsident Mitterer: Sie haben mir nicht richtig zugehört! - Abg. Schwager: Da mußst nicht du auch noch über uns schimpfen, wenn schon die anderen das tun!)*

Das zweite PS, zu den Ausführungen und Bemerkungen des Nichtlandesrates Robert Rogner - vorausgesetzt, wie Mann oder Frau zu seinem Wirtschaftskonzept für Kärnten steht; wir hätten uns ja hier unterhalten können. Denn letztlich entscheidet ja die Mehrheit oder Nichtmehrheit eines Landtages: Ich glaube nicht, daß Sie es sich leisten können, Herr Präsident Mitterer, sämtliche Medien und sämtliche Erklärungen des Robert Rogner zu zitieren (mit fällt dazu ein: ein ausführliches Interview in "News"; mir fällt dazu ein Morgen-, Mittags- und Nachmittagsinterview im ORF, in der "Presse" ein, in der "Kleinen Zeitung" und in vielen anderen Medien), wo er eigentlich seiner Sprache mächtig ist und ganz präzise erklärt hat, warum er sich nicht mehr zur Verfügung stellt oder nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, seitens der FPÖ. Ich habe in keinem einzigen Kommentar, Neben- oder Seitensatz eine Distanzierung vom aktuellen Landtag, also der ÖVP oder der SPÖ, und auch nicht einer Distanz oder inhaltlichen Nichtakzeptanz des Landeshauptmannes Zernatto gehört. Ich glaube, einen Abwesenden sollte man nicht dazu mißbrauchen, ihn falsch zu zitieren. Und darauf lege ich eigentlich größten Wert.

Nun, auch einleitend, zur Regierungserklärung des Landeshauptmannes: Wenn Herr Klubobmann Strutz heute am Vormittag so etwas wie Saunadampf und -aufgüsse im Landtag in seiner Rede verbreitet hat, erlaube ich mir doch, in drei Sätzen drei zarte Duschen wirksam werden zu lassen. Denn ich meine doch, daß dieses Land Menschen mit kühlem Kopf und weniger Hitzköpfe braucht. Das nicht nur in der jetzigen Situation, sondern grundsätzlich.

Herr Landeshauptmann, natürlich vorweg meine grundsätzliche Bereitschaft, der inhaltlichen Aufforderung, also dem Arbeitsprogramm, das von Ihnen formuliert wurde, zu folgen, darf ich doch feststellen - das für mich nicht mit Augenzwinkern festgestellt; es war für mich ein rhetorisches Kunstwerk -, daß in der doch ausführlichen Grundsatzklärung weder der Begriff "Frau" noch eine inhaltliche oder politische Auseinandersetzung für die Arbeit des Landes für die Frauen Kärntens erfolgte. Daß Ihnen das, nämlich die Mehrheit der Kärntner Bevölkerung, irgendwie entgangen ist, tut mir Punkt 1 leid. Aber ich weiß, daß Sie sich inhaltlich damit auseinandersetzen werden. Herr Landeshauptmann, der Landeshauptmann ist männlich, aber Sie alle (auch die männlichen Kollegen hier im Landtag, und zwar in allen Parteien) wissen, daß die Mehrheit in Kärnten immer noch weiblich ist. Herr Landeshauptmann, Sie sind unser neuer Personalreferent des Landes. Mit Ihrer Unterstützung und den Stimmen der ÖVP haben wir am 10. Februar dieses Jahres - sogar noch in der Wahlkampfauseinandersetzung - inhaltlich gearbeitet und ein Frauenförderungs- und Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Als Frauenpolitikerin ist man eigentlich gewohnt, daß das irgendwie untergeht, ein sehr umfangreiches Gesetz, und ich darf Ihnen mitteilen, daß Kärnten das erste und bisher einzige Bundesland ist, das dieses Frauenförderungs- und Gleichbehandlungsgesetz beschlossen hat - dies mit Stimmen der SPÖ, der ÖVP und partiell auch der FPÖ - und daß wir mit diesem Gesetz auch auf EU-Niveau sind. Das heißt, Punkt 1 hat sich die FPÖ in einer Frage, ausgerechnet der Frauenfrage, und da partiell, auf EU-Niveau hinbewegt. Punkt 2 wird es aber jetzt notwendig sein, daß der Personalreferent des Landes zu diesem Frauenförderungs- und Gleichbehandlungsgesetz die entsprechenden Verordnungen (Frauenförderungspläne) erstens entwickelt und zweitens wirksam werden läßt. Ein Gesetz allein beruhigt, politische Arbeit getan zu haben - aber ein Gesetz muß wirken, und zwar dort, wo Frauen oder Männer des Landes davon profitieren.

Es muß auch genannt werden, daß die Frauenlöhne in Kärnten - und das ist leider ein altes

Mag. Trunk

Lied und immer noch Faktum - im Durchschnitt, und zwar nicht nur im internationalen Durchschnitt, sondern auch im Österreich- und auch im Kärntendurchschnitt weit unter jenen der Männer liegen. Das heißt, Statistik wird immer dann zur Hand genommen, wenn sie paßt. Ich nehme sie mir jetzt auch zur Hand, obwohl sie mir überhaupt nicht paßt. Denn Frauen in Kärnten verdienen für gleiche Arbeit um 30 % weniger Lohn. Ich glaube, das hat auch einen Landeshauptmann zu interessieren. Wir haben alle gemeinsam daran zu arbeiten, daß diese Anhebung der Minusdreißigprozentschere im Lohnbereich Frauen/Männer auf ein Gleichgewicht zu bringen haben, und das vor allem mit Qualifizierungsprojekten für Frauen - und nicht allein im Hinblick auf einen EU-Beitritt.

Ein Modell wurde hier realisiert, initiiert vom Kollegen Hofer und der Kollegin Susanne Kövari, das war die Arbeitsstiftung, das Frauenprojekt für die nicht mehr Arbeit habenden Jumo-Arbeiterinnen. Das war so ein Auffangmodell. Wir müßten aber, abgesehen davon, Arbeitsplätze zu retten und zu ersetzen, auch Zukunftsperspektiven entwickeln.

Es bedarf auch der politischen Erklärung eines Landeshauptmannes zur Frage: Wie steht der Landeshauptmann zur grundsätzlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Das ist ein Grundrecht jedes Mannes und jeder Frau in diesem Lande. Ich meine, sich zur Vereinbarkeit zu bekennen, ist das eine, die Vereinbarkeit möglich zu machen, ist das andere. Ich sehe die Vereinbarkeit nicht allein, aber doch bestimmt durch den Begriff der Familienfreundlichkeit, einem Klima in unserem Lande, das entwickelt wurde, aber doch noch einige Schritte zu tun hat. Frauenfreundlichkeit oder insbesondere Familienfreundlichkeit, das darf kritischerweise bemerkt werden, hin zum Sozialbereich delegiert. Das heißt, Familienfreundlichkeit sind nicht Kriterien, die den Sozialbereich allein betreffen, sondern Familienfreundlichkeit wird vor allem für die Familien dort spürbar, wenn es um Kriterien für die Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung geht. Das heißt, eine Infrastruktur in diesem Bereich zu schaffen, wäre eine sehr zielführende Aufgabe.

Als Sozialdemokratin und nicht als eine, die etwas verteidigt, das vielleicht überhaupt nicht mehr verteidigt gehört, ist mir einfach diese Hängemattedefinition im Kopf geblieben und ich habe darüber nachgedacht. Ich kenne Sie zu gut, Herr Landeshauptmann, als daß Sie mit jenen Sozialschmarotzern - Sie haben den Begriff nicht verwendet, aber ich mache das kurz -, die in der Hängematte liegen, ganz sicher nicht jene Männer und Frauen des Landes gemeint haben, die leider zufälligerweise über 40 sind und keinen Arbeitsplatz mehr finden. Sie haben auch nicht die langzeitarbeitslosen Frauen gemeint, die nicht nur vor unseren Frauenbüros aller Parteien, sondern auch vor der Arbeitsmarktverwaltung stehen und gerne Arbeit hätten, würden sie eine bekommen, und vor allem eine, bei der sie auch angemeldet sind und nicht die billigen Schwarzbeschäftigten des Landes darstellen. Ich meine, daß Sie diese Definition mit der Hängematte in diese Richtung, wenn ich sie für Frauen weitertragen darf, doch eher gemeint haben wollen, daß wir, der Kärntner Landtag, uns viel eher darauf konzentrieren, Wiedereinstiegsprogramme für nicht Arbeit habende Menschen, Frauen wie Männer, zu entwickeln.

Es ist keine Unterstellung, sondern es ist ganz merkwürdig, es gibt Dunkelziffern, die sogar errechnet sind. Es fällt mir ein, jene die Lohnsteuer bezahlen, können nichts hinterziehen, weil am Lohnzettel ist alles geregelt. Wenn wir die errechneten Dunkelziffern der hinterzogenen Steuern in Österreich in diese Hängematte legen würden, dann würde diese so durchhängen, daß wir so manche Sozialprojekte, Kulturprojekte und sogar Frauenprojekte für dieses Land finanzieren könnten. Aus Fairneßgründen müßten wir, wenn wir über ungerechtfertigten Bezug sprechen, auch über das Hinterziehen sprechen, um eine Qualität der Gleichbehandlung dieser Frage zu erreichen.

Einige wenige knappe Bemerkungen zur Kultur. Sie haben ein grundsätzliches Bekenntnis auch zur Freiheit von Kunst und Kultur abgelegt und da richtet sich meine Wortmeldung eher im sehr übereinstimmenden Wohlklang mit dem Landeshauptmann, aber grundsätzlich zum Kulturklima dieses Landes. Herr Landeshauptmann, Sie wissen, daß unsere Kunst- und Kulturschaffenden

Mag. Trunk

von Brauchtum bis zur sogenannten Hochkultur, vom Stadttheater, dem Maler bis zur Steinhauerin oder dem Steinhauer, daß jene Kunstschaaffenden Kärntens schon weit vor einem EWR und weit vor einer EU international wettbewerbsfähig waren, das heißt, an jenen, die Kunst produzieren, scheitert es nicht. Kärnten ist das Land der Kiki Kogelnik, Kärnten ist das Land auch der Gudrun Kampl, Kärnten ist das Land der Vavra-Aspetsberger, des Valentin Oman, des Peter Turrini und vieler anderer. Es gibt wenige Landtage in Österreich, wo die Abgeordneten die Möglichkeit hätten, wahrscheinlich 20 Minuten nur Namen von Kunst- und Kulturschaaffenden aufzuzählen, und zwar nicht von Gestorbenen, sondern von derzeit Lebenden.

Herr Landeshauptmann, ich meine, daß wir alle gemeinsam neben der budgetären Zuwendung - und als Kultursprecherin wird mir die immer zuwenig sein müssen und sie ist es auch - in diesem Lande vor allem um eines besorgt sein müssen, und da hat die Rolle des Landeshauptmannes und der Regierung eine große Bedeutung: Wir werden in diesem Land wieder eines errichten müssen, eine sehr natürliche Form der Achtung und des Respektes vor der Kultur, der Achtung und des Respektes vor der Freiheit von Kunst und Kultur als ein Grundrecht. Bisher waren mir jene Stimmen ganz einfach zu laut, die der Freiheit von Kunst und Kultur Zensurattacken gegenübergestellt haben.

Mit der Abgeordneten Kreutzer waren wir bei einer Kulturdiskussion, die sehr produktiv war. Wir konnten eigentlich feststellen, daß wir wenig Verständnis haben, daß im letzten Theaterausschuß zeitgenössisch heute und jetzt Politiker sich anmaßen, ein Theaterprogramm für die nächsten zwei Jahre gestalten zu wollen, das heißt, direkt Zensur auszuüben, weil zeitkritische Stücke auf dem nächsten Spielplan stehen. Meine Damen und Herren, wenn Sie der Auffassung sind, daß ein Theaterausschuß, besetzt durch politische Vertreter, für die Programmerstellung zuständig ist, dann können wir uns den Intendanten ersparen. Sie müssen sich zu dem einen oder zu dem anderen bekennen. Es wird aber kein Politiker dieses Landes das Theaterprogramm oder ein anderes

Kulturprogramm erstellen, denn dazu gibt es wirklich Experten.

Mir sind auch jene Stimmen zu laut, die immer noch nicht die Ausweisung eines Valentin Oman aus diesem Lande zurückgenommen haben. Ich war noch lange nicht da in diesem Hohen Haus, sondern saß da oben, als es hier im Landtag, in diesem sogenannten Hohen Haus, eine intensive zweieinhalbstündige Debatte über die Aufführungsberechtigung, wortwörtlich, eines Peter-Turrini-Stückes gab, das "Sauschlachten" heißt. Ich bin sehr froh, daß das irgendwo im Stadttheater Klagenfurt in den nächsten zwei Jahren aufgeführt wird. Das heißt, diese Zensurtöne, die auch aus dem Landtag kommen, tun der Identität und dem Image unseres Landes nicht gut (*Abg. Schwager: Pornografie!*) Weil wir uns mit Vergleichen, die nicht das Land selbst betreffen, viel leichter tun, sollten wir uns an die hitzigen Debatten und Auseinandersetzungen aller Parteien in diesem Lande erinnern, als es um "Heldenplatz" und Thomas Bernhard zu Lebzeiten ging. Damals wurde, um das nur kurz zu formulieren, Thomas Bernhards Intention als maßlose Übertreibung bezeichnet. Wer heute "Heldenplatz" liest oder anschaut, weiß, daß das leider eine Prophezeiung war, die hoffentlich nicht stattfinden möge.

In diesem Sinne erwarte ich von Ihnen, Herr Landeshauptmann, daß Sie bewußtseinsbildend, mutig mit Rückgrat, dem bisherigen Mangel an Respekt Künstlerinnen und Künstlern und der Kultur gegenüber, den Mangel an Respekt der Identität unseres Landes gegenüber Bekenntnis, Mut, Respekt und Achtung nicht nur gegenüberstellen, sondern die vorher Genannten durch die Letztgenannten ersetzen.

Wir werden gut beraten sein, wenn wir einen Satz des George Taborj anlässlich seiner Geburtstagsfeier respektieren, der sich eigentlich nur gewünscht hat - er ist ein nicht mehr sehr junger Mann -: "Laßt die Künstler in Ruhe arbeiten!" Das wäre schon ein hoher qualitativer Anspruch. Ich meine im schönen Sinn des Palavern, nämlich des Parlare: Palavern wir nicht über neue oder alte Moral, palavern wir nicht über Zensur von Kunst und Kultur, sondern respektieren wir endlich die Pflicht von Kunstschaaffenden, Stellung zu beziehen und

Mag. Trunk

kritisches Vordenken mit einzubringen, denn auch das ist Aufgabe von Kunst und Kultur. Distanzieren wir uns insgesamt von Zensur, Einschränkung von Freiheit, nicht allein im Bereich von Kunst und Kultur. Das wäre eine politische Kultur, die dieses Land braucht und der fühle ich mich fast ausschließlich verpflichtet. Danke. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Abgeordnete! Ein Spruch heißt, ein Staat, der nicht auf seine Bauern schaut, ist nicht wert, ein Staat zu sein. Wenn heute ein Staatsmann, ein Landeshauptmann eine Regierungserklärung abgibt, bei der drei Seiten der Landwirtschaft gewidmet sind, so macht mich das als Bauer stolz, vor allem, wenn er dazu noch sagt, daß gerade die Landwirtschaft ein Teil ist, der einen besonderen Stellenwert erreicht.

Ich darf vielleicht ein paar Worte auch zu den Vorrednern sagen.

Wenn hier der Präsident Mitterer sagt, er ist leider nicht hier, daß sie in Zukunft nur mehr die Kontrolle ausüben wollen, so stimme ich dem zu, denn das macht in der Gemeinde auch immer die kleinste Partei. deshalb ist es auch richtig, daß sie die Kontrolle ausüben und sich in Zukunft irgendwo festlegen. Bemerkte möchte ich positiv, daß er gesagt hat, er wird die Opposition im Landtag belassen und es wird eine starke Achse in der Regierung geben, wo dann doch gearbeitet werden soll und nicht eine Totalopposition.

Leider ist auch der FPÖ-Bauernsprecher nicht mehr hier. Ich muß ihm aber auch als Straßenbaureferent einmal sagen, die B 100 ist bis heute nicht gelöst. Ich hoffe, Jörg Freunschlag, daß jetzt endlich nach dem langen Referentenwechsel auch auf diesem Gebiet etwas weitergeht. Früher ist gesagt worden, die Freiheitlichen waren immer erfolgreich. Ich kenne da einen Straßenbaureferenten, der nach mir war, der Schwager wird das bestätigen, der zwei Jahre bei der B 100 überhaupt nichts getan hat. Er hat nur eine neue Variante wieder

aufgegriffen, aber sonst hat er dabei überhaupt nichts getan. So, wie es vorher war, genauso war es auch nachher. Es ist höchste Zeit, daß endlich dort etwas getan wird. Ich lade dich recht herzlich ein, daß über diese sogenannte Hirschenbrücke, die für oben angeregt wurde und die 170 Meter Breite haben soll, endlich diskutiert wird, damit auch etwas weitergeht.

Wir können feststellen, daß die EU-Diskussion so manchen aufgeregt hat, besonders Herrn Reichhold. Ich muß ihm aber auch sagen: Am 12. Mai 1992 hat man einen Huber-Plan eingereicht, in dem steht, eine verstärkte Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist der § 1 Z. 1. Das war im Jahre 1992! (*Abg. Koncilia: Ist das der Huber, der ausgetreten ist?*) Dann steht drinnen: Der Wunsch nach Vollbeitritt und eine enge Bindung Österreichs an die EG gipfelt im sogenannten Brief nach Brüssel. Die Freiheitliche Partei hat diesem Umstand schon durch ihren im Nationalrat eingebrachten Antrag vom 17. 12. 1987 Rechnung getragen. Man hat also fünf Jahre lang immer ja zur EU gesagt. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn kurzfristig ein Haken geschlagen wird, daß nicht einmal mehr die Freiheitlichen mitgegangen sind und daß so ein Abstimmungsergebnis zustande gekommen ist. Fünf Jahre lang ja zu sagen, noch 1992 auch ja zu sagen und dann auf einmal so eine Kehrtwendung, da braucht man sich nicht zu wundern, daß dies nicht passiert ist.

Zur Regierungserklärung darf ich besonders erwähnen, daß es uns freut, daß so viel Platz in einer Regierungserklärung für den ländlichen Raum übrig gewesen ist. ein paar Punkte möchte ich besonders hervorheben:

Das ist der Punkt Bauer als Unternehmer. Agrarmarketing wurde schon 1989 und 1988 initiiert, leider haben wir dann einmal eine kleine Zwischenpause gehabt, aber dann am 11. 12. 1991 wurde es aus der Taufe gehoben. Wir sind stolz, daß wir Kärntner gerade im agrarischen Bereich führend sind.

Wesentlich ist aber auch - und das hängt auch mit der EU zusammen - eine florierende Wirtschaft. Es steht drinnen, "die imstande sein wird, die notwendigen Transferzahlungen aufzubringen". Gerade in dieser Richtung wird es notwendig sein, im nächsten Jahr im

Ramsbacher

Budgetteil Verständnis zu haben, um die notwendigen Kofinanzierungen zu sichern.

Das Kulturlandschaftsprogramm ist sicherlich etwas, was wir herzeigen können, wobei wir genauso auch österreichweit in der Fortentwicklung der Landschaftserhaltung und der Zahlungen pro Hektar vorbildhaft sind. Wir haben damals als Kärntner als erste den fiktiven Einheitswert bei der Landschaftserhaltung abgeschafft und es ist auch dankenswerterweise damals das Verständnis der Abgeordneten Prettnner und Kampl sowie von Landesrat Rauscher vorhanden gewesen, um nicht nach sozialen Kriterien eine Leistung abzugelten, sondern den fiktiven Einheitswert wegzulassen und nach Leistung pro Hektar tatsächlich Abgeltungen zu erreichen. Darum will ich allen neuen Abgeordneten ans Herz legen: Nehmen Sie nicht soziale Kriterien, sondern versuchen Sie, nach Leistung abzugelten.

Wenn heute der Klubobmann der SPÖ, Ambrozy, gesagt hat, er möchte ein Landwirtschaftsleistungsgesetz installieren, so sehen wir dem getrost entgegen, denn einem Landwirtschaftsleistungsgesetz können die Bauern sicherlich jederzeit positiv gegenüberstehen, denn hätten wir eine 40-Stunden-Woche, wie es meistens im Osten gewesen ist, dann hätten wir nicht einmal genügend Lebensmittel, um Kärnten zu ernähren. Deshalb können wir dem getrost entgegensehen und versuchen, das Beste daraus zu machen.

Die Landwirtschaftsberatung ist gesondert angeführt. Auch in dieser Richtung ist ein Umdenken, vielleicht ein Drüberspringen auch ideologisch notwendig, um Förderung und Beratung wieder in seiner sinnvollen Weise zusammenzuführen, wie es vor 1976 war. Wie das geschehen soll, damit niemand das Gesicht verliert, darüber wird man noch diskutieren müssen. So wie es im Forstbereich derzeit geschehen ist, ist es erfolgreich und wir können darauf verweisen.

Eine 5b-Stelle im Land nach dem Vorbild einzurichten, wie das Südtirol bereits gemacht hat, ist gerade für den ländlichen Raum, wo wir vor der Verwirklichung des 5b-Gebietes und vor der Verwirklichung von Projekten stehen, eine

unbedingte Notwendigkeit, um die entsprechenden Rückflüsse zu gewährleisten.

Ich möchte nichts mehr weiter ausführen, denn es wird ja der neue Agrarreferent sicherlich noch seine Vorstellungen über ein Höfeprogramm und darüber hinaus bringen.

Vor allem aber eines: Ich habe am 24. April bereits einen Antrag eingebracht, um einen Europavertrag für Kärntens Bauern zu erwirken. Weil gerade der Abgeordnete Strutz von Worten und Taten geredet hat, erlaube ich mir schon, kritisch anzumerken, daß genau der Agrarausschuß, dessen Vorsitzender ein Freiheitlicher ist, bis heute weder eine Einladung hinausgebracht, noch getagt, noch sich konstituiert hat. Wie notwendig wäre es gewesen, eine Agrarausschußsitzung abzuhalten, um noch vor den 12. Juni einen Europavertrag für Kärntens Bauern auch tatsächlich zu installieren.

Wenn hier von verfassungsmäßiger und gesetzlicher Absicherung geredet wird, so ist es eben, daß Worte nicht gleich Taten sind. Ich merke dies sehr kritisch an. Denn wenn einem wirklich die Landwirtschaft am Herzen liegt, dann agiert man, dann arbeitet man, dann arbeitet man auch Tag und Nacht, wenn es sein muß. Das ist meine Einstellung. Deshalb fordere ich Sie wirklich auf, nicht nur zu reden, sondern auch Taten zu setzen, damit wir endlich eine Konstituierung des Agrarausschusses bekommen, um diesen wichtigen Antrag, der die Kofinanzierung für alle EU-Förderungen zur Verfügung stellen soll, vorzubereiten, damit in Kärnten ein Europavertrag für Kärntens Bauern und Bäuerinnen geschlossen wird. Das gibt uns Sicherheit, eine Willensbildung hier im Landtag, aber nicht dann wieder die Opposition, so wie es bei der Bäuerinnenpension passiert ist, daß man einfach dagegen ist, weil die anderen dafür sind. Ich darf daher gerade an die Freiheitliche Partei appellieren, darüber zu springen und uns zu helfen, gerade in Richtung Europa Vertrauen zu schaffen.

Abschließend glaube ich, daß es mit dem Bekenntnis der Gemeinden zum Ja der Landwirtschaft, mit dem Bekenntnis des Landes, auch in der Regierungserklärung, der Landwirtschaft einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen und vor allem mit dem Solidarpakt des Bundes,

Ramsbacher

denn die 15a-Verträge sehen schon eine 60:40 Finanzierung vor, möglich sein wird, als Bauer mit Optimismus in die Zukunft zu gehen. Es freut mich - so schnell geht das - daß jetzt endlich eine Einladung für den Agrarausschuß überreicht wird. (*Zwischenruf des Abg. Pfeifenberger.*) Wir sollen nicht immer die Letzten sein, Herr Pfeifenberger, wir könnten auch einmal die Ersten sein.

Aber als Letzter schon wieder. Wir sollen nicht immer die Letzten sein, Herr Pfeifenberger; wir könnten auch einmal die Ersten sein. Probleme haben wir genug. (*Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Die Letzten werden die Ersten sein!*) Unser Ziel und vor allem das Bekenntnis soll sein, zur flächendeckenden Landwirtschaft für die bäuerlichen Familienbetrieben zu kommen. Denn jeder liebt dieses Land. Es soll nicht nur für die Touristen, es soll auch für unsere Inländer, für unsere Kärntner ein schönes Land Kärnten bleiben.

Als allerletztes aus der Regierungserklärung gefällt mir am besten der wortwörtliche Absatz auf der ersten Seite. Und hier würde ich alle Redner, die heute gesprochen haben, besonders angefangen vom Strutz, auffordern: "Bei allen Gräben, die aufgerissen wurden, bei all den harten Worten, die gefallen sind, sind wir es unserem Land und seinen Bürgern schuldig, wieder aufeinander zuzugehen und Schritt um Schritt vertrauensbildende Zeichen und Maßnahmen zu setzen." Das würde ich unterstreichen. Nur so wird es uns gelingen, die politische Kultur auf jenes demokratische Niveau zu bringen, das uns das Miteinander auch in Zukunft sichert. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Landesrat Freunschlag zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Landesrat **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin schon 15 Jahre in diesem Hause, zeitweise als Abgeordneter oder als

Regierungsmitglied, und ich empfinde es als einen große Ehre, auch in der nächsten Zeit in der Regierung die Interessen des Landes wahrzunehmen und für dieses Land etwas zu leisten. Deshalb möchte ich, meine Damen und Herren, mich dagegen verwahren, von Abgeordneten als "nützlicher Idiot" oder als Adressat von "Flegeleien" bezeichnet zu werden. Ich brauche solches Vokabular nicht und erwarte, daß es die Damen und Herren Abgeordneten ebenso halten. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie als Moralapostel auftreten, in den Spiegel zu schauen und selbst jene Beiträge zu leisten, die Sie von den anderen immer verlangen. Gehen wir alle mit gutem Beispiel voran! Dann brauchen wir uns hier nicht gegenseitig vorhalten, wer der Gescheitere, der Bessere, der Klügere oder der Anständigere ist. (*Abg. Koncilia: Spiegel vorhalten! Spiegel vorhalten!*)

Meine Damen und Herren! Es heißt immer: "Politik ist die Kunst des Möglichen." Deshalb wird, Gott sei Dank, in der letzten Zeit auch über Kunst und Kultur in diesem Hause dann und wann einmal gesprochen. Lassen Sie mich eines dazu sagen. Es genügt nicht, hier lockere Sprüche aus der linken Denkwerkstatt uns anzuhören, und es ist gefährlich, all jene zu verteufeln, als Gefahr der Kunst und Kultur, die nicht der Meinung des Täglichen sind, sondern sich dazu aufraffen, eine eigene Meinung zu haben. (*Abg. Dr. Ambrozy: Dann darf man die anderen nicht unterdrücken!*) Ich meine, daß wir, Ex-Kulturreferent Ambrozy, nicht Kritik mit Zensur verwechseln dürfen! Ich stehe für die Freiheit der Kunst und Kultur - aber ich stehe auch für die Freiheit zur Kritik an der Kunst und der Kultur. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Aber, Kollege Freunschlag, dann darf man nicht zur Disziplinierung anderer auffordern, wenn sie etwas sagen!*) Herr Ex-Kulturreferent, ich komme gleich zu dieser Causa. Ich möchte aber sagen, daß gerade die Kunst Toleranz und Offenheit erfordert. Ich darf alle jene bitten, die Voreingenommenheit zurückzunehmen gegenüber den Freiheitlichen, die ja immer wieder als eine Gefahr der Kunst und der Kultur dargestellt werden. Denn ich kann verweisen, daß wir in der Vergangenheit sehr viel beigetragen haben, um das Kunst- und

Dipl.-Ing. Freunschlag

Kulturklima in diesem Lande zu fördern. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir es waren - auch damals, unter Landeshauptmann Haider -, die sehr wesentlich an einer Renovierung und einer Entwicklung des Stadttheaters wie auch an der Installierung des jetzigen Theaterintendanten maßgeblich beteiligt waren.

Dazu, wenn ich schon beim Stadttheater bin, Herr Klubobmann Ambrozy, zur Steuerung der Wahrheit: Ich möchte einmal mit einem Latrinengericht aufräumen, das in den letzten Wochen ganz gezielt in allen Medien Österreichs kolportiert wurde und das da heißt, der zukünftige, designierte Kulturreferent hätte als erste Aussage und Tat gesetzt, daß er das Stadttheater aushungern möchte. Ich stelle in diesem Hohen Hause fest: daß ich zu diesem Thema als designierter Kulturreferent nie ein Wort, wie überhaupt zu keinem Kultur- und Kunstthema, in diesen Tagen zu dieser Frage erhoben habe. (*Abg. Dr. Ambrozy: Lies doch die Zeitungen!*) Ich habe niemandem ein Interview gegeben und habe mich nicht dazu geäußert. Denn Sie werden wissen, Herr Klubobmann Ambrozy, daß ich, bevor ich spreche, nachdenke. (*Abg. Mag. Trunk: Bei manchem hilft's, bei manchem hilft's nicht!*) Ich habe sicherlich meine Überlegungen in diese Richtung. Ich darf Sie ersuchen, zur Steuerung der Wahrheit sich zu erkundigen, wem ich jemals eine Aussage, eine Wortmeldung oder sonst eine Spende gegeben habe. Ich darf für mich beanspruchen, daß ich nicht verunglimpft werde und durch Österreich als Kulturtrottel gezogen werde. (*Abg. Koncilia: Ein akademischer Titel ist noch kein Grund dafür ...*)

Nun darf ich noch zu dem angesprochenen Brief, den ich an den Vorsitzenden des Theaterausschusses geschrieben habe, zu sprechen kommen. Ich glaube, es steht mir an, als Politiker - bei allem Respekt für die Freiheit der Kunst und Kultur - festzustellen und den Vorsitzenden des Theaterausschusses darauf aufmerksam zu machen, daß er dafür zu sorgen hat, daß die Spielregeln (die Gesetze und Richtlinien) eingehalten werden; auch von einem Stadttheater-Intendanten. Denn es ist in den Richtlinien für den Theaterausschuß festgelegt, daß der Theaterausschuß den Spielplan beschließt. Sollte ein Herr Intendant

den Wunsch haben, den Spielplan abzuändern, dann glaube ich, daß er die Spielregeln einzuhalten hat und diese Abänderung auch wieder dem Theaterausschuß vorzulegen und dort beschließen zu lassen. Wenn diese Maßnahme als Zensur verteufelt wird, dann muß ich festhalten: Wir sind in einem Rechtsstaat und können nicht zulassen, daß der Theaterausschuß von irgend jemandem gegängelt wird oder als Feigenblatt benützt wird. Das einmal dazu. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Meine Damen und Herren, werte Abgeordnete! Es ist so viel von der Gemeinsamkeit der Politik in diesem Lande die Rede. Die Regierungserklärung läßt diesen Geist der Gemeinsamkeit schon vermissen. Der Landeshauptmann hat eine Regierungserklärung abgegeben, ohne mit den freiheitlichen Regierungsmitgliedern auch nur irgendein Wort über deren Vorstellungen zu sprechen. (*Abg. Koncilia: Ihr wart ja nie da!*) Ich glaube, daß es wichtig wäre, wenn der Herr Landeshauptmann von sich aus vertrauensbildende Maßnahmen setzen würde. Denn immerhin gehören ja mehrere Teile dazu, um Gräben zuzuschütten und in diesem Lande weiterzukommen. Ich möchte hier doch festhalten, daß viele Versprechungen und Aussagen vor der Wahl des Landeshauptmann nachher nicht eingetroffen sind. Ich verweise darauf, daß hier erklärt wurde: "Zuerst werde ich gewählt; dann werden wir mit allen anständig reden." Die Wahl ist vonstatten gegangen. Es gab aber kein korrektes Gespräch über die Referatsaufteilung - es gab eine Zuteilung, ein Referatsdiktat. Und ich glaube, das ist kein guter Einstieg in eine Gemeinsamkeit, die hier immer wieder beschworen wird.

Meine Damen und Herren! Wir haben immer gezeigt: Wenn wir, als zweitstärkste Partei in diesem Lande, rechtzeitig in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, dann haben wir dort auch unsere Verantwortung getragen und haben immer ein positives Ergebnis erreicht. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich habe auch gesagt, daß wir erwarten, bei den wichtigen Fragen - und es gibt sehr, sehr viele Fragen, die zu lösen sind - von vornherein in die Verhandlungen eingebunden zu werden. Wir werden dann dort ganz korrekt unsere Meinung einbringen und sind auch bereit, bei

Dipl.-Ing. Freunschlag

Entscheidungen mitzuwirken. Nur, als hochbezahlte Aufzeiger im Landtag und in der Regierung, glaube ich, werden wir uns nicht mißbrauchen lassen.

Nun komme ich zu den Prioritäten aus meiner Sicht, Hohes Haus. Ich glaube, im Mittelpunkt unserer Politik der nächsten Jahre hat die Wirtschaft zu stehen. Bei allem Respekt vor allen anderen Problemen, die wir in unserer Gesellschaft vorfinden, sage ich, daß wenn die Wirtschaft nicht auf Vordermann gebracht werden kann, wir alle anderen Überlegungen nicht mehr zustande bringen und das System gefährdet ist. Ich meine, daß es kein Wirtschaftskonzept darstellt, nach Brüssel zu schießen und auf EU-Milliarden zu hoffen. Ich glaube, daß wir aufgefordert sind, in diesem Lande selbst Hand anzulegen, die Hemdsärmel aufzukrempeln und Glaubwürdigkeit zu beweisen, damit wir diesem großen Wettbewerb, dem wir ausgesetzt sind, selbst standhalten können. Vor allem muß auch die Politik Entschlossenheit zeigen, Dinge zu tun, auch wenn diese nicht immer angenehm sind.

Punkt 1: Im eigenen Haus muß Ordnung gemacht werden! Der neue Finanzreferent hat ein schweres Amt übernommen. Das Kärntner Landesbudget liegt im argen; es ist unmanövrierbar geworden. Und hier ist anzusetzen: Ordnung im eigenen Haus! Budgetspielräume sind wieder zu erarbeiten. Bei 8 Milliarden Schilling Budgetverschuldung und 2,5 Milliarden außerbudgetärer Verschuldung wird es notwendig sein - was wir als Freiheitliche immer gefordert haben -, Kürzungen und Zurücknahmen in den Pflichtbereichen vorzunehmen. Ansonsten wird es mit dem Budget und unserer Landespolitik nicht positiv weitergehen.

Wenn ich in der Erklärung des Landeshauptmannes gleich wieder höre, daß die 500 Millionen Schilling für die Ausgleichszahlungen der Bauern nicht in die Budgetkonsolidierung eingerechnet werden dürfen, heißt das: weitere Ausweitung der Landesverschuldung; weitere Einengung der Möglichkeiten, die wir in diesem Lande haben. Ich meine, wir sollten uns hier zusammensetzen und einmal ehrlich miteinander reden, ob wir bereit sind, unsere Chancen zu nutzen und um

unsere Möglichkeiten in diesem Lande auszuschöpfen - oder ob wir so weiterwurschteln wollen, wie bisher.

Punkt 2: Ich glaube, es ist notwendig, das Landesvermögen besser zu nutzen. Es sind Ansätze hier. Ich meine, daß wir den Auftrag haben, die Erträge aus den Beteiligungen, die immerhin eine erkleckliche Summe ausmachen, besser nutzbar zu machen und diese Erträge aus den Landesbeteiligungen auch für die Wirtschaft einzusetzen. Nicht nur Landesreisebüro und KELAG sind Landesgesellschaften, sondern auch die Hypothekenbank und die Landesversicherung und viele andere Beteiligungen, die wir vorsehen. Ich meine, daß auch der Eigentümer ein Recht hat, Dividenden zu verlangen. Mit diesen Dividenden sollte letztlich für die Wirtschaft Positives erreicht werden. Es ist sehr erfreulich, daß aus der Sanierung und Teilprivatisierung der Hypothekenbank, der Kärntner Hypo, nun erstmals in der Geschichte unseres Landes dem Mehrheitseigentümer eine Dividende gezahlt wird: 6 Millionen Schilling aus dem Ergebnis 1993! Das ist positiv anzumerken. Wir hoffen, daß diese Bank, mit einem dynamischen Management, auch in der Zukunft für uns eine Hilfe darstellen wird, im Bereich der Wirtschaftsförderung ihr Scherflein beizutragen.

Zur Wirtschaftsförderung insgesamt meine ich, daß wir den Rahmen effizienter gestalten, die Schlagkraft erhöhen und verschiedene Organisationen zusammenführen müssen. Es geht nicht weiter an, daß verschiedene Referenten einzelne Spielwiesen entwickelt haben, so wie die Kärntner Bergbahngesellschaft, die eher früher eine Spielwiese des ehemaligen Finanzreferenten gewesen ist, oder die BABEG auf der anderen Seite oder auch die Landesholding, die praktisch vorhanden ist, aber keine wesentlichen Aufgaben erfüllen kann; auch der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds. Wir müssen versuchen, ein schlagkräftiges Management auf die Beine zu stellen, um das Geld, das ohnehin immer spärlicher fließt, zu sammeln und es effizienter umzusetzen.

Der nächste Punkt, den ich aus meiner Erfahrung festhalten möchte, ist: daß wir eine Standortsicherung für unsere Kärntner Wirtschaft und die Industrie vornehmen müssen.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Ich bekenne mich dazu, daß wir die bestehenden Industriestandorte, die Infrastrukturen, die für die Zukunft nutzbar sind, auch erhalten müssen. Das habe ich in meiner Eigenschaft als Wasserrechtsreferent gezeigt. Ich habe mich bemüht, in zweieinhalbjähriger harter Arbeit die Sanierung des Industriestandortes Arnoldstein so weit vorzubereiten, daß es in den vergangenen Tagen möglich war, den Gesamtbescheid zu erlassen und damit sicherzustellen, daß dieser Industriestandort nach seiner Sanierung wiederum für die Wirtschaft genutzt werden kann.

Der zweite Bereich ist, daß wir Flächensicherungen für neue Betriebsansiedelungen machen - wo sie noch möglich sind. Hier wird die Raumordnung gefordert werden; natürlich auch die Gemeinden, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Denn hier, glaube ich, haben wir in den letzten Jahren versagt, da überall, wo sich Industrie oder Gewerbe ansiedeln wollten, entsprechende Widerstände bei den Widmungen aufgetreten sind und wir deshalb nicht weitergekommen sind.

Dann noch aus meiner Erfahrung als Referent für das Gewerbe, aber auch für das Wasserrecht: Wir müssen die wahnsinnigen wirtschaftsdiskriminierenden Gesetzesmaschinerien eindämmen; sie zurücknehmen und nicht mehr Gesetze machen, sondern jene Gesetze, die bestehen, entschlacken und sie an die Gegebenheiten anpassen! Wenn ein Wirtschaftstreibender jahrelang auf eine Genehmigung warten muß, weil er die Rechtsinstanzen durchgehen muß, dann wird das keine europäische Industrie- und Wirtschaftspolitik sein, sondern das ist dann eine Vernichtungspolitik, die wir mit unseren Gesetzen, insbesondere den Bundesgesetzen, veranstalten. Hier bitte ich Sie alle - auch den Gesetzgeber, den Landtag hier in Kärnten - mitzuwirken, Gesetze zu entschlacken und rationeller und effizienter zu gestalten.

Ein Wort noch zur Ausbildung und zum Menschen in unserem Lande in unserer Wirtschaft. Es geht hier um Menschen, die Unternehmer sind, die Risiko und Einsatzfreude beweisen und die höher geachtet werden müssen. Es kann dieses Feindbild Unternehmer/Arbeiter nicht weiter aufrecht erhalten werden. Ich glaube, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer: sie sind beide

ganz, ganz wesentliche und gleichberechtigte Bestandteile unserer Wirtschaftswelt. Wir müssen dem einen (dem Unternehmer) die Chancen geben, aber auch dem Mitarbeiter, in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Deshalb meine ich, müssen wir sehr großes Augenmerk auf die Ausbildungschancen unserer Lehrlinge und der Facharbeiter in erster Linie legen. Wir müssen im Lande unsere Möglichkeiten ausschöpfen. Wir bekennen uns dazu. Wir haben aber auch sicherzustellen, daß in der fortschreitenden Ausbildung in den höherbildenden Schulen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, um auch den Kärntner Arbeitnehmer zur Arbeit auszubilden. Ich meine, das ist wichtig: Daß der junge Mensch Verantwortung lernt und lernt, daß er arbeiten muß. Vielfach, glaube ich, wird heute ein Wissen vermittelt, daß der junge Mensch meint, er braucht gar nicht mehr zu arbeiten, weil er so gescheit ist. Ich glaube, wir sollten ihn in die Verantwortung einbinden, die er für die Zukunft für dieses Land hat.

Der letzte Punkt ist die Energiepolitik. Ich gebe Herrn Klubobmann Ambrozy recht: Die Energiepolitik darf nicht Spielwiese der Lobbyisten sein. Hier meine ich einerseits die Stromlobby und auf der anderen Seite die Landwirtschaftskammer. Ich wünsche mir, daß mein Nachfolger als Energiereferent nicht seine Verantwortung an die Schreibtische der Landwirtschaftskammer oder an die Schreibtische der KELAG abgibt. Die Kärntner Energiepolitik ist unabhängig von der Parteipolitik und über der Parteipolitik stehend. Sie ist nach dem "Energiekonzept" umzusetzen. Ich darf Sie ersuchen anzuerkennen, daß die Umsetzung des "Kärntner Energiekonzeptes" ein ganz wesentlicher Bestandteil des "Kärntner Wirtschaftskonzeptes" ist und sein kann.

Abschließend darf ich Ihnen versichern, daß ich versuchen werde, ein Problemlöser zu sein. Es geht hier nicht an zu sagen: Ich verlange, daß eine Schotterstraße asphaltiert wird. Verlangen können wir alle etwas - aber wir müssen Beiträge leisten. Ich möchte versuchen, das Prioritätenprogramm zu beachten. Und ich darf Sie ersuchen, entsprechend auch die Finanzierung beizustellen. Ich bitte Sie alle 36 Abgeordnete, die Sie immer so gerne auch

Dipl.-Ing. Freunschlag

Straßenbaureferenten sind: Haben wir ein ordentliches Verhältnis! Reden wir über die Probleme! Sprechen wir uns darüber aus, und machen wir dann für die Bevölkerung eben das Beste!

Als Wirtschaftsreferent möchte ich - als Referent ohne Mittel, und hoffentlich doch auch vom Herrn Landeshauptmann in den Wirtschaftsförderungsfonds entsandt - versuchen, Ideen einzubringen (*Abg. Dr. Hofer: Das ist das Wichtigste!*) und auch das Umfeld für die Kärntner Wirtschaft zu verändern und an die Zukunft anzupassen. Das ist eine Herausforderung. Ich möchte damit zeigen, und ich habe es auch schon bewiesen, daß man ohne Millionen auch etwas für dieses Land bewegen kann. Ich werde mein bestes Wissen als Ingenieur einsetzen, um den Hochbau in diesem Lande in guten Händen zu haben. Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Achatz. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete Landesrätin **Achatz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Einige Sätze noch zur Sozialpolitik aus meiner Sicht: Sozialpolitik ist für mich eine Politik, die in viele andere Bereiche hineinreicht; unmittelbar mit der Arbeitsmarktsituation zu tun hat, mit der Einkommenssituation, mit der Lebenssituation der Familien und vielem anderem mehr.

Ich möchte ganz deutlich sagen, daß ich einiges in der Regierungserklärung vermißt habe. Ich sehe schon ein, daß es sehr wichtige Bereiche gibt, die sehr ausführlich angeführt wurden, ich meine aber doch, daß das auch für die Sozialpolitik zutreffen sollte, denn Sozialpolitik umfaßt sehr vieles.

Wenn vom Herrn Landeshauptmann die Meinung vertreten wird, daß es eine Hängematte gibt, in der sich da und dort jene räkeln, die Leistungen vom Staat in Empfang nehmen, die sie nicht in Empfang nehmen sollen, so bin ich

die Erste, die sagt, wenn das da und dort zutrifft, dann bin ich strikt dagegen und sage das auch jedem, wenn ich irgendwo nur einen Anschein vermute, daß das so sein könnte.

Ich möchte aber eines hier klarstellen: Wenn diese Hängematte auch alle jene anderen beinhalten würde, die einen sehr guten Steuerberater haben und die alles Mögliche vom Staat herausholen, wobei man ihnen auf die Schulter klopf und sagt, das haben sie wieder sehr gut gemacht, dann wäre diese Hängematte zu klein, um für alle jene Platz zu haben, die für sich und für das eigene Umfeld das Äußerste herausholen.

In diesem Sinne meine ich, Herr Landeshauptmann, kann doch mit dieser Äußerung nicht gemeint sein, daß die älteren Mitbürger, die Behinderten, daß die Menschen ohne Einkommen, die aus den verschiedensten Problemen heraus in diese Situation kommen, und daß die Jugendlichen gemeint sind. Ich meine, daß wir vor allem für die älteren Menschen für die Zukunft diese Initiativen, die wir eingeleitet haben, weiter ausbauen sollen, wir haben uns alle dazu bekannt. Es gilt daher, zukunftsweisend auch in der Sozialpolitik Aussagen zu treffen. Das, meine ich, ist wichtig, weiterhin unsere Bemühungen für die ältere Generation von der Pflegevorsorge über die Sozial- und Gesundheitssprengel, für jene, die Hilfe in besonderen Lebenslagen benötigen und vieles andere mehr, dafür zu sorgen, daß auch die Mittel vorhanden sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich war gestern bei der Betagtenerholungsaktion und ich sage auch ein Danke an die Gemeinden, weil 50 % dieser Aktion von den Gemeinden mitgetragen werden. Ich war bei zwei Einrichtungen, die seit dem Bestehen jedes Jahr diese Betagtenerholungsaktion durchführen. Ich war sehr berührt, als dort der Besitzer mir mitteilte, wie es vor 30 Jahren ausgesehen hat, daß dort aus der Landwirtschaft und aus den verschiedensten Bereichen Knechte und Menschen gekommen sind, die erstmals einen Urlaub verbringen konnten, die nicht einmal ein eigenes Bett zu Hause gehabt haben, die im Stall übernachteten mußten. Das war noch vor 30 Jahren, man möchte es nicht für möglich halten. Gestern waren zwei ältere Frauen dabei, die eine war

Achatz

eine Mutter von zehn Kindern, die andere eine Mutter von acht Kindern. Ich möchte euch nicht berichten, mit wie wenig eigentlich diese Mutter von zehn Kindern auskommen muß. Da habe ich mir gedacht, das kann doch nicht sein. Wir werden gerade die Unterstützung dieser Menschen, die mit viel Einsatz dafür gekämpft haben, daß die sozialen Einrichtungen überhaupt ins Leben gerufen werden konnten, aufrecht erhalten.

Wir werden genauso die neuen Wege für die behinderten Menschen weiter beschreiten. Wir haben in Kärnten für die sprachgestörten Kinder für alle Bezirke Sprachcomputer angeschafft. Wir haben für die sehbehinderten Kinder elektronische Hilfsmittel angeschafft. Wir haben Arbeitsplätze für behinderte Menschen zusätzlich geschaffen. Ich werde alles daransetzen, daß wir auch in der Wirtschaft mehr Arbeitsplätze für behinderte Menschen zur Verfügung stellen.

Wenn man von den Menschen mit geringem Einkommen spricht, so tut es mir leid, das sagen zu müssen: Es ist leider heute noch so, daß großteils die Frauen dazugehören. Wir haben derzeit in Kärnten 4740 schwer vermittelbare weibliche und 2618 männliche Arbeitslose. Daher gilt es, alles daranzusetzen und alle Programme auszunutzen, für Frauen und Männer, auch innerhalb der EU. Wenn für die Landwirtschaft die Milliarde gefordert wird, dann fordere ich, ebenso zusätzliche Mittel für die Frauen und Männer für die Arbeitsplatzbeschaffung für die Zukunft zur Verfügung zu stellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Ein weiterer Bereich, der mir sehr am Herzen liegt, das sind die Kinder und Jugendlichen. Sehr geehrte Damen und Herren, es überraschen uns immer wieder Meldungen aus der Presse und aus den Medien, wie es da und dort mit der Jugendbetreuung in Kärnten ausschaut. Ich darf Ihnen sagen, daß in den letzten Jahren sehr viel passiert ist, aber noch zu wenig. Es wird ein Schwerpunkt für die zukünftige Arbeit der Sozialpolitik sein, daß in diesem Bereich verstärkt für die Betreuung der Jugendlichen Mittel ausgegeben werden, um ihnen, die sich aus verschiedensten Gründen, aus familiären Situationen heraus und aus anderen Notsituationen nicht zu helfen wissen, ein Leben

zu ermöglichen, daß sie mit zwei Füßen auf der Erde stehen und sich einmal selbst erhalten können. In dieser Richtung gilt es auch, von vielen Toleranz zu üben, die mit dieser Arbeit beschäftigt sind. Wir werden eine Krisenanlaufstelle, eine Therapie für jene schaffen, aber auch prophylaktisch die Elternschulen in Kärnten ausbauen. Wir werden jenen jungen Menschen Hilfestellung geben, wie sie Konflikte gewaltfrei lösen, oder wie sie partnerschaftlich miteinander umgehen, um ihnen jenes Rüstzeug mitzugeben, damit viele Situationen, mit denen wir jetzt im Sozialbereich fertig werden müssen, gar nicht erst auftreten können. Das ist ein wesentliches Ziel, das ich mir gesetzt habe, alles zu tun, um der Jugend die Chance auf ein selbständiges Leben zu ermöglichen.

Noch ein Wort an die FPÖ gerichtet: Sehr geehrte Damen und Herren der FPÖ, wir haben sehr viele Punkte gemeinsam in der Regierungssitzung beschlossen, aber bei fünf oder sechs Tagesordnungspunkten im Sozialbereich hat die FPÖ in der letzten Gesetzgebungsperiode nicht mitgestimmt und dieselben Punkte, unter anderem zu den Tagesmüttern und vieles andere mehr, habe ich dann im Wahlprogramm der FPÖ gefunden. Das heißt, ihr stimmt nicht bei den Leistungen mit, die erbracht werden müssen, um das dann in eurem Programm zu fordern. *(Abg. Schretter: Eine Schweinerei ist das!)* Ich fordere euch auf, jetzt diese Leistungen, die ihr gefordert habt, in Zukunft mit eurer Arbeit mitzutragen und mitzufordern.

Herr Landeshauptmann, eines noch: Du hast gemeint, die Kinderbetreuungseinrichtungen, die Kindergärten werden ausgebaut. wenn es die finanziellen Mittel erfordern. Ich habe diesen Satz noch genau im Ohr. *(LH Dr. Zernatto: Erlauben!)*

Eines möchte ich auch noch sagen: Peter Ambrozy hat hervorragend das Kindergartenwesen ausgebaut, es ist vieles passiert, wir haben in letzter Zeit gemeinsam vieles geschaffen und 63 % des Landes sind mit Kinderbetreuungseinrichtungen versorgt. Ich fordere, daß wir diesen Weg weiter fortsetzen, daß wir den Eltern, die berufstätig sind, durch entsprechende Öffnungszeiten die Berufstätigkeit ermöglichen und allen Kindern

Achatz

zumindest ein Jahr vor der Schule einen Kindergarten-aufenthalt ermöglichen, ob beide Eltern berufstätig sind oder nicht, um das pädagogische Erleben im Kindergarten zu ermöglichen. In diesem Sinne möchte ich diesen erfolgreichen Weg weitergehen und werde mich vehement dafür einsetzen, daß auch die zuständigen Mittel aufgebracht werden. Wir werden auch den Bund für die Beistellung von Mitteln heranziehen.

In diesem Sinne wünsche ich für Kärnten eine Zusammenarbeit für die Menschen in diesem Lande. Jede Frau und jeder Herr Abgeordnete ist verpflichtet, das zu tun. In diesem Sinne gehen wir gemeinsam an die Arbeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Nachdem die Wortmeldungen im Einvernehmen getauscht worden sind, kommt als nächster Klubobmann Dr. Ambrozy und dann Landeshauptmann Dr. Zernatto zu Wort.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bezugnehmend auf die Wortmeldung des Herrn Landesrates Freunschlag möchte ich nur einen Artikel der "Kleinen Zeitung" vom 21. April 1994 vorlesen und die Abgeordneten bitten, ihre eigenen Schlüsse daraus zu ziehen:

"Auf neue Zeiten müssen sich Stadttheaterintendant Pfliegerl und Direktor Plessin einstellen. FPÖ-Klubobmann Dr. Martin Strutz vermutet, daß es im Theater Unkorrektheiten gegeben hat. Erste Konsequenz, die die Freiheitlichen aus der Vermutung ziehen, ist eine Überprüfung der Gebarung des Theaters durch FP-Finanzreferent (Wunschfinanzreferent) Jörg Freunschlag. Danach sollte dann geklärt werden, welche Einsparungsmöglichkeiten es im Bereich des Stadttheaters künftig geben kann. Strutz auf die Frage der "Kleinen Zeitung", welche Veränderungen zu nächst einmal geplant sind: Die automatische Abgangsdeckung wird es wie bisher sicher nicht mehr geben. Im Kulturbereich müssen gänzlich neue Rahmenbedingungen geschaffen werden."

Wenn das ein Latrinengerücht ist, nehme ich das gerne als Latrine zur Kenntnis. *(LR Dipl.-Ing. Freunschlag: Herr Präsident, darf ich dazu noch einen Satz sagen? - Vorsitzender: Auch genehmigt. So fein wird hier gearbeitet.)*

Landesrat **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich möchte nur eines sagen: Wo haben Sie hier jemals ein Zitat des sogenannten designierten Kulturreferenten gelesen? Ich habe mich zu diesem Thema nie geäußert. Das möchte ich hier noch einmal sagen, es sind ja andere Zeitungen geklagt worden, weil sie mich zitiert haben. Ich habe nie dazu eine Äußerung abgegeben. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen und meine Position so zu sehen. Das, was Sie hier zitiert haben, sind Aussagen anderer, ich habe dazu nie ein Wort verloren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werte es erstens einmal als positives Zeichen, daß ich heute erstmals seit meiner Wahl in Anwesenheit aller drei Fraktionen hier eine Erklärung abgeben kann. *(LR Dipl.-Ing. Freunschlag: Wir können ja wieder hinausgehen! Sollen wir wieder hinausgehen? - 2. Präs. Mitterer: Ich war übrigens herinnen! - Vorsitzender 1. Präs. Unterrieder: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann! Ich bitte, ihn sprechen zu lassen!)* Wenn offensichtlich auch Lob schon als Polemik aufgefaßt wird, dann ist das Ihre Sache, Kollege Freunschlag.

Ich möchte aber in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es für mich heute eine Selbstverständlichkeit war, daß man sich mit der Erklärung eines neugewählten Landeshauptmannes kritisch auseinandersetzt. Ich glaube, daß das auch wichtig und notwendig ist, weil es wichtig und notwendig ist, daß wir hier im Hohen Haus, aber auch darüber hinaus in allen Arbeitseinheiten, die es dazu laut unserer Verfassung gibt, uns einfach dazu finden, daß es zur politischen Kultur gehört, Argumente auszutauschen und um die besten Ideen und Lösungsansätze zu

Dr. Zernatto

ringen. Ich bin davon überzeugt, daß das Austauschen von Argumenten auf Dauer auch der sinnvollere Weg sein wird als das Austauschen von Requisiten, für die ich mich aber trotzdem sehr herzlich bedanken möchte.

Ich habe aber trotz der Kritik, die heute hier angeklungen ist, doch feststellen können, daß es in einigen wesentlichen Punkten offensichtlich wahrscheinlich logischerweise Übereinstimmung gibt. Es ist sicher nicht gefragt - und ich werde das heute auch sicherlich nicht tun -, jetzt auf jedes einzelne Argument, das hier heute gebracht wurde, einzugehen. Dazu wird in vielen Diskussionen hier im Hause, aber auch im Rahmen unserer Arbeit im Kollegium der Kärntner Landesregierung noch ausreichend Platz sein.

Etwas scheint aber außer Streit zu stehen, daß den Fragen der Wirtschaftspolitik und der Arbeitsplatzsicherung in unserem Land höchste Priorität zukommt. Das ist an sich logisch, weil es die Voraussetzung dafür darstellt, daß wir Spielräume in unseren öffentlichen Haushalten für die vielfältigen anderen gesellschaftspolitischen Aufgaben in unserem Lande haben.

Wenn ich die engagierte Wortmeldung der Sozialreferentin gehört habe, logischerweise auch gleich wieder verknüpft mit zusätzlichen Wünschen und Sorgen, die sie hier deponiert hat, wenn ich die Wünsche der agrarischen Vertreter, jener, die im kulturellen Bereich tätig sind, jener, die sich den Fragen der Frauen in unserem Lande verpflichtet fühlen und viele, viele andere mehr mir angehört habe, dann weiß ich, was vor allem auf mich in meiner Funktion als Finanzreferent in diesen nächsten Jahren zukommen wird. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch hier nur ein Weg beschritten werden kann, den man einen Weg der Vernunft nennen sollte, einen Weg, der die öffentlichen Haushalte nicht so überfordert, daß letztendlich vieles, was einfach notwendig ist, dann auf der Strecke bleiben muß.

Es freut mich aber, daß es darüber hinaus auch in einigen Details durchaus Übereinstimmung gegeben hat. Das sind für mich jene wichtigen und notwendigen Ansätze, an denen wir beginnen sollten, vielleicht jenes Maß an Vertrauen wieder zu entwickeln, das für eine

konstruktive Zusammenarbeit auf sachlicher Ebene notwendig ist.

Ich habe gehört, daß es durchaus im Einklang mit dem, was ich hier gesagt habe, die Meinung gibt, daß es z. B. im Bereich des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds eine weitere Zusammenführung der Organisationseinheiten, die heute teilweise noch nebeneinander operieren, geben soll. Von meiner Seite her auch das klare Bekenntnis dazu, daß das ein Projekt ist, das ich nicht nur akzeptiere, sondern auch ausdrücklich begrüße.

Ich habe mich darüber gefreut, daß auch im Rahmen der Wohnbauaktivitäten, die diese Regierung in den nächsten Jahren setzen wird, die Schwerpunktsetzung in Richtung Revitalisierung, Wiederherstellung des Altbestandes liegt, um damit einerseits dem durchaus kulturellen Aspekt im Bereich bodenständiger Architektur, andererseits aber auch den wesentlichen und, wie ich auch feststellen konnte, durchaus gemeinsamen raumordnerischen Zielsetzungen gerecht zu werden.

Ich bin davon überzeugt, daß auch in vielen anderen Bereichen diese Gemeinsamkeit im Sachpolitischen durchaus zu finden sein wird und ich habe es trotz aller anklingender Polemik wohl verstanden, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit dort, wo sie für das Land wichtig und notwendig ist, auch seitens jener politischen Gruppierung offensichtlich angesagt ist, die ihre Oppositionsrolle heute hier definiert hat. Ich habe das bereits in der Regierung als auch in den Medien entsprechend dargelegt, ich werde daher am Ende des Monats Juli zu einer Regierungsklausur einladen, in der wir versuchen sollten, jene Vorstellungen und Ziele, die jeder Referent in seinem Bereich dort vorlegen soll, inklusive logischerweise der dazu notwendigen Finanzvorschau sozusagen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für diese Legislaturperiode für die Kärntner Landesregierung zustande zu bringen, um abseits aller trennenden Überlegungen und Situationen die gemeinsamen und wichtigen Ziele für Kärnten außer Streit stellen zu können.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, es wird für uns alle, vor allem aber für die

Dr. Zernatto

Kärntner und Kärntnerinnen wichtiger und wesentlicher sein, daß wir aus der Kreativität und aus der Erfahrung aller jener, die hier im Bereich der Politik oder im angegliederten Bereich tätig sind und vielleicht etwas weniger aus leeren Töpfen schöpfen. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt. Wir kommen zum 4. Tagesordnungspunkt:

4. Ldtgs.Zl. 14-2/27:**Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat, Bezirksschulräte)**

Hohes Haus! In Entsprechung des Landes- schulaufsichtsgesetzes hat der Landtag 35 Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates mit beschließender Stimme, und zwar aus dem Kreis der Lehrerschaft und der Väter und Mütter schulbesuchender Kinder zu bestellen. Hinsichtlich der Bezirksschulräte hat der Landtag für jeden politischen Bezirk fünf Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates mit beschließender Stimme zu bestellen. Die vom Landtag zu bestellenden Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates haben aus Vertretern der Lehrerschaft der in die Zuständigkeit des Bezirksschulrates fallenden Schularten zu bestehen. Die Elternvertreter der Bezirksschulräte werden von den Gemeinden unter Mitwirkung der Landesregierung bestellt.

Die Bestellungen erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Grundlage ist das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl für das Land und für die Bezirksschulräte bezogen auf die Bezirke. Es liegen drei ordnungsgemäße Bestellungsvorschläge vor. Ich ersuche den Schriftführer, diese Vorschläge zu verlesen.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Bestellungsvorschläge lauten:

Für die SPÖ für das Kollegium des Landesschulrates:

Lehrervertreter:

Mitglieder: Mag. Dr. Johannes Breitenegger, Mag. Elisabeth Herzele, Mag. Georg Unterkofler, Dipl.-Ing. Heinz Meidl, Hermann Pansi, Elfriede Koschina, Ing. Klaus Steiner.

Ersatzmitglieder: Mag. Christa Liensberger, Mag. Angelika Blaschun, Günther Egger, Mag. Maria Luise Wutte, Mag. Arnulf Resch, Paul Käfer, Mag. Günther Perchinig.

Elternvertreter:

Mitglieder: Mag. Dr. Gerhard Rabensteiner, Mag. Robert Arrich, Josef Kurteu, Christa Pfeiler, Hermann Riepl, Mag. Hermann Walder, Dr. Helmut Bachmann.

Ersatzmitglieder: Evelin Babic, Günther Fugger, Dr. Josef Duller, Franz Buchacher, Johanna Oberauner, Marlies Pravda, Gerlinde Gaderer.

Für die Bezirksschulräte:

Bezirksschulrat Feldkirchen:

Mitglieder: Hans Canori, Erich Wilhelmer.

Ersatzmitglieder: Erich Ritzinger, Helmut Zwatz.

Bezirksschulrat Hermagor:

Mitglieder: Johann Rainer, Manfred Ambra.

Ersatzmitglieder: Norbert Leitner, Edwin Bader.

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land:

Mitglieder: Johannes Tolmaier, Astrid Jörg.

Ersatzmitglieder: Hans Kuess, Hulda Liegl.

Bezirksschulrat Klagenfurt Stadt:

Mitglieder: Ilse Domenig, Gerhard Antesberger.

Ersatzmitglieder: Werner Hipfl, Manfred Stranacher.

Bezirksschulrat St. Veit an der Glan:

Mitglieder: Karl Kummerer, Wolfgang Eberhard.

Ersatzmitglieder: Sigrid Luggauer, Theodor Staudan.

Bezirksschulrat Spittal an der Drau:

Mitglieder: Richard Leeb, Hans Simoner.

Ersatzmitglieder: Kurt Winkler, Richard Pertl.

Bezirksschulrat Villach Land:

Mitglieder: Reinhard Mischkulnig, Ernst Miklautsch.

Ersatzmitglieder: Rudolf Kristler, Wolfgang Lex.

Dr. Putz

Bezirksschulrat Villach Stadt:

Mitglieder: Kriemhild Kenzian, Helmut Kreiner
Ersatzmitglieder: Grete Zedlacher, Oskar
Tscherpel.

Bezirksschulrat Völkermarkt:

Mitglieder: Dietmar Schäfermeier, Christine
Schlieber, Josef Kraut.
Ersatzmitglieder: Hans Zimmer, Mathilde Kräu-
ter, Irene Zele.

Bezirksschulrat Wolfsberg:

Mitglieder: Manfred Kleindienst, Irmgard Ange-
rer
Ersatzmitglieder: Ernst Spinotto, Herbert Kopp

Für die FPÖ:

Landesschulrat:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Erich Petschacher, Mag.
Gernot Kuglitsch, Heidelies Kerschbaumer, Ute
Freund, Mag. Dr. Renate Wintermann, Dr.
Heiner Zechmann.

Ersatzmitglieder: Mag. Dr. Herwig Hierzegger,
Mag. Dietmar Hardt-Stremayr, Mag. Meinhard
Wutscher, Ingrid Klogger, Mag. Walter Ebner,
Mag. Dieter Kriwanek.

Elternvertreter:

Ordentliche Mitglieder: Ing. Walter Unterweger,
Dipl.-Ing. Günter Sonnleitner, Harald Edlinger,
Johanna Kuehs, Werner Zirnig, Ing. Siegfried
Andronik, Richard Robatsch.

Ersatzmitglieder: Ing. Peter Jug, Oswin Teuffen-
bach, Herbert Kleinfurher, Christa Lininger,
Werner Klimbacher, Astrid Kuglitsch, Ernst
Wiltsche.

Für die Bezirksschulräte:

Bezirksschulrat Feldkirchen:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Wolf Zojer, Helmut
Sonnleitner.

Ersatzmitglieder: Veronika Huber, Gottfrieda
Süssenbacher.

Bezirksschulrat Hermagor:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Jakob Schabus.

Ersatzmitglied: Herbert Presslauer.

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Peter Begusch, Ilse
Wistrela.

Ersatzmitglieder: Ulrike Hager, Helga Rossböck.

Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Ing. Erich Hudelist,
Mag. Helga Müller.

Ersatzmitglieder: Patrizia Schneider, Eva Tat-
schl

Bezirksschulrat St. Veit an der Glan:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Johann Gruber, Wilfried
Wurzer.

Ersatzmitglieder: Oswald Wurzer, Heidi Hoch-
steiner.

Bezirksschulrat Spittal an der Drau:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Kurt Messner, Hellmuth
Madritsch.

Ersatzmitglieder: Hermann Seebacher, Hiltrud
Sandrisser.

Bezirksschulrat Villach-Land:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Klaus Hainschitz, Eleo-
nore Schmoliner.

Ersatzmitglieder: Johanna Kunovianek, Brigitte
Mayer.

Bezirksschulrat Villach-Stadt:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Ida Habernig, Manfred
Fleischhacker.

Ersatzmitglieder: Diethard Rauter, Ingrid Wohl-
fahrt.

Bezirksschulrat Völkermarkt:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Günther Trabesinger.

Ersatzmitglied: Günther Schmied.

Bezirksschulrat Wolfsberg:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Karl Maier, Erwin Raf-
fer.

Ersatzmitglieder: Elisabeth Szolar, Pia
Wutscher.

Für die ÖVP:

Landesschulrat:

Lehrervertreter:

Dr. Putz

Ordentliche Mitglieder: Dr. Helmut Baumgartner, Manfred Gartner, Hubert Kirchbaumer.

Ersatzmitglieder: Mag. Margarete Arnold, Manfred Mitterdorfer, Gerhard Berger.

Elternvertreter:

Ordentliche Mitglieder: Mag. Raimund Grilc, Mag. Alois Rinner, Dipl.-Ing. Hermann Salcher, Margit Rader, Ing. Ernst Unterkofler.

Ersatzmitglieder: Stefanie Barac, Mag. Dr. Siegfried Moser, Mag. Alfred Skerjanc, Manfred Wurmitzer, Ing. Josef Baumgartner.

Bezirksschulräte:

Bezirksschulrat Feldkirchen:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Heinrich Leeb.

Ersatzmitglied: Ingrid Hoffmann.

Bezirksschulrat Hermagor:

Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Michael Lamprecht, Gerald Ressi.

Ersatzmitglieder: Werner Holzfeind, Kurt Stammann.

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Meinhard Schöffmann.

Ersatzmitglied: Walter Startinig.

Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Theo Widmann.

Ersatzmitglied: Josef Andritsch.

Bezirksschulrat Spittal an der Drau:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Hans Peter Obereder.

Ersatzmitglied: Manfred Wiegele.

Bezirksschulrat St. Veit an der Glan:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Wolfgang Kabas.

Ersatzmitglied: Dr. Elisabeth Watzlawick.

Bezirksschulrat Villach-Land:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Johann Tscheliessnig.

Ersatzmitglied: Norbert Werhonig.

Bezirksschulrat Villach-Stadt:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Riki Lausegger.

Ersatzmitglied: Rosemarie Puff.

Bezirksschulrat Völkermarkt:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Hans Piuk.

Ersatzmitglied: Josef Glantschnig.

Bezirksschulrat Wolfsberg:

Lehrervertreter:

Ordentliches Mitglied: Robert Garnitschnig.

Ersatzmitglied: Uta Baumgartner.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**
(SPÖ):

Ich danke dem Schriftführer! - Hohes Haus! Ich würde vorschlagen, daß wir - nachdem das Verhältniswahlrecht zur Anwendung gelangt - der Einfachheit halber nicht mit Stimmzettel, sondern mit Handzeichen darüber abstimmen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, es wird so vorgegangen.

Ich würde bitten, daß wir über die Bestimmungsvorschläge einzeln abstimmen. Wer dem Vorschlag der SPÖ-Fraktion für die Mitglieder des Landesschulrates und für die Lehrervertreter der Bezirksschulräte die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Wahlzahl beträgt hier acht. - Das ist mehr als die erforderliche Mehrheit. Damit sind die Mitglieder bestellt.

Wer dem Bestimmungsvorschlag der FPÖ für die Mitglieder des Landesschulrates und für die Lehrervertreter der Bezirksschulräte die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Wahlzahl ist sieben. - Danke, das ist einstimmig so bestellt.

Wer dem Vorschlag der ÖVP für die Mitglieder des Landesschulrates und für die Lehrervertreter der Bezirksschulräte die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Wahlzahl ist fünf. - Danke, das ist auch einstimmig angenommen.

Damit, Hohes Haus, ist das Kollegium des Landesschulrates bestellt und auch die Kollegien der Bezirksschulräte; soweit der Landtag dafür zuständig ist. Ich gratuliere allen Bestellten und wünsche Ihnen eine konstruktive Arbeit im Sinne des Gesetzes.

Unterrieder

Damit sind wir beim letzten Punkt unserer Tagesordnung angelangt. Ich bitte um die

Mitteilungen des Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Einlauf der heutigen Sitzung besteht aus einem Dringlichkeitsantrag.

A. Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs. Zl. 54-1/27:
Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des FPÖ-Klubs, mit
 folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, innerhalb offener Rechtsmittelfrist gegen das Urteil betreffend etwaiger Schadenersatzpflicht des ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreters und Finanzreferenten Erwin Frühbauer geeignete Rechtsmittel zu ergreifen.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erste Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit? (*Abg. Strutz meldet sich zu Wort.*) Bitte, zur Begründung der Dringlichkeit, Herr Klubobmann Dr. Strutz!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich darf den Antrag der Freiheitlichen Fraktion kurz begründen:

Erstmals, in der Zweiten Republik hat der Landtag eine Landesregierung beauftragt, Klage gegen die höchsten Organe dieses Landes bzw. gegen ein Mitglied einer Landesregierung

einzubringen. Dies ist das erstmal in der Geschichte dieser Republik geschehen, und der Ausgang dieses Prozesses hat somit Beispielswirkungen.

Die Verfehlungen, die in der Causa Magdalen vorgefallen sind, diese Verfehlungen sind ebenfalls beispiellos. Auch der Schaden, der hier angerichtet wurde und der für unser Bundesland eingetreten ist, ist beispiellos und beachtlich.

Im Zuge des Untersuchungsausschusses hat sich herausgestellt, daß Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Erwin Frühbauer und den bestellten Treuhändern Dr. Grossnig und Dr. Ritzberger ein schweres Fehlverhalten und Verfehlungen in vielfacher Art und Weise nachgewiesen wurden, die dazu geführt haben, daß nunmehr der Steuerzahler in Kärnten eine Summe von mittlerweile fast 1,5 Milliarden Schilling an Schaden zu begleichen haben wird.

Es wurde - und Sie alle kennen den Bericht des Magdalen-Untersuchungsausschusses, den ich in dieser Kürze nicht mehr zitieren möchte - gesehen (*Abg. Koncilia: Das Gerichtsurteil auch!*), in den Urkunden, die diesem Ausschuss zugegangen sind und aus den Akten, in die wir Einsicht genommen haben, daß das Recht gebeugt wurde. Es wurden Förderungsmittel unter Vorspiegelung von falschen Tatsachen erschlichen. Es gab normwidriges Verhalten von Verantwortlichen, und es wurden die technische und die betriebswirtschaftliche Kontrolle leichtfertig hintangestellt bzw. es wurde darauf sogar verzichtet. Es wurde mit Steuergeldern leichtfertig umgegangen; ja, es wurden sogar - und das haben der Ausschuss und auch die Gerichte geklärt - Scheinverträge abgeschlossen.

Aus den Aussagen der Beamten vor dem Ausschuss und auch vor dem Gericht geht hervor, daß die Entscheidungsträger dieses Landes, sowohl die Landesregierung, aber auch der Landtag, von jenem Landesregierungsmitglied, gegen das die Klage eingebracht wurde, hinters Licht geführt wurden, sogar getäuscht wurden.

Dr. Strutz

Besonders offenbar wurde die Vorgangsweise - und das darf ich zum Abschluß noch einmal in Erinnerung rufen - im Zusammenhang mit dem Pachtvertrag, der mit der Zellulose Magdalen abgeschlossen wurde, sprich mit Dr. Haselsteiner, von dem Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer weder in der Regierung noch im Landtag ein einziges Wort berichtete.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ist damit begründet, daß hier Fristen einzuhalten sind. Es kann nicht so sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir einen eingeschlagenen Weg kurzfristig abbrechen, obwohl wir die Möglichkeit haben, noch Rechtsmittel zu beanspruchen. Selbst der Richter spricht davon, wenn er kritisiert, (*Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Ich bitte, die Redezeit einzuhalten!*) daß die Schwäche des Systems und der politischen Verantwortung zwar verbal, aber nicht real existiert. Deshalb darf ich SPÖ und ÖVP ersuchen, unserem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben, vor allem auch im Zusammenhang mit den Abgeordneten, die im Magdalen-Ausschuß mehrere Jahre gute Arbeit geleistet haben. Und das sollten wir auch in diesem Zusammenhang anerkennen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Dr. Hofer. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Volkspartei wird der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, und zwar aus einem Grunde: Wenn wir der Dringlichkeit zustimmen, würde das heißen, daß wir den Antrag heute inhaltlich abhandeln müßten. Das ist derzeit nicht möglich.

Daß Magdalen ein großes Desaster war, ist unbestritten. Und daß auch in der Bevölkerung ein großes Unbehagen darüber besteht, daß auf gerichtlichem Wege offenbar keine Konsequenzen stattfinden, möchte ich ohne weiteres bestätigen. Die Bevölkerung

unterscheide auch nicht zwischen Strafrecht auf der einen Seite und Zivilrecht auf der anderen Seite. Letztlich ist die Konsequenz gefordert.

Ich persönlich bin grundsätzlich der Meinung, daß Zivilklagen im generellen nicht der richtige Weg sind, um politische Verantwortung zu klären. Der Kern der Problematik liegt meiner Meinung im Bereich des Strafrechtes. Hier haben wir den Begriff des "Amtsmißbrauches". Dieser Amtsmißbrauch ist nur dann zu verfolgen, wenn Vorsatz belegt werden kann. Das heißt also, grobe Fahrlässigkeit - von der leichten Fahrlässigkeit rede ich gar nicht - reicht also nicht aus, um einen Amtsmißbrauch strafrechtlich entsprechend zu ahnden. Hier ist, wie gesagt, meiner Meinung die Kernproblematik zu sehen. Daher fordere ich alle Fraktionen auf, die das ändern wollen, auch im Nationalrat die entsprechenden Anträge zu stellen, damit hiebei eine Veränderung eintreten kann.

Meine Damen und Herren! Heute inhaltlich darüber zu befinden, ist undenkbar. Wir kennen nicht die Urteilsbegründung. Wir kennen auch nicht die Meinung unseres Landesanwaltes in dieser Causa. Stellen Sie sich vor, Sie haben in irgendeinem Rechtsfall einen Anwalt und bringen die Berufung ein, ohne den überhaupt zu hören! Ich meine, daß auch die Dringlichkeit deshalb nicht gegeben ist, weil wir am 30. dieses Monats auch eine Landtagssitzung haben, wo das ohneweiters möglich ist, das zu behandeln. Wir haben ja bis dorthin die Gelegenheit, uns näher zu informieren.

Persönlich bin ich der Auffassung, daß auch der Adressat dieses Antrages nicht richtig ist. Er ist an die Landesregierung gerichtet. Der Adressat oder der, der entscheidet, ist aber der Landeshauptmann. Und die zuständigen Leute werden sich mit dieser Causa entsprechend auseinandersetzen und dann die Entscheidung zu treffen haben.

Aber, wie gesagt, wenn Sie, als Abgeordnete, wollen, daß das irgendwo in den Gremien des Hauses, im Ausschuß, behandelt wird: diese Möglichkeit besteht nach wie vor. Dies auch aufgrund der gegebenen Fristen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist zur Begründung der Dringlichkeit Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es war zu erwarten, daß nachdem bekannt wurde, daß die Klage des Landes Kärnten durch das Zivilgericht zurückgewiesen wird, eine politische Aktion der Freiheitlichen Partei auf dem Fuße folgen wird. Wenn das nicht erfolgt wäre, hätte ich an die FPÖ in ihrer destruktiven Form nicht mehr geglaubt.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß hier ein Urteil gefällt wurde, das wir - jeder für sich; zumindest ich für mich kann es behaupten - noch nicht kennen. Soweit ich informiert bin, ist nicht einmal noch der Betroffene im Besitz dieses Urteils.

Es ist daher aus meiner Sicht heute eine inhaltliche Entscheidung überhaupt nicht angebracht. Es wäre falsch, sozusagen in vorseilendem Ausschußgehorsam hier einen Beschluß zu fassen, der die Regierung in ihrer Verantwortung bindet.

Zum zweiten glaube ich, daß irgendwann einmal auch die Frage gestellt werden soll, wie lange denn dieses Thema politisch weitergekocht werden soll. Denn wir haben die Landtagswahl 1989 unter diesem Auspizium geführt. Es ist in der Folge dann die ganze Periode darüber geredet worden; eigenartigerweise gerade von jenen, die an der Wiege der Entscheidung zu den vehementesten Befürwortern gezählt haben und in Wahrheit von einer endlich autonomen industriepolitischen Entscheidung Kärntens gesprochen haben, um ein Industrieprojekt in diesem Lande durchzubringen. Es hat Warner gegeben; es hat Befürworter gegeben. Und ich halte es schlicht und einfach in der jetzigen Phase für nicht mehr aufrichtig, wenn wir Urteile, die Gerichte aussprechen, nicht zur Kenntnis nehmen. Im Strafverfahren ist ein eindeutiger Freispruch erfolgt. Der Untersuchungsausschuß hat - sieht man von einigen, jetzt gerade zitierten allgemeinen Vor-

würfen ab - keine konkreten Verfehlungen zum Vorschein gebracht. Und die zivilrechtliche Verantwortung ist jetzt auch ausgesprochen worden.

Ich würde meinen, daß man gerade in dieser Causa einmal die Fakten auf dem Tisch haben sollte und daß dann die Regierung, im besonderen der Landeshauptmann, in seiner Verantwortung, die er hier schon bei der Einbringung der Klage, ohne das Hohe Haus, übernommen hat, zu entscheiden hat, was weiter geschehen soll.

Meine Meinung habe ich in der Regierung deponiert. Ich habe damals, als die Frage angestanden ist, gesagt: "Das hat der Herr Landeshauptmann in seiner Verantwortung zu entscheiden. Ich bin der Meinung, daß das eine Klage ist, die dem Land viel Geld kostet und nichts bringt." Und ich bin in dieser Meinung nunmehr bestätigt worden. Denn wenn das stimmt, was ich höre, daß die Prozeßkosten schon bald die Hälfte dessen ausmachen, was möglicherweise an Schadenssumme zugesprochen werden kann, dann frage ich: Welchen Weg gehen wir hier; nur um einen, der lange für die Politik dieses Landes tätig war, menschlich unter Umständen zu ruinieren?

Daher werden wir dem Kärntner Landtag, wir hier im Hause, diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennen. Das soll im Ausschuß behandelt werden, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen.

Aber ich möchte die Gelegenheit - die letzten 60 oder 70 Sekunden - hier noch dazu benützen, um schon etwas zu sagen, was mich ungeheuer stört und was, glaube ich, vor der Öffentlichkeit einmal ausgedrückt sein soll: Wir sind, gerade in der Causa Magdalen als Sozialdemokraten von den Freiheitlichen in einer Weise öffentlich angeprangert worden, mit Unterstellungen und Unwahrheiten, was längst die Grenze des Erlaubten überschritten hat! Und wir leben jetzt in einem Rechtssystem - und auch das muß einmal angeprangert werden! -, wo es fünf Jahre dauert (von Februar 1989 bis Juni 1994), um zu erreichen, daß eine Lüge in einer Zeitung richtiggestellt wird. Damals ist uns unterstellt worden, daß wir als Sozialdemokraten angeblich Gelder in die Kassen der SPÖ haben fließen

Dr. Ambrozy

lassen. Das ist eine glatte Unwahrheit, eine Lüge, müßte man sagen. Fünf Jahre hat es gedauert, bis der Herr Dr. Haider, der übrigens wiederum an der Wiege der Magdalen-Entscheidung mit in der Regierung gesessen ist, nur über gerichtliche Pression und Urteil bereit war, eine Unwahrheit öffentlich zu widerrufen. Ich glaube, das muß man hier auch einmal sagen, wenn man über die Causa Magdalen spricht.

Wir werden jedenfalls der Dringlichkeit die Zustimmung nicht geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Zur Geschäftsordnung! - Vorsitzender: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Traußnig.)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig (FPÖ):

Nur einen Punkt zur Richtigstellung, Herr Kollege Dr. Ambrozy: *(Abg. Koncilia: Nicht Kollege! er ist kein Kollege!)* Ob er Ihr Kollege ist, das können Sie entscheiden, für mich ist er ein Kollege. Sie haben gesagt, die Klage ist zurückgewiesen worden. *(Vorsitzender: Das ist eine tatsächliche Berichtigung und nicht eine Geschäftsordnungsmeldung, bitte!)* Ich will sagen, daß es sich um eine Abweisung der Klage gehandelt hat. Dankeschön. *(Abg. Dr. Ambrozy: Ich kenne das Urteil nicht!)* Dann dürfen Sie nicht "Zurückweisung" sagen.

Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder (SPÖ):

Das war eine tatsächliche Berichtigung. Ob es stimmt, werden wir erst sehen.

Als nächster Zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit ist Klubobmann Dr. Strutz.

Abgeordneter Dr. Strutz (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir nehmen zur Kenntnis, daß die sozialdemokratische Fraktion und die Österreichische Volkspartei der Dringlichkeit nicht zustimmen werden. Ich möchte nur aufklären:

Es geht uns nicht um den Inhalt der Berufung, die hier eingebracht werden soll, sondern es geht uns mit unserem Dringlichkeitsantrag rein darum, daß auch die Fristen eingehalten werden können. Deshalb ist dieser Antrag auch in Form eines Dringlichkeitsantrages eingebracht worden.

Herr Kollege Hofer, ich nehme zur Kenntnis, daß Sie hier eine 180-Grad-Wende in der Haltung Ihrer Partei vollziehen. Ich habe mir das Protokoll herausgenommen: Gerade Ihr Vorgänger Klubobmann Wurmitzer hat sich dafür ausgesprochen, in dieser Angelegenheit den Zivilrechtsweg zu gehen, und es war ein ÖVP-FPÖ-Antrag, der von der ÖVP-Fraktion verfaßt wurde, der zur Einbringung dieser Klage geführt hat.

Wurmitzer hat hier im Landtag gemeint: Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, nämlich diese Angelegenheit auf dem Wege des Zivilrechtes zu klären, und erkennen ihm auch die Dringlichkeit zu, damit endlich die Verantwortlichen für solche Vorgangsweisen, Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer, Dr. Ritzberger und Dr. Großnigg, zur Verantwortung gezogen werden können.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß die ÖVP jetzt nicht mehr bereit ist, diesen von Wurmitzer eingeschlagenen Weg auch zu Ende zu gehen.

Das Urteil, das ergangen ist, ist für Frühbauer positiv, trotzdem hat er jedoch dem Land Kärnten einen Vergleich in jener Weise angeboten, als bei einem Rechtsmittelverzicht durch das Land er (Frühbauer) auf seine Verfahrenskosten in der Höhe von einer Million Schilling verzichten würde. Allein aus diesem Grund, Hoher Landtag, aber auch aus Gründen einer rechtsverbindlichen Erklärung der politischen Verantwortung hat das Land Kärnten unserer Meinung nach geeignete Rechtsmittel zu ergreifen.

Auch die Äußerung von Dr. Ambrozy, wonach aus Kostengründen von den Rechtsmitteln Abstand genommen werden sollte, ist für uns nicht zu akzeptieren. Die Kosten eines weiteren Instanzenzuges würden nur ein Promille jener Kosten betragen, die allein durch den Schaden, den Frühbauer und Kollegen dem Land Kärnten

Dr. Strutz

gekostet haben, verursacht würden. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Hofer. Ich bitte ihn zu sprechen.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Meine Damen und Herren! Die Wortmeldung des Dr. Strutz veranlaßt mich denn doch, hier noch zwei Sätze zu sagen.

Ich weiß nicht, Herr Dr. Strutz, wollen Sie mich heute nicht verstehen? Ich habe mich doch meiner Meinung nach klar ausgedrückt. Es ist auch kein Widerspruch gegenüber der Haltung vom ehemaligen Klubobmann Wurmitzer und mir. Ich habe gesagt, das grundsätzliche Problem liegt im Strafrecht beim Vorsatz begründet. Ich weiß nicht, ob Ihre Fraktion im Nationalrat schon einen Antrag eingebracht hat, um eine Änderung herbeizuführen, um hier die politische Verantwortung anzuknüpfen. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig.*) Ich habe jedenfalls noch nichts gehört. Weil die Situation so ist, hat seinerzeit Wurmitzer argumentiert, sollen wir diesen Zivilrechtsweg gehen. Das ist überhaupt kein Widerspruch. Ich habe auf die grundsätzliche Bedeutung hingewiesen.

Ich sage noch einmal: Heute in Unkenntnis des Urteils und in Unkenntnis der Meinung des Landesanwaltes darüber eine inhaltliche Entscheidung zu treffen, halte ich schlichtweg für unseriös. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Auf die Argumente von dir, lieber Freund Schwager, hätte ich bald gesagt, will ich lieber nicht eingehen. Etwas möchten wir aber schon feststellen: Wenn gerade hier gesagt wurde, die ÖVP hat einen Schwenk von 180 Grad gemacht, dann ist es nicht meine Aufgabe, die ÖVP zu verteidigen, aber ich darf erinnern, daß im Jahre 1979 vor

der Gemeinderatswahl, als die Sorgen der Villacher um das Zellstoffwerk groß waren, der damalige Stadtrat Herr Amtmann die Diskussion in Villach ins Spiel gebracht hat, die Stadt Villach möge das Werk kaufen, weil einfach die Sorgen um die Arbeitsplätze in einem Ausmaß gegeben waren, das nicht von der Hand zu weisen war. (*Abg. Dr. Strutz: Was hat denn das mit dem Dringlichkeitsantrag zu tun?*) Wenn sich dann noch etwas anderes daraus entwickelt hat und der Herr Abgeordnete Wurmitzer aus einer späteren Sicht heraus wieder etwas anderes gesagt hat, dann muß man das ebenfalls verstehen.

Meine Damen und Herren der FPÖ, ich hoffe, daß Sie nicht so blind sind und bestimmte Zeitungsartikel nicht mehr lesen können. Der Herr Dr. Haider war es, der Kärnten gepriesen hat, daß man sich endlich von Wien löst und getraut, eine eigene Entscheidung zu treffen. Und er war es, der dann diesen Prozeß angestrebt hat. Da müßte man überlegen - und das hat letzten Endes das Gericht getan -, ob man nicht ihn zur Verantwortung ziehen müßte.

Daher hören Sie auf mit diesem politischen Theaterspiel, das Sie fünf Jahre zum Teil mit politischem Erfolg geführt haben.

Menschlich gesehen: Herr Dr. Strutz, das möchte ich auch sagen, ich wünsche Ihnen einmal, daß Sie so viel für Kärnten und seine Bevölkerung leisten können, wie es der damalige Finanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer getan hat. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Damit wird der Antrag zugewiesen.

Ich bitte um weitere Mitteilung des Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Inzwischen ist ein weiterer Antrag von Abgeordneten eingelangt, nämlich:

B. Anträge von Abgeordneten:

Ldtgs.Zl. 56-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend einen Landesverfassungsgesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Landesverfassung für das Land Kärnten dahingehend abgeändert wird, daß in die Landesverfassung für Kärnten eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach der Bürgermeister einer Gemeinde von den Staatsbürgern, die zur Wahl des Gemeinderates berechtigt sind, gewählt wird. In dem Landesverfassungsgesetz sollte verankert werden, daß die näheren Bestimmungen über die Wahl des Bürgermeisters durch die Staatsbürger durch einfaches Landesgesetz zu treffen sind. Weiters soll in dem Landesverfassungsgesetz verankert werden, daß die Bestimmungen über die Wahl des Bürgermeisters einer Gemeinde durch die Staatsbürger in der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung und in der Allgemeinen Gemeindeordnung als landes-

gesetzliche Bestimmungen im Sinne des Landes-Verfassungsgesetzes anzusehen sind.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten.**

Soweit der Einlauf der heutigen Sitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Danke. Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich noch im Auftrag der Obmänner der Ausschüsse mitteilen: Das gilt in der Reihenfolge, wie ich sie festlege: Am Ende dieser Sitzung tagt als erster der Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten, anschließend der Ausschuß für Schule, Kultur, Jugend und Sport, dann der Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik, dann der Ausschuß für Europa- und Föderalismusfragen und als fünfter der Land- und Forstwirtschaftsausschuß. Zum Teil geht es in diesen Ausschüssen um Konstituierung und zum Teil um Berichterstatteiwahlen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft; die Sitzung ist geschlossen. (*Zwischenruf: Wann ist der nächste Termin für die Landtagssitzung?*) Der nächste Termin wurde schon lange mit 30. 6. zur Behandlung des Rechnungsabschlusses festgelegt. Das wird Ihnen bekannt sein, Herr Abgeordneter.

Ende der Sitzung: 16.08 Uhr